



Plenarprotokoll

19. Sitzung

Freitag, 21. Mai 2010

Gemeinsame Beratung über.....	1424	Jost de Jager, Minister für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr.....	1424
a) Kooperationsverbot in der Bildungspolitik kippen, Schulen vereint stärken.....	1424	Dr. Robert Habeck [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	1426
Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN		Heike Franzen [CDU].....	1428
Drucksache 17/500		Jürgen Weber [SPD].....	1429
Änderungsantrag der Fraktion der SPD		Kirstin Funke [FDP].....	1431
Drucksache 17/555		Ellen Streitbürger [DIE LINKE]...	1432
		Anke Spoorendonk [SSW].....	1433
		Anke Erdmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	1434
		Dr. Ralf Stegner [SPD].....	1435
b) Vorschläge der Landesregierung zur Finanzierung der 10 % für Bildung und Forschung bis 2015	1424	Ulrich Schippels [DIE LINKE].....	1436
Bericht der Landesregierung			
Drucksache 17/451			

Beschluss: 1. Überweisung des Antrags Drucksache 17/500 sowie des Änderungsantrags Drucksache 17/555 als selbstständiger Antrag an den Bildungsausschuss und mitberatend an den Wirtschaftsausschuss			
2. Überweisung des Berichts Drucksache 17/451 an den Bildungsausschuss zur abschließenden Beratung.....	1437		
Gemeinsame Beratung			
a) Stärkung des Hochschulstandortes Flensburg.....	1437		
Antrag der Fraktion des SSW Drucksache 17/523			
b) Hochschulentwicklung mit Augenmaß statt unkoordiniertes Zerschlagen von Hochschulen und Studiengängen.....	1437		
Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 17/534			
Anke Spoorendonk [SSW].....	1437, 1444		
Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	1438		
Daniel Günther [CDU].....	1440		
Martin Habersaat [SPD].....	1441		
Kirstin Funke [FDP].....	1443		
Björn Thoroe [DIE LINKE].....	1443		
Dr. Robert Habeck [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	1445		
Dr. Christian von Boetticher [CDU].....	1446		
Jürgen Weber [SPD].....	1447		
Lars Harms [SSW].....	1448		
Birgit Herdejürgen [SPD].....	1449		
Jost de Jager, Minister für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr.....	1449		
Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	1451		
Peter Harry Carstensen, Ministerpräsident.....	1451		
Silke Hinrichsen [SSW].....	1452		
Katharina Loedige [FDP].....	1452		
Beschluss: Überweisung der Anträge an den Bildungsausschuss.....	1453		
		Abschiebungen in das Kosovo aussetzen - Roma und Ashkali dürfen nicht in eine unzumutbare Situation abgeschoben werden!.....	1453
		Antrag der Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, DIE LINKE und SSW Drucksache 17/520	
		Änderungsantrag der Fraktionen von CDU und FDP Drucksache 17/559	
		Emil Schmalfuß, Minister für Justiz, Gleichstellung und Integration.....	1454
		Luise Amtsberg [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	1455, 1463
		Astrid Damerow [CDU].....	1457
		Rolf Fischer [SPD].....	1458
		Gerrit Koch [FDP].....	1459
		Ulrich Schippels [DIE LINKE].....	1461
		Anke Spoorendonk [SSW].....	1462
		Beschluss: 1. Berichts-antrag Drucksache 17/559 mit der Berichterstattung der Landesregierung erledigt	
		2. Überweisung des Antrags Drucksache 17/520 an den Europaausschuss und den Innen- und Rechtsausschuss.....	1464
		Ölförderung im Wattenmeer spätestens 2011 beenden.....	1464
		Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 17/536	
		Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	1464
		Karsten Jasper [CDU].....	1465
		Detlef Buder [SPD].....	1466, 1467
		Oliver Kumbartzky [FDP].....	1468
		Ranka Prante [DIE LINKE].....	1469
		Lars Harms [SSW].....	1470
		Dr. Michael von Abercron [CDU].	1471
		Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	1472
		Jost de Jager, Minister für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr.....	1472
		Beschluss: Ablehnung.....	1474

Ausbildung in der Pflege	1474	Jürgen Weber [SPD].....	1483
Bericht der Landesregierung Drucksache 17/452		Beschluss: Annahme mit Änderungen	1483
Dr. Heiner Garg, Minister für Arbeit, Soziales und Gesundheit..	1474		
Birte Pauls [SPD].....	1475	* * * *	
Ursula Sassen [CDU].....	1477		
Anita Klahn [FDP].....	1478	Regierungsbank:	
Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	1479	Peter Harry Carstensen, Ministerpräsident	
Antje Jansen [DIE LINKE].....	1480	Dr. Heiner Garg, Stellvertreter des Ministerprä- sidenten und Minister für Arbeit, Soziales und Ge- sundheit	
Silke Hinrichsen [SSW].....	1481		
Beschluss: Überweisung an den Sozi- alausschuss zur abschließenden Beratung.....	1482	Emil Schmalfuß, Minister für Justiz, Gleichstel- lung und Integration	
Nachwahl eines Mitglieds des Me- dienrats der Medienanstalt Ham- burg/Schleswig-Holstein (MA HSH)	1482	Dr. Ekkehard Klug, Minister für Bildung und Kultur	
Wahlvorschlag der Fraktionen von CDU, SPD, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE und SSW Drucksache 17/562		Klaus Schlie, Innenminister	
Beschluss: Annahme.....	1482	Rainer Wiegard, Finanzminister	
Clearingstellen für junge Flücht- lingsopfer	1482	Jost de Jager, Minister für Wissenschaft, Wirt- schaft und Verkehr	
Bericht der Landesregierung Drucksache 17/436		* * * *	
Beschluss: Überweisung an den In- nen- und Rechtsausschuss.....	1482		
Optionszwang abschaffen	1482		
Mündlicher Bericht der Landesregie- rung			
Beschluss: Der Bericht wird abschlie- ßend gegenüber dem zuständigen Innen- und Rechtsausschuss gege- ben.....	1483		
Sammeldrucksache über Vorlagen gemäß § 63 Abs. 1a der Geschäfts- ordnung des Schleswig-Holsteini- schen Landtags	1483		
Drucksache 17/544			

Beginn: 10:05 Uhr

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich wünsche Ihnen einen guten Morgen. Ich möchte Sie bitten, Platz zu nehmen. Ich eröffne die heutige Sitzung und melde zunächst Herrn Kollegen Jezewski von der Fraktion DIE LINKE als erkrankt. Wir wünschen ihm erneut gute Besserung.

(Beifall)

Die Abgeordneten Wolfgang Kubicki und Günther Hildebrand sind ebenso beurlaubt wie Frau Ministerin Dr. Juliane Rumpf.

Bevor wir in die Tagesordnung eintreten, möchte ich Sie bitten, mit mir gemeinsam Schülerinnen und Schüler der Klaus-Groth-Regionalschule aus Heide auf der Tribüne zu begrüßen. - Seid uns herzlich willkommen hier im Landeshaus in Kiel!

(Beifall)

Ich rufe Tagesordnungspunkte 21 und 61 in verbundener Debatte auf:

Gemeinsame Beratung über

a) Kooperationsverbot in der Bildungspolitik kippen, Schulen vereint stärken

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

[Drucksache 17/500](#)

Änderungsantrag der Fraktion der SPD

[Drucksache 17/555](#)

b) Vorschläge der Landesregierung zur Finanzierung der 10 % für Bildung und Forschung bis 2015

Bericht der Landesregierung

[Drucksache 17/451](#)

Das Wort zur Begründung wird nicht gewünscht. Deshalb erteile ich für die Landesregierung dem Minister für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr, Herrn Jost de Jager, das Wort.

Jost de Jager, Minister für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich eingangs feststellen, dass ich es begrü-

ße, dass wir heute bei diesem Tagesordnungspunkt die Gelegenheit haben, miteinander zu diskutieren, wie sich die Verfassungswirklichkeit - auch gerade nach der Föderalismuskommission I - tatsächlich auf ein Land wie Schleswig-Holstein im Bildungs- und, ich darf es einmal für mein Haus auch sagen, im Wissenschaftsbereich auswirkt. Ich glaube, wir haben dadurch Gelegenheit, miteinander zu beraten, wie man sich politisch verhalten muss, um auf diese Situation zu reagieren. **Schleswig-Holstein** leidet im bundesweiten Vergleich an einer erheblichen **Strukturschwäche im Wissenschaftsbereich**. Das gilt gleichermaßen für die Lehre und die Forschung. Ein ganz wesentlicher Grund dafür ist das im bundesweiten Vergleich geringe Steueraufkommen pro Kopf. Das Kooperationsverbot im Rahmen der Föderalismusreform hat diese Strukturschwäche zumindest nicht ausgeglichen, vielleicht sogar verstärkt.

Hinzu kommt, dass wir eine neue Haushaltsrealität durch das Neuverschuldungsverbot haben, die dazu führt, dass wir zunehmend in Schwierigkeiten geraten, uns an den **Kooperationsprogrammen**, die es gibt, tatsächlich zu beteiligen. Diese Programme, die ich genannt habe, sind zum Beispiel die Hochschulpakete I, II und III, die Exzellenzinitiativen I und II, die Umsetzung des 10-%-Ziels und das nationale Stipendienprogramm.

Ich darf vielleicht am Beispiel des Stipendienprogramms festmachen, wo die Schwierigkeiten tatsächlich liegen. Die gegenwärtige **Verfassungslage** führt dazu, dass der Bund im Wissenschaftsbereich nur Projekte auflegen kann, an denen sich die Länder beteiligen - zwingend beteiligen wie etwa beim Hochschulpaket oder der Exzellenzinitiative oder optional beteiligen wie beim Stipendienprogramm. Das Stipendienprogramm sieht vor, dass der Betrag des Bundes entweder durch Beiträge der Hochschulen selbst oder der Länder beziehungsweise der Unternehmen kofinanziert wird. Meine Prognose ist: Wir werden in Schleswig-Holstein wegen des Zustands der öffentlichen Finanzen, aber auch wegen des Fehlens ausreichend großer Unternehmen nicht in der Lage sein, uns an diesem Stipendienprogramm zu beteiligen. Insofern ist dieses Stipendienprogramm ein Beispiel dafür, dass die gegenwärtige Verfassungslage dazu angetan ist, das Nord-Süd-Gefälle in Deutschland im Bereich der Wissenschaft zu verschärfen.

Lassen Sie mich das an einigen Zahlen illustrieren. Die **Ausgaben für Forschung und Entwicklung** - gemessen am Bruttoinlandsprodukt - betragen im Bundesdurchschnitt 2,53 %. Davon entfallen bun-

(Minister Jost de Jager)

desweit 1,78 % auf die Wirtschaft und 0,76 % auf den Staat und die Hochschulen.

In **Schleswig-Holstein** lauten die entsprechenden Zahlen wie folgt: Die Gesamtausgaben für Forschung und Lehre liegen bei 1,19 %. Davon hat die Wirtschaft einen Anteil von 0,53 % und der Staat und die Hochschulen von 0,66 %. Das ist eine enorme Diskrepanz zu den Durchschnittswerten. Es fällt vor allem auf, dass der Anteil der Wirtschaft im bundesweiten Durchschnitt mehr als doppelt so hoch ist wie der öffentliche Anteil, während in Schleswig-Holstein die Wirtschaft hinter den öffentlichen Ausgaben für Forschung und Entwicklung sogar zurückbleibt.

Schleswig-Holstein muss trotz der Rahmenbedingungen im Haushalt in die Lage versetzt werden, sich an den außerordentlich wichtigen Programmen des Bundes zu beteiligen, insbesondere aber auch, um seine Rolle im Konzert der Länder zu behaupten.

Zu einen kommen dafür die Ausgleichsmechanismen und differenzierten Parameter innerhalb der gemeinschaftlich finanzierten **Bund-Länder-Förderprogramme** und -projekte infrage. **Finanzschwache Länder** wie Schleswig-Holstein müssen in die Lage versetzt werden, sich daran zu beteiligen und dann vielleicht auch von **Kofinanzierungen** ausgenommen werden. Das gibt es schon. Beim Hochschulpakt I und II ist es so, dass die ostdeutschen Länder die Mittel des Bundes bekommen, ohne sich selbst beteiligen zu müssen. Im Hochschulpakt haben die Stadtstaaten eine andere Stellung als die Flächenländer. Der Artikel 72 Abs. 2 des Grundgesetzes verlangt die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse, und nichts anderes müssen wir tatsächlich erreichen.

Denn das Grundproblem wird für Schleswig-Holstein nicht dadurch beseitigt, dass wir zur erleichterten Kofinanzierung kommen, sondern das Grundproblem besteht darin, dass es dem **Bund** im Zuge der Föderalismuskommission grundsätzlich erschwert wurde, mit den Ländern im Bildungs- und Wissenschaftsbereich zu kooperieren, oder - wie es in der Begründung eines Antrags heißt - der Bund kann seinen Teil der gesamtstaatlichen Verantwortung für Bildung zurzeit überhaupt nicht wahrnehmen.

Auch die Ausgangsbeschreibung ist richtig, dass man derzeit komplizierte Umwege gehen muss, wie der Bund die Länder innerhalb der in Artikel 91 b GG gezogenen Grenzen unterstützen kann. Mögen die ursprünglichen Ziele der Föderation

reform - insbesondere die Entflechtung von Zuständigkeiten zwischen Bund und Ländern, die klare Trennung im Personalbereich und die Beseitigung von unklaren Mischfinanzierungen - in der Rechtstheorie begrüßenswert gewesen sein, in der Praxis haben sie der Wissenschaftspolitik in Schleswig-Holstein geschadet.

(Beifall des Abgeordneten Jürgen Weber [SPD] - Jürgen Weber [SPD]: Der Satz steht wie gemeißelt im Raum!)

- Ja, Sie sind offenbar eine Minderheit. Sie haben Applaus erhalten.

(Werner Kalinka [CDU]: Applaus ist nicht alles im Leben!)

- So ist es, und dann noch von der falschen Seite. Wenn man aber die Verfassungssituation beschreibt, darf man nicht allein davon ausgehen, dass sie sich durch eine Verfassungsänderung auch wiederherstellen lässt. Denkbar wäre es nämlich, dass man auf bereits vorhandene Möglichkeiten einer anderen Finanzierung von Bund-Länder-Programmen auch tatsächlich ausweiten kann. Dieses ist aus meiner Sicht etwas, was zwischen der Bundeskanzlerin und den Regierungschefs der Länder am 10. Juni auch tatsächlich verhandelt werden muss.

Damit komme ich zu dem zweiten Teil meines Beitrages, nämlich der Frage des 10-%-Ziels. Ich glaube, um qualifizierte Aussagen zu machen, wie, ob und wann Schleswig-Holstein sich an diesem Ziel beteiligen kann, bedarf es erst einmal einer Klärung einer Reihe von Voraussetzungen, die ich eben beschrieben habe.

Wir haben in Deutschland vereinbart, die **Bildungsausgaben** auf **10 % des BIPs** zu steigern. Dieses Ziel ist nach wie vor richtig. Es geht nur um die Frage, wie die **Länder** in die Lage versetzt werden, dieses Ziel auch tatsächlich zu erreichen. Das heißt, auch hier geht es darum, ob, wann und wie dieses Ziel tatsächlich erreicht werden kann.

(Beifall bei CDU und FDP)

Aus diesem Grund ist der Bericht der Landesregierung zu dem 10-%-Ziel zugegebenermaßen ein wenig schmal ausgefallen.

(Vereinzelter Beifall bei CDU, FDP und des Abgeordneten Jürgen Weber [SPD])

Darin steht eben alles, was wir zum gegenwärtigen Zeitpunkt dazu sagen können. Deshalb möchte ich, auch wenn mein neuer Applausfreund, Herr Weber, protestiert, kurz auf den Fahrplan verweisen, der so

(Minister Jost de Jager)

aussieht, dass wir in der kommenden Woche eine Kultusministerkonferenz haben

(Zuruf des Abgeordneten Jürgen Weber [SPD])

und am Freitag wahrscheinlich eine außerplanmäßige GWK-Sitzung, die gemeinsame Wissenschaftskonferenz von Bund und Ländern, wo es darum geht, dass die Kultusminister den Auftrag der Ministerpräsidenten abarbeiten und für den **Bildungsgipfel** am 10. Juni ein Papier erarbeiten.

Ich sage an dieser Stelle sehr deutlich: Ich bin mir nicht sicher, ob es den Ländern und den Kultusministern gelingen wird, dort ein einstimmiges Papier vorzulegen. Wir haben - das hat noch einmal die norddeutsche Wissenschaftsministerkonferenz gezeigt - außerordentlich unterschiedliche Ausgangspositionen in den Ländern, allein schon im **norddeutschen Raum**, Mecklenburg-Vorpommern als Ostland unter anderen Bedingungen als Bremen und Schleswig-Holstein als Konsolidierungsländer. Insofern wird es schwierig sein, aufgrund dieser unterschiedlichen Ausgangslage eine gemeinsame Positionierung hinzubekommen. Ich habe allerdings den Eindruck, dass es Bewegung und auch Veränderungsbereitschaft sowohl beim Bund als auch bei den Ländern gibt. Bevor man mehr über das 10%-Ziel berichten kann, muss man zunächst einmal die kommende Woche abwarten.

(Beifall bei CDU und FDP)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Vielen Dank, Herr Minister. - Bevor wir in die Aussprache eintreten, möchte ich gemeinsam mit Ihnen auf der Tribüne Herrn Professor Reuter, den Präsidenten der Universität Flensburg, begrüßen. - Guten Morgen.

(Beifall)

Ich weise Sie darauf hin, dass sich aufgrund der Redezeit des Ministers die Redezeiten der Fraktionen um 3 Minuten und 20 Sekunden verlängern.

Ich eröffne die Aussprache und erteile Herrn Dr. Robert Habeck für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort.

Dr. Robert Habeck [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Minister de Jager, das, was Sie hier vorgetragen haben, nennt man wohl im Volksmund eine Beerdigung erster Klasse. Sie haben ge-

sagt, wir müssen abwarten, wir müssen auf die lange Bank schieben. Kein Wort davon, dass es bereits eine Selbstverpflichtung der Ministerpräsidenten gibt, kein Wort auf die Frage des Berichts, wie Sie diese Verpflichtung umsetzen wollen, sondern nur abwarten, zaudern und zögern. Ich werde darauf eingehen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Noch ein Blick zurück zum Mittwoch: Die Debatte am Mittwochvormittag war ungewöhnlich und, wie ich finde, über weite Strecken ungewöhnlich gut, weil das Parlament fast in seiner Gesamtheit die Wichtigkeit eines Themas erkannte und zu seiner Lösung zusammenfand. Die Beschlüsse zum Bildungsgipfel haben entsprechenden Charakter. **Bund und Länder**, die alten Streithansel - das geht jetzt schon wieder los -, fanden in einer Gemeinsamkeit zusammen. Sie erkannten, dass **Bildung** die Schlüsselaufgabe für eine zukunftsfähige und gerechte Gesellschaft ist.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deshalb korrespondieren die Beschlüsse zum Bildungsgipfel mit der Schuldenbremse. Beide verfolgen das gleiche Ziel: Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit für die Zukunft.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es sind zwei Wege, die sich bedingen. Nicht der eine ist der Feind des anderen, sondern sie bilden eine Allianz, oder sie sollte politisch gebildet werden. Eine Schuldenbremse ohne Bildung führt zur gesellschaftlichen Bruchlandung.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dass **Bildungsinvestitionen** keinen Verfassungsrang haben, ist dabei eher ein Arbeitsauftrag, keine Ausrede.

Wir sind - wir haben es eben von Minister de Jager gehört - schon jetzt in Schleswig-Holstein Schlusslicht bei den Bildungsinvestitionen. Uns gelingt es am zweitschlechtesten in Deutschland, durch Bildung **wirtschaftliche Impulse** zu setzen. Deswegen, Herr de Jager, ist es natürlich ein zweischneidiges Schwert, wenn man die wirtschaftliche Leistung oder die Beteiligung der Wirtschaft beklagt. Wer nichts gibt, bekommt auch nichts zurück.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Mit jedem Tag fällt Schleswig-Holstein so ökonomisch und gesellschaftlich weiter zurück. Statt energisch für mehr **Bildungsinvestitionen** zu kämpfen, stellt sich die Landesregierung - wir ha-

(Dr. Robert Habeck)

ben es gerade gehört - noch einmal - heute steht es in der Zeitung - an die Spitze derjenigen Länder, die die Bildungsbeschlüsse sabotieren. Das ist kläglich, meine Herren.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Sie müssen mehr fordern statt weniger zu wollen. So machen Sie sich gemein mit Roland Koch, Herr Ministerpräsident, und das am Vorabend dieser Debatte. Wenn das der Stil ist, mit dem die **Haushaltsstrukturpläne** dann debattiert werden sollen, dann ist es ein schlechter Stil. Ein „Friss oder stirb“ wird so nicht funktionieren. Die CDU wird sich entscheiden müssen, ob sie dem Bundespräsidenten und Frau Merkel glaubt und folgt oder Koch oder Kubicki.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nun muss ich mich ein bisschen entschuldigen. Es nervt mich nämlich langsam selbst, immer wieder auf dem unsäglichen Wachstumsbeschleunigungsgesetz herumzureiten. Ich würde es jetzt auch nicht erwähnen, wenn Sie die Zukunftsinvestitionen für Bildung nicht selbst damit verknüpft hätten. Im Dezember letzten Jahres - wir erinnern uns alle an spektakuläre Debatten hier - haben Sie abgefeiert, wie toll Carstensen und Kubicki in Berlin als ehrliche Kaufleute verhandelt haben.

(Lachen des Abgeordneten Dr. Ralf Stegner [SPD])

Nur: Es war schon damals keine Kompensation für das Wachstumsbeschleunigungsgesetz, es war ein Deal mit dem Bildungsgipfel. Und was damals nicht logisch war, entpuppt sich heute als Taschenspielertrick.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und der LINKEN)

In der Antwort auf unsere Kleine Anfrage aus dem Februar - da ging es um die finanzielle Lage des Landes und der Kommunen -, aber auch im Bericht der Landesregierung zum Bildungsgipfel, in dem die Finanzierung überraschenderweise keine Rolle mehr spielte, wurde vollmundig erklärt, dass durch - Zitat - „harte Verhandlungen 100 Millionen € Bildungsinvestitionen für Schleswig-Holstein dauerhaft“ - ich übersetze das mit jährlich - „nach Schleswig-Holstein geholt werden konnten.“

Ich habe die Antwort auf die Kleine Anfrage mit. Ich kann sie vielleicht später auch austeilen oder kopieren. Das mache ich gern.

100 Millionen € jährlich dauerhaft als harter Verhandlungserfolg zwischen ehrlichen Kaufleuten! Aber nur Wochen später heißt es im Mai im Bericht Landesregierung:

„In welchem Umfang entsprechende Mittel überhaupt zur Verfügung stehen ... steht noch nicht fest.“

Und weiter: Nur über eine erhöhte Zuweisung der Umsatzsteuererträge könne das Land seinen Verpflichtungen nachkommen.

Meine Damen und Herren, darf man fragen, wo die zugesagten 100 Millionen € abgeblieben sind? - Im Bericht der Landesregierung steht kein Wort mehr davon.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, der LINKEN und SSW)

Deshalb - ich ahne ja, was gleich kommen wird - verbitte ich mir die Frage an die Opposition, wo das Geld geblieben ist. Sie richtet sich ausschließlich an Sie selbst. Sie sagen, Sie haben eine Schatzkiste mitgebracht. Nun haben Sie sie verbuddelt und finden sie nicht wieder.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, der LINKEN und SSW)

Oder ich muss schlussfolgern, dass Schwarz-Gelb mit gespaltener Zunge redet und Sie sich die Wirklichkeit so bauen, wie sie Ihnen gefällt.

Die Erhöhung der **Umsatzsteuererträge**, wie es im Bericht heißt, ist genau die von uns im Dezember geforderte und nicht erfolgte finanzielle Kompensation für das Wachstumsbeschleunigungsgesetz.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und der LINKEN - Zuruf von der FDP: Gut, dass wir das nicht gemacht haben!)

Mit Ihrer Argumentation in dem Bericht der Landesregierung bestätigen Sie genau die unsrige aus dem Herbst. Im Nachhinein geben Sie so das Scheitern Ihrer Berlin-Reise zu. Es sieht nämlich so aus: Entweder Sie haben die Wahrheit gesagt - dann gibt es kein Finanzierungsproblem für Schleswig-Holstein - oder es gibt ein Finanzierungsproblem. Dann jedoch haben Sie den Menschen im Land etwas vorgegaukelt. Das nächste Mal, wenn Herr Minister Wiegand wieder überlegt, welche Mehrwertsteuersätze reduzierter Art abgeschafft werden können, dann sollte er mit dem „H“-Gewerbe anfangen.

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, Sie haben geschworen, Schaden von den Menschen im Land fernzuhalten - von den Menschen, nicht von der

(Dr. Robert Habeck)

FDP. Deshalb ist es richtig, dass Sie **Steuererhöhungen** ins Spiel bringen. Das ist ausgesprochen richtig. Nur Mut: Suchen Sie die Offensive im Bundesrat! Sagen Sie heute hier, dass Sie zu der Selbstverpflichtung aus dem Jahr 2008 stehen, dass Sie zum 10-%-Ziel des Bildungsgipfels stehen! Lassen Sie, nachdem der Kultusminister schon im Binnenland die Schullandschaft in Brand gesteckt hat, das Gleiche nicht auch noch bluten. Aber vor allen Dingen: Verkaufen Sie die Menschen in diesem Land nicht für dumm.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und der LINKEN)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Auf der Tribüne begrüße ich gemeinsam mit Ihnen die Landesvorsitzende von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Marlene Löhr. - Guten Morgen.

(Beifall)

Ich gebe das Wort an die Kollegin Heike Franzen von der CDU-Fraktion.

Heike Franzen [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich würde gern wissen, wo die **Grünen** ihre Schatzkiste verbuddelt haben.

(Zuruf der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Sie haben in dieser Woche **Mehrausgaben** angeregt. Ich will sie nur einmal aufzählen: 35 Millionen € Kindergartenbeitrag, das beitragsfreie Kindergartenjahr soll erhalten werden. 11 Millionen € wollen Sie der Stadt Hamburg schenken im Gastschulabkommen. 1 Milliarde € darf nicht privat gegenfinanziert werden beim UK S-H. 15 Millionen € wollen Sie ausgeben für den Pflichtstundenerlass, 190 Millionen € für das 10-%-Ziel im Bildungsbe- reich, und Sie wollen tatsächlich auch noch 125 Millionen € einsparen im Rahmen der Schuldenbremse. Das mach summa summarum 1.376 Milliarden €. Wo ist die Schatzkiste für diese Summen, meine Damen und Herren?

(Beifall bei CDU und FDP)

Wenn Sie diese finden, dann finden wir auch mit Sicherheit die 100 Millionen €, die Sie suchen.

Meine Damen und Herren, Wissenschaftsminister Jost de Jager hat seinen Bericht zu den Vorschlägen der Landesregierung zur Finanzierung des 10-%-

Ziels für Bildung und Forschung bis 2015 vorgelegt.

Wir haben bereits im letzten Jahr über diese Zielsetzung gesprochen. Da gab es übrigens im letzten Jahr noch eine Schatzkiste. Da wollten Sie nämlich bundesweit 20 Milliarden € ausgeben, das heißt 7 Milliarden € mehr, als der Bund tatsächlich festgestellt hat. Da brauchen Sie auch noch eine Schatzkiste für Schleswig-Holstein.

Ich will auch noch einmal deutlich sagen, dass es tatsächlich auch unserem Ministerpräsidenten Peter Harry Carstensen zu verdanken ist,

(Lachen bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

dass der **Bund** bereit war, seinen Anteil zur Finanzierung dieses Ziels zu vervierfachen, nicht nur 10 %, sondern 40 %.

(Beifall bei CDU und FDP)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es wird uns große Mühen abverlangen, angesichts der Situation der Finanzen - wir sprechen hier über zusätzliche Mittel in Höhe von 180 Millionen bis 190 Millionen € jährlich - diese zusätzlichen Mittel tatsächlich hier im Land bereitzustellen.

Wir werden die zugesagten 80 Millionen € jährlich aus dem Länderfinanzausgleich zur **Haushaltkonsolidierung** nur erhalten, wenn wir in Schleswig-Holstein endlich das Sparen lernen, auch die Damen und Herren von den Grünen. In solchen Zeiten ist es unredlich, Mehrausgaben zu versprechen, egal für welchen Bereich. Darüber hinaus legt der Bund im Augenblick vermehrt eigene Programme auf, an denen sich die Länder beteiligen müssen, beispielsweise an dem sicherlich noch sinnvollen BAföG. Allein dafür ist es aber notwendig, dass unsere finanziellen Handlungsspielräume massiv eingeschränkt werden.

Ich sage auch deutlich: Der Bund ist an dieser Stelle gefordert. Die **Länder** brauchen **Entlastungen**, zum Beispiel in Form von erhöhten Zuweisungen aus der **Mehrwertsteuer**. Diese Mittel müssen auch dort eingesetzt werden können, wo sie regional besonders stark benötigt werden. Die weiteren Beratungen, insbesondere zum Doppelhaushalt 2011/2012, die im Herbst beginnen werden, werden zeigen, wo die Oppositionsfraktionen die Spielräume sehen, um das 10-%-Ziel aus ihrer Sicht hier in Schleswig-Holstein zu erreichen. Es geht nämlich nicht mehr darum, ob wir sparen sollen, sondern darum, wo wir sparen wollen und an welcher Stelle wir streichen.

(Heike Franzen)

(Beifall bei CDU und FDP)

In diesem Zusammenhang erneut über das **Kooperationsverbot** von **Bund und Ländern** zu diskutieren, hält meine Fraktion auch grundsätzlich für richtig. Zwei Dinge müssen wir allerdings dabei beachten:

Das Erste ist, dass wir zunächst eine neue Abgrenzung der **Zuständigkeiten** von Bund und Ländern festlegen müssen. Wenn ich mich an die Diskussion zur Föderalismuskommission I erinnere, dann schließe ich aus, dass wir dies, wie in Ihrem Antrag gefordert, bis zum Ende des Jahres schaffen werden. In dieser Frage sitzen 16 Bundesländer mit den unterschiedlichsten Interessen und der Bund an einem Tisch. Ich glaube, dass wir da einen längeren Prozess erwarten müssen.

Das Zweite ist: Es bedarf dann natürlich einer Verfassungsänderung im Bund. Was die Finanzierung der Schulsozialarbeit angeht, wäre aus meiner Sicht zu prüfen, ob die Mittel, die der Bund für die **Schulsozialarbeit** zur Verfügung stellen will, nicht direkt über die Jugendhilfe an die Kommunen gehen könnten. Das wäre eine direkte Hilfe, die unsere Schulen innerhalb der Kommunen dringend benötigen würden. Ich glaube, wir sollten gemeinsam daran arbeiten zu prüfen, ob das nicht möglich ist. Mir ist hier kein Kooperationsverbot bekannt.

Aber ich will auch noch einmal ganz allgemein sagen: Mehr Geld in Bildung heißt nicht automatisch auch bessere Bildung.

(Zuruf von der SPD: Aber weniger auch nicht! - Zuruf von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

- Hören Sie mir doch einmal zu! - Viele Rahmenbedingungen wie zum Beispiel Geborgenheit, Zuwendung, Wertschätzung können wir weder gesetzlich verordnen, noch können wir sie durch Planstellen erkaufen. Wir können nur versuchen, die Gesellschaft so zu strukturieren, dass wir es vorleben.

Für die CDU-Fraktion beantrage ich die Überweisung der vorliegenden Anträge und des Berichts an den Bildungsausschuss.

(Beifall bei CDU und FDP)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Für die Fraktion der SPD erteile ich dem Herrn Abgeordneten Jürgen Weber das Wort.

Jürgen Weber [SPD]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Vorweg, weil ja seit Mittwoch in fast jeder Debatte immer der Satz kommt: „Wir haben zwar kein Konzept, aber wo ist das Konzept der Opposition?“, schlage ich vor: Treten Sie zurück, übergeben Sie uns die Regierungsmehrheit, und wir werden Ihnen zeigen, was wir machen können.

(Beifall bei SPD und der LINKEN - Dr. Christian von Boetticher [CDU]: Sie würden Herrn Stegner doch auch nicht wählen!)

- Kollege Boetticher, keine unnötige Schärfe durch solche Zwischenrufe!

(Lachen bei CDU und FDP)

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie mich zum Kern des Tagesordnungspunkts kommen, weil nicht nur dazu gesprochen worden ist. Ich darf in Erinnerung rufen: Wir reden heute Morgen über einen Bericht der Landesregierung mit dem Titel: „Vorschläge zur Finanzierung der 10 % für Bildung und Forschung bis 2015“. Der Bericht, den Kollege de Jager vorgelegt hat - das muss ich sagen, auch wenn er in gewisser Weise für mich der Lieblingsminister in diesem Kabinett ist -, ist in gewisser Weise - -

(Heiterkeit)

In diesem Fall muss ich schon sagen: Das, was Sie da vorgelegt haben, ist in gewisser Weise rekordverdächtig, Herr de Jager. Ihr Bericht umfasst in der Konklusio exakt sechs Zeilen, und Sie vermelden, dass die Landesregierung keinerlei Vorschläge hat, mit denen sie in die Gespräche mit der Bundeskanzlerin und den Länderchefs eintreten will.

(Beifall bei der SPD)

Nun könnte man sagen: Diese Dinge brauchen Zeit. Aber wenn ich das richtig gelesen habe, finden diese Gespräche mit der Bundeskanzlerin und mit den Regierungschefs am 10. Juni statt. Das ist nicht mehr so lange hin.

Nach meiner Erinnerung ist der Auftrag, darüber zu reden, auf dem Bildungsgipfel in Dresden auf den Weg gebracht worden, und das ist - wenn ich mich recht entsinne - mehr als eineinhalb Jahre her. Wir haben jetzt eine Parlamentstagung, die letzte vor dem 10. Juni. Wieso stehen Sie hier nicht Rede und Antwort und sagen, was Ihre Vorschläge sind, nicht was Sie durchsetzen können, sondern was Ihre Vorschläge sind?

(Jürgen Weber)

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der LINKEN und SSW)

Wir verlangen ja noch keine Lösungen, die vereinbart werden können, aber wir verlangen Vorschläge. Entweder es gibt kein **Konzept**, oder Sie wollen es uns heute nicht sagen. Ich tippe auf eine Mischung aus beidem; das werden wir dann ja in der nächsten Woche sehen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die 10 % sind nicht irgendein politisches Vorhaben dieser Republik, sie sind schon die zentrale Herausforderung der deutschen Politik. Da sind sich - glaube ich - wohl auch alle einig. Da muss man auch an zentralen Schrauben drehen.

Gefordert ist **gemeinsame Gestaltung des Bildungswesens** statt föderaler Kleinstaaterei. Das bedeutet eine stärkere Lastenverteilung der Bildungsausgaben auf den Bund. Auch da sind wir uns wahrscheinlich noch einig. Das bedingt auch eine stärkere Wahrnehmung der Verantwortung durch die private Wirtschaft. Und das heißt natürlich vor allem - nicht nur, aber auch -: Schluss mit der Plünderung der öffentlichen Haushalte durch Steuergeschenke. Auch das gehört mit dazu.

(Vereinzelter Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, ich will das nicht ausweiten, der Kollege Habeck hat dazu einiges gesagt.

Ganz ohne Zweifel muss man feststellen, dass die letzte Föderalismusreform zumindest für die Bildungspolitik ein Rückschritt war. Ich teile da eigentlich so gut wie jedes Wort, das Kollege de Jager kritisch angemerkt hat, was die **Rückwirkung der Föderalismusreform** auf den **Bildungsbereich** angeht. Gucken wir uns einmal an, wie die Bildungsausgaben in Deutschland heute verteilt sind: Die Länder zahlen circa 50 %, der Bund 10 %, die Kommunen 16 %, Private und die Wirtschaft 24 %. Wenn man die Zielmarken sieht, über die wir reden - ob man die 25 Milliarden € nimmt, die die OECD errechnet hat, oder die 13 Milliarden bis 16 Milliarden €, die national berechnet worden sind, ist relativ egal -, weiß jeder, dass die Bundesländer und natürlich auch Schleswig-Holstein das bei der jetzigen Struktur auf keinen Fall wuppen können. Da wird auch niemand der Landesregierung Forderungen stellen und sagen: Das können wir alles wie bisher finanzpolitisch regeln. Nein, das können wir natürlich nicht.

Wir brauchen einen **nationalen Bildungspakt**, denn es gibt dringliche Ziele, die umzusetzen sind. Dafür brauchen wir übrigens auch - davon bin ich fest überzeugt - an vielen Stellen eine weitere Lockerung des Kooperationsverbots nach Artikel 104 Grundgesetz. Das wird sicherlich nicht von heute auf morgen auf den Weg gebracht werden.

Ich möchte gern noch einmal nachfragen, ob ich den Kollegen de Jager so richtig verstanden habe, dass die Landesregierung Schleswig-Holstein zumindest dafür eintritt, Artikel 104 Grundgesetz zu ändern. Ob das gelingt, ist die eine Frage, ob man das will, ist die andere Frage. Da erwarte ich eine klare Aussage der schleswig-holsteinischen Landesregierung.

Meine Damen und Herren, ich will fünf Punkte nennen, die für uns bei der **Umsetzung des 10-%-Ziels** und bei der Frage, was Bund und Länder gemeinsam tun müssen, an erster Stelle stehen: Der bedarfsgerechte Ausbau der Schulsozialarbeit ist schon angesprochen worden, der Ausbau der U3-Betreuung und der Kindertagesstätten inklusive der Qualitätsentwicklung. Wir brauchen ein klares Zehnjahresprogramm für den Ausbau des Ganztagsangebots. Wir brauchen dringend zusätzliche Mittel für die qualitative Verbesserung der Lehre an den Hochschulen sowie verstärkte Studienangebote für Menschen mit berufsbildenden Abschlüssen. Das ist etwas, was ohne eine stärkere Anstrengung des Bundes nicht geht, das können die Länder allein nicht wuppen, auch Schleswig-Holstein nicht.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, deswegen muss das Kooperationsverbot dringend gekippt werden.

Um die Bildungsfinanzierung auf neue Beine zu stellen, muss aber auch bedacht werden, dass wir im Bildungsbereich einen effektiveren Ressourceneinsatz brauchen. Einfach nur Geld in ein Bildungssystem von gestern und vorgestern zu schütten, hilft nicht, sondern verschwendet öffentliche Steuermittel.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der LINKEN und SSW)

Bildungsökonomien rechnen uns vor, was Schulabgänger ohne Abschluss, was Sitzenbleiben und Schulversagen kosten. Und sie rechnen uns vor, was die Optimierung des Übergangs von der allgemeinbildenden Schule in den Berufsbildungsbereich an finanziellen Entlastungen für die öffentli-

(Jürgen Weber)

che Hand bedeuten kann. Auch darüber müssen wir reden.

An dieser Stelle wirkt die **Schuldenbremse** übrigens durchaus hilfreich, denn wir sind das erste Mal weg davon, den **Investitionsbegriff** auf Baulichkeiten zu konzentrieren.

(Vereinzelter Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir haben keine gesetzliche Verpflichtung mehr im Hinblick auf Investitionen und Konsumtion, sondern wir haben eine Schuldenbremse über das gesamte Budget. Deswegen haben wir dort auch eine Auflockerung des Investitionsbegriffs Bildung. Da nützt die Schuldenbremse durchaus.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich zum Schluss nur noch einmal deutlich sagen - ich spare mir Worte zum Merkel-Koch-Geplänkel und ähnlichen Ablenkungsmanövern, die öffentlich momentan eine Rolle spielen -: Ich erwarte von unserer Landesregierung ein klares Bekenntnis für eine erweiterte Bildungskooperation von Bund und Ländern. Ich erwarte vom Bund klare Zusagen für ein stärkeres Engagement in Sachen Bildung. Und ich erwarte, dass uns die Landesregierung nicht länger hinhält, sondern Vorschläge auf den Tisch legt, wie die künftige Bildungsgipfeldiskussion angegangen werden soll.

Eine Landesregierung, die klug ist und nicht nur Minister beschäftigt, die so heißen, macht aus dem Bildungsgipfel ein Projekt des gesamten Landes. Bei aller Unterschiedlichkeit im Detail will ich hier deutlich sagen: Wir stehen für eine Kooperation und eine sachlich-kritische Begleitung zur Verfügung.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der LINKEN und SSW)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Für die FDP-Fraktion hat Frau Kollegin Kirstin Funke das Wort.

Kirstin Funke [FDP]:

Frau Präsidentin! Liebe Kollegen und Kolleginnen! Bei den vorliegenden Anträgen geht es zum einen um das Kooperationsverbot und um die Finanzierung der 10 % für mehr Bildung und Forschung, zwei Themen, die ich hier getrennt darstellen möchte, da sie unterschiedlich zu beurteilen sind.

Ich möchte an erster Stelle dem Minister für seinen Bericht und die Einschätzung und Darstellung der

Möglichkeiten zur **Erreichung des 10-%-Ziels** in Bildung und Forschung danken.

(Zuruf: Haben Sie nicht zugehört?)

- Doch.

Das hehre Ziel, den Forschungs- und Bildungsstandort Deutschland qualitativ zu verbessern und nachhaltig auszubauen, hängt derzeit von den finanziellen Möglichkeiten der Länder und des Bundes ab. Nicht ohne Grund hat im vergangenen Dezember Schleswig-Holstein im Verbund mit den Bundesländern Berlin, Bremen und dem Saarland zu Protokoll gegeben, dass die Umsetzung der vereinbarten Ziele unter dem Vorbehalt der verfassungsrechtlich verankerten Schuldenbremse steht.

(Beifall bei FDP und CDU)

Wir alle konnten in der jüngsten Vergangenheit auch aus anderen Bundesländern Stimmen hören, die bei der finanziellen Umsetzbarkeit Schwierigkeiten sehen. Denn positive und von allen gewünschte Ziele, die formuliert werden, müssen auch eine realistische Chance auf Umsetzung haben. Die FDP-Fraktion wünscht daher der Landesregierung für den 10. Juni einen langen Atem und viel Geschick bei den Verhandlungen und der Erarbeitung von Möglichkeiten, wie Schleswig-Holstein eine gute Position für eine nachhaltige Bildungs- und Forschungspolitik erzielen kann.

(Beifall bei FDP und CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich komme nun zum zweiten Thema der Anträge der Oppositionsfraktionen. Beim Thema **Wegfall des Kooperationsverbots** liegt es oft nahe, eine Föderalismusdebatte zu führen und über den Sinn der Bildungshoheit der Länder zu diskutieren. Dies werde ich hier und heute nicht tun, da ich in diesem Zusammenhang keine direkte oder auch indirekte Gefahr sehe, dass bei Aufhebung des Kooperationsverbots die Grenzen der Bildungshoheit der Länder aufgeweicht oder gar aufgehoben werden. Ein Wegfall des Kooperationsverbots hat erst einmal, für unser Land gesprochen, Charme, wie auch immer die rechtliche Umsetzung aussehen mag.

Aber ich gebe zu bedenken, dass ein Wegfall des Kooperationsverbots nicht die Lösung jeglichen Problems bedeutet. Zu bedenken ist immer: Wenn die Hürde des Kooperationsverbots fällt und der Bund direkt und ohne Umwege Programme für die Länder anbieten kann, so handelt es sich um kofinanzierte **Programme**. Dementsprechend muss natürlich vonseiten der Länder auch immer eine **Finanzierbarkeit** gegeben sein. Jedoch - wie wir alle

(Kirstin Funke)

wissen - ist leider nicht jedes Bundesland mit denselben Finanzmitteln ausgestattet. Sollte, auf welchem Weg auch immer, das Kooperationsverbot wegfallen, so darf es im Gefüge der anderen Länder keine einheitliche Regelung geben, sondern es sollte individuell auf die besondere Situation des jeweiligen Landes Rücksicht genommen werden,

(Vereinzelter Beifall bei FDP und CDU)

damit alle gleichermaßen an den unterschiedlichen Programmen des Bundes teilhaben können.

Als Fazit können Sie also mitnehmen, dass die FDP-Fraktion gern über den Wegfall des Kooperationsverbotes im Ausschuss weiter diskutieren möchte. Bei einer entsprechenden Diskussion sollte jedoch darauf geachtet werden, dass Voraussetzungen geschaffen werden müssten, damit Schleswig-Holstein an Bundesprogrammen auch partizipieren kann, ohne gleich in weitere finanzielle Bedrängnis zu kommen beziehungsweise uns eine Partizipation unmöglich gemacht wird.

(Beifall bei FDP und CDU)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Für die Fraktion DIE LINKE erteile ich Frau Abgeordneter Ellen Streitböcker das Wort.

Ellen Streitböcker [DIE LINKE]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Der **Qualifizierungsgipfel** von - ich betone das extra - 2008 liegt nun gute anderthalb Jahre zurück, und das nächste Treffen wird in circa drei Wochen stattfinden. In diesem Zusammenhang sahen wir es als Oppositionsparteien als gegeben an, noch einmal nachfragen zu dürfen, wie weit die Umsetzung der beschlossenen Ziele in Schleswig-Holstein gedeutet ist und welche Vorschläge die Landesregierung beim nächsten Treffen unterbreiten wird.

Dazu liegt uns nun der Bericht des Ministeriums für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr vor. Ich denke, allen hier in dieser Runde ist seit deutlich mehr als anderthalb Jahren klar, wie dringlich in unser Bildungssystem investiert werden muss.

(Beifall bei der LINKEN)

Denn wir alle wissen, wie peinlich schlecht Deutschland in diversen Studien zum Thema Bildung abgeschnitten hat. Nicht zuletzt deshalb ist ja dieser Qualifizierungsgipfel von der Bundeskanzlerin auch einberufen worden, und die Länderchefs hatten klare Ziele definiert.

Jetzt müssen wir im Bericht des Ministeriums lesen - ich zitiere:

„Zum jetzigen Zeitpunkt ist daher eine Aussage darüber, welche konkreten Vorschläge die Landesregierung der Bundeskanzlerin und der Regierungschefin und den Regierungschefs der Länder am 10.06.2010 unterbreiten wird, nicht möglich.“

Das heißt, es waren anderthalb Jahre Zeit, und es ist nicht möglich gewesen, konkrete **Vorschläge** zur **Finanzierung** einer besseren Ausgestaltung unseres **Bildungssystems** zu entwickeln. Das kann ich nicht fassen.

(Beifall bei der LINKEN und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Als Ausrede für diese Untätigkeit wird auf die Haushaltsberatungen für den Haushalt 2011 verwiesen. Liebe CDU-Abgeordnete, schon 2008 war die CDU in Regierungsverantwortung. Offensichtlich war man sich auch 2008 schon einig, erst einmal nicht tätig zu werden und die Haushaltsberatungen im Jahre 2010 abzuwarten.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Ralf Stegner [SPD])

Herr Ministerpräsident, das werfen wir Ihnen vor. Trotz der Dringlichkeit der Aufgabe ist nichts geschehen, und das ist ein Skandal.

(Beifall bei der LINKEN - Cornelia Conrad [FDP]: In welcher Hand war denn das Bildungsministerium?)

Dass auch weiterhin nichts getan werden soll, kann ich Ihrem gestrigen Interview entnehmen. Denn offensichtlich wollen Sie auch auf dem nächsten Bildungsgipfel nur sagen, dass Schleswig-Holstein keine Ideen und auch kein Geld hat.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: So ist es!)

Das habe ich so zusammengefasst, mit Ihrer Erlaubnis.

(Ministerpräsident Peter Harry Carstensen: Nein, ohne meine Erlaubnis!)

- Aber korrekt? Auch nicht? - Dann erinnere ich mich natürlich auch an den vergangenen Dezember. Ministerpräsident Carstensen und Herr Kubicki kamen aus Berlin zurück

(Jürgen Weber [SPD]: Das war schon immer das Problem!)

und hatten sich die Zustimmung zum **Wachstumsbeschleunigungsgesetz** mit dem Angebot von

(Ellen Streitbürger)

100 Millionen € zusätzlich für Schleswig-Holsteins **Bildungsausgaben** abkaufen lassen.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Das war doch nur eine Heizdecke!)

Das wäre aber doch schon ein schöner Teil des ländereigenen Anteils an der Deckung gewesen. Und mit 100 Millionen € kann man doch auch schon ganz schön planen. Waren das leere Versprechungen, oder sollen wir das Gesamtkonzept des Qualifizierungsgipfels unter dem Motto „Außer Spesen nichts gewesen“ verstehen?

(Beifall bei der LINKEN)

War allen Teilnehmern im Grunde von vornherein klar, dass das zehnzprozentige Ziel gar nicht finanzierbar sein sollte? Wollte man nur öffentlichkeitswirksam so tun, als wenn Deutschland endlich mehr Geld für Bildung und Forschung ausgeben wollte?

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: So ist es!)

Minister de Jager, Sie sehen, bei uns hat der Bericht Ihres Ministeriums deutlich mehr Fragen aufgeworfen als beantwortet.

(Beifall bei der LINKEN und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dem Antrag der Grünen, dass sich die Landesregierung beim nächsten **Qualifizierungsgipfel** dafür einsetzen sollte, dass die Sozialarbeit im Rahmen der Zusammenarbeit des Bundes mit den Ländern besonders gefördert wird, können wir nur zustimmen. **Schulsozialarbeit** ist besonders an Schulen in sozialen Brennpunkten unverzichtbar.

(Beifall bei der LINKEN)

Teilweise ist aber Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeitern schon gekündigt worden, weil die Kommunen die Kosten nicht mehr tragen können. Deshalb ist eine bessere finanzielle Ausstattung auch in diesem Bereich dringend erforderlich.

Der Änderungsantrag der SPD fordert darüber hinaus unter anderem auch noch Förderung der Ganztagschulen und die Verbesserung der Studienbedingungen. Das sind alles Forderungen, die alle hier in dieser Runde unterstützen müssten.

(Beifall bei der LINKEN)

Die Bundesregierung hat in ihrem Koalitionsvertrag vereinbart, Maßnahmen, insbesondere in den Bereichen „Frühkindliche Bildung“ und „Förderung von benachteiligten Kindern und Jugendlichen“, zu ergreifen. Insofern würde unsere Landesregierung bei

der Bundeskanzlerin jetzt nur offene Türen einlaufen, wenn sie beim nächsten Bildungsgipfel alle diese Forderungen ins Gespräch bringt.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Für die Fraktion des SSW erteile ich Frau Abgeordneter Anke Spoorendonk das Wort.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn wir in Schleswig-Holstein gebannt auf den 26. Mai schauen, weil an dem Tag bekanntlich die Empfehlungen der sogenannten Haushaltsstrukturkommission verkündet werden sollen, ist nach der nordrhein-westfälischen Steuerschätzung nun auch auf Bundesebene das Sparen angesagt. Zu befürchten ist, dass wir ein weiteres Spiel von „Rechte Tasche, linke Tasche“ bekommen, dass die Bürger dadurch doppelt und dreifach belastet werden.

Zur Einstimmung auf kommende schwierige Zeiten werden vorsorglich schon einmal Drohkulissen aufgebaut. Dabei wird völlig verkannt, dass die Folgen solcher Szenarien nicht die Motivation für politisches Handeln sind. Zum einen blockieren solche Negativszenarien die politischen Möglichkeiten zu handeln. Zum anderen führen sie zu Politikverdrossenheit und zu Pessimismus. Politik handelt aber davon, Wege zu finden. Dreh- und Angelpunkt ist daher, dass politische Prioritäten gesetzt werden müssen, allen voran die prioritären Punkte der Bildung.

(Beifall bei SSW, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Das vor zwei Jahren auf dem ersten Bildungsgipfel beschlossene Ziel, zukünftig **10 % des Bruttonationalprodukts** für **Bildung** auszugeben, ist daher symptomatisch für den Stellenwert von Bildung in unserer Gesellschaft. Es wird viel geredet und wenig getan und schon gar nichts investiert.

Beim ersten Bildungsgipfel wurde beschlossen, die Bildungsausgaben auf 10 % des Bruttoinlandsprodukts zu erhöhen. Vor einem Jahr folgte die Empfehlung, dass dafür 13 Milliarden € mehr investiert werden müssen. In diesem Jahr, am 10. Juni, wollen sich Bund und Länder überlegen, woher denn dieses Geld kommen soll. Es sind drei Jahre vergangen, in denen noch nichts passiert ist.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Robert Habeck [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

(Anke Spoorendonk)

Mittlerweile hat der Bund zwar zugesagt, von den 13 Milliarden € 40 %, also 5,2 Milliarden €, zu übernehmen. Leider gibt es dabei das Problem, dass vor vier Jahren alles getan wurde, um zu verhindern, dass sich der Bund in die Bildungspolitik der Länder einmischen kann. Denn neben der Verankerung der Bildungshoheit der Länder im Grundgesetz hat man im Ergebnis der Föderalismuskommission I in Artikel 104 b des Grundgesetzes auch noch das **Kooperationsverbot** aufgenommen, Stichwort Entflechtung von Aufgaben. Die Situation der Länder hat sich aber seitdem verändert. Das Wachstumsbeschleunigungsgesetz lässt grüßen.

Wo die Länder früher eine Einmischung des Bundes verhindern wollten, ist man jetzt für eine Einmischung dankbar. Längst hat sich gezeigt, dass einige Landesregierungen - allen voran die schwarzgelben in Hessen und auch in Schleswig-Holstein - nicht bereit sind, Bildung die Priorität zu geben, die notwendig ist, um die Entwicklung dieser Republik zu sichern.

Aus Sicht des SSW ist das Kooperationsverbot ein Entwicklungshindernis für die Bildungslandschaft unserer Republik als Ganzes.

(Beifall bei SSW, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Eine Bildungspolitik je nach Kassenlage der Länder wird nämlich über kurz oder lang zum Wettbewerbsföderalismus führen, der insbesondere den ärmeren Bundesländern schadet. Daher kann ich für den SSW nur sagen, dass es höchste Zeit ist, dass der **Bund** seine **Ausgleichsfunktion** wahrnimmt. Der Bund muss die Länder darin unterstützen, zu annähernd gleichen Lebensverhältnissen zu kommen. Das ist sein Auftrag laut Grundgesetz, und davon entbindet ihn auch keine Föderalismuskommission und keine Föderalismusreform. Bildungsausgaben sind eine Zukunftsinvestition und damit eine gesamtgesellschaftliche und gesamtstaatliche Verpflichtung. Sowohl der Bund als auch die Länder müssen diese Verpflichtung wahrnehmen.

Aber selbst wenn das Kooperationsverbot zurückgenommen werden sollte, steht in den Sternen, was mit dem 10-%-Ziel des Bildungsgipfels geschieht. Der Bund zahlt nämlich nur, wenn auch die Länder zahlen. Die Landesregierung hat dazu gesagt - ich zitiere aus dem vorliegenden Bericht -:

„Ob Schleswig-Holstein ... angesichts der verfassungsmäßig verankerten Schuldenbremse und der gegenwärtigen Steuerminder-einnahmen, die das Land zwingen, seine Ausgaben drastisch zu verringern, seinen An-

teil an der Deckung der ‚Gipfelsumme‘ von 13 Milliarden € Euro erbringen kann, ist fraglich.“

Ich hätte Lust, liebe Kolleginnen und Kollegen, diesen Satz noch einmal zu zitieren. Den muss man sich wirklich auf der Zunge zergehen lassen. Das alles ist nämlich mehr als dürftig.

(Beifall bei SSW, der LINKEN und des Abgeordneten Dr. Robert Habeck [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Das Datum für den kommenden Bildungsgipfel ist nicht erst gestern oder vorgestern beschlossen worden. Die **Landesregierung** hat damit eine Chance in den Sand gesetzt, mit Unterstützung des Landtages mit eigenen **Konzepten** zu diesem Bildungsgipfel zu reisen. Das ist ein Armutszeugnis.

(Beifall bei SSW, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Dieses Zitat macht aber auch deutlich, dass wir uns gerade im Kreis drehen. Der Bund will Geld für die Bildung geben, darf nicht. Die Länder wollen gern Geld für die Bildung nehmen und können nicht. Damit sind wir - Schuldenbremse hin oder her - wieder bei dem Thema der politischen **Prioritätensetzung**. Aus Sicht des SSW muss **Bildung** oberste Priorität haben. Anders formuliert: Sparen ist eben kein Ersatz für Politik. Sparen ohne Prioritätensetzung schon gar nicht. Um dem Ministerpräsidenten Sachsens, Herrn Tillich, auf seine Äußerung, dass mehr Geld nicht automatisch klüger macht, zu antworten: Weniger Geld macht auch nicht klüger.

(Beifall bei SSW, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Das Wort zu einem Dreiminutenbeitrag erteile ich der Frau Abgeordneten Anke Erdmann von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Anke Erdmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wir alle wissen jetzt, warum wir so einen dürftigen Bericht von Ihnen bekommen haben, Herr de Jager. Sie haben es auch im Ausschuss schon deutlich gemacht: Sie haben sich eigentlich schon längst von diesem 10-%-Ziel verabschiedet. Sie wussten ja noch nicht einmal, ob der Ministerpräsident dem **10-%-Ziel** überhaupt zugestimmt hat. Sie haben im Ausschuss im Juni gesagt: Ich weiß gar nicht, ob wir dem 10-%-Ziel zustimmen wollen.

(Anke Erdmann)

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Seit Dezember 2008 ist es aber die Pflicht der Landesregierung, hier eine Operationalisierung hinzubekommen. Ich frage mich, ob im Kabinett nicht miteinander geredet wird.

Was Sie hier geboten haben, war eine Vorstellung: Der Minister als Aal. Sie haben nicht die Chuzpe gehabt, sich hier hinzustellen und ganz klar zu sagen: „Nein, vom 10-%-Ziel haben wir uns längst verabschiedet“, auch wenn jede Ihrer Gesten das deutlich gemacht hat.

Sie halten den Ministerpräsidenten für einen Trautmäntzer, der trotz Schuldenbremse auf Bundesebene einem Ziel zugestimmt und diese Zustimmung im Dezember erneuert hat, das Sie nicht mehr für realistisch halten. Das ist schon ein starkes Stück.

Frau Franzen - da ist sie -, Sie fragen genau wie Herr de Jager immer, wo die Grünen das Geld hernehmen wollen. Ich wiederhole das gern. Wir haben immer zwei Vorschläge gemacht. Wir haben immer gesagt, das beitragsfreie Kita-Jahr finanzieren wir nicht einfach so aus der Portokasse, sondern wir haben immer gesagt: Wir erhöhen dafür die Grunderwerbsteuer. 45 Millionen € pro Jahr. Das ist der erste Punkt.

Wir haben schon lange gesagt: Für eine vernünftige Finanzierung auf Bundesebene nehmen wir den Bildungs-Soli. Das sind ungefähr 10 Milliarden €. Das ist nicht einmal eine Steuererhöhung. Das ist eine Umschichtung.

Jetzt einmal an die Kabinettsriege gerichtet ein Vorschlag, der von der Uni Flensburg - Wirtschaftswissenschaften - kommt. Den sollte man sich einmal genauer anschauen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Carstensen, Sie haben im Dezember hier gestanden und gesagt, mit welchen Ergebnissen Sie aus Berlin zurückgekommen sind. Wir haben Sie dafür gelobt, weil wir gesagt haben: Wenn das wirklich bedeutet, 13 Milliarden € mehr für **Bildung und Forschung**, dann ist das mehr, als Rot-Grün hinbekommen hat. Dafür haben wir Sie verhalten gelobt. Jetzt stellen Sie sich auf Bundesebene an die Spitze derer, die im Bereich Bildung den Kahlschlag machen wollen. Wir erwarten von Ihnen, Herr Ministerpräsident, eigentlich, dass Sie in Berlin an der Spitze derjenigen stehen, die sich für das 10-%-Ziel starkmachen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich wünsche mir, dass Sie hier und heute erklären: Wo sind die 100 Millionen €? Wie soll diese Kompensation eingefordert werden? Bitte erklären Sie uns heute, wo dieses Geld geblieben ist.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten Ellen Streitböcker [DIE LINKE])

Weil sich Herr de Jager so auf diese Debatte gefreut hat, sage ich: Herr de Jager, wir wollen nicht ja irgendwie einmal darüber reden, ob Sie an dem 10-%-Ziel festhalten. Nach eineinhalb Jahren muss man als Landesregierung dazu eine Position haben - finde ich jedenfalls.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Vielen Dank, Frau Kollegin. - Zu einem weiteren Dreiminutenbeitrag erteile ich dem Herrn Abgeordneten Dr. Ralf Stegner das Wort.

(Peter Lehnert [CDU]: Jetzt kommen wieder die Erben und die Hoteliers! - Dr. Christian von Boetticher [CDU]: Jetzt kommen wieder die Erben! - Heike Franzen [CDU]: Bildung, Betreuung und Klimaschutz!)

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich bewundere die Nachsicht und Freundlichkeit, mit der der Kollege Weber mit dem Wissenschaftsminister umgegangen ist. Ich muss sagen, das ist bemerkenswert.

(Heike Franzen [CDU]: Das ging ja gar nicht!)

Sie haben hier ja sehr freundlich vorgetragen. Ihr Bericht ist mit nur einem Satz zusammenzufassen: Die Landesregierung hat keine Vorschläge.

Peinlich ist nicht nur, dass die Landesregierung keine **Vorschläge** hat, sondern dass das von den Regierungsfractionen auch noch beklatscht wird und dass Sie in der Parlamentstagung, in der man darüber reden sollte, Reden vorlesen lassen, in denen wir - die Kollegin Franzen hat das getan - allen Ernstes gefragt werden, wie wir das finanzieren wollen, was Sie, Frau Franzen, selbst hier mitbeschlossen haben.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

(Dr. Ralf Stegner)

Frau Kollegin Franzen, Sie haben dafür die Hand gehoben. Dann fragen Sie: Wie wollen Sie das finanzieren? Das ist doch wirklich ein abenteuerliches Parlamentsverständnis. Dass Sie so tief gesunken sind, dass Sie Nichts beklatschen und dann sagen, die Opposition solle bitte erzählen, wie das finanziert werden soll, was Sie selbst beschlossen haben, ist schon bemerkenswert.

Ich habe mich aber auch aus einem anderen Grund gemeldet. Ich habe nämlich heute mit Faszination das Interview in der „Welt“ gelesen, in dem ein schöner Satz drinsteht. Auf die Frage: „Also empfehlen Sie der Kanzlerin?“, sagt der amtierende Ministerpräsident dieses Landes:

„Also sage ich“

- also Carstensen -

(Heiterkeit bei CDU und FDP)

„der Kanzlerin, dass ich mir nicht sicher bin,“

- ich muss ja erklären, dass er gemeint ist -

„ob ich das Ziel im bisher prognostizierten Tempo erreichen kann.“

Das Tempo seit Dezember! Ich habe Ihnen hier im Dezember gesagt, Herr Ministerpräsident, dass ich der Erste bin, wenn sich das als wahr erweist, was Sie hier gesagt haben, der Sie öffentlich dazu beglückwünscht und Ihnen Lob zollt. Das habe ich Ihnen im Dezember gesagt.

Ich muss sagen, ich habe ungern Recht behalten, dass sich herausgestellt hat, dass Sie das Land an der Nase herumgeführt haben. Sie sind mit Herrn Kubicki nach Berlin gefahren, Sie haben nichts mitgebracht. Darüber kann man sich deswegen nicht freuen, weil das bitter ist für die Bildung hier in diesem Land und für die wichtigen Zukunftsaufgaben, die zu lösen sind. Sie haben keine Vorschläge. Sie erreichen in Berlin nichts. Und Sie sagen, innerhalb von drei Monaten haben Sie neue Erkenntnisse.

Frau Merkel wird mächtig beeindruckt sein, wenn sie Ihr Interview gelesen hat. Es ist schade, dass der Ministerpräsident unseres Landes in Berlin kein Gewicht hat und dass die Regierung hier keine Vorschläge macht. Das Land Schleswig-Holstein hat Besseres verdient, in der Bildung allemal.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der LINKEN und SSW)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Das Wort zu einem weiteren Dreiminutenbeitrag hat der Herr Abgeordnete Ulrich Schippels von der Fraktion DIE LINKE.

Ulrich Schippels [DIE LINKE]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Seit 1994 nehme ich ab und zu, wenn es zugelassen worden ist, an Podiumsdiskussionen teil, zum Beispiel im Rahmen von Bundestagswahlen, seit 2000 auch im Rahmen von Landtagswahlen.

Meistens handelt es sich um Podiumsdiskussionen vor Schulklassen. Es gibt drei oder vier Punkte, die besprochen werden. Einer davon ist immer die Bildungspolitik. Die Vertreterinnen und Vertreter aller Parteien sind sich immer darüber einig, dass Bildung unsere Zukunft ist. Wir haben nämlich keine Rohstoffe, sondern wir müssen in die Köpfe investieren. Nach der Wahl wird das offensichtlich gleich wieder in die Schubladen gepackt und vor der Wahl für die nächsten Podiumsdiskussionen wieder herausgeholt. Dies geschieht bei allen Parteien, bei CDU, SPD, Grünen und FDP.

Das Ergebnis ist eine Landespolitik in Schleswig-Holstein, aufgrund der wir im März 2005 - nach Rot-Grün - **Bildungsausgaben** in Höhe von 807 € pro Kopf und Einwohner hatten. Wir waren das Schlusslicht und hatten die rote Laterne. Leider hat sich daran bis heute nichts, aber auch gar nichts verändert.

Hinzu kommt die Botschaft von Ihnen, Herr Ministerpräsident. Sie erklärten, das Ziel von Bildungsausgaben in Höhe von **10 % des Bruttoinlandsprodukts** nicht einhalten zu können. Ich frage mich, ob es nicht besser heißen sollte, Sie wollen sie nicht einhalten.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich bekomme den Eindruck, dass Sparen an der Bildung hier im Land keinem Sparzwang geschuldet ist, sondern zum Prinzip erhoben wird. Ihre Fahrt mit Herrn Kubicki nach Berlin hat offensichtlich nicht einmal die Fahrtkosten eingebracht.

Dieses Sparen wird noch damit erklärt, dass man die künftigen Generationen finanziell nicht belasten wolle. Kürzung bei den „Kurzen“, Sparen bei der Bildung, Sparen bei den Schülerinnen und Schülern, Sparen bei den Universitäten, Sparen bei der politischen Bildung: Alles für eine bessere Bildung? - Das glaubt Ihnen kaum jemand mehr. So sehe ich das zumindest. Mit Ihrer kurzfristigen Politik vernichten Sie die Zukunftschancen unseres

(Ulrich Schippels)

Landes und vor allem die Zukunftschancen der jüngeren Generation. Abgesehen davon ist Bildung auch die beste Prävention vor faschistischen Positionen.

Frau Franzen, Sie haben gesagt, dass Geld in der Bildung nicht notwendigerweise zu einer besseren Bildung führt. Sie haben gesagt, dass mehr Geld in Bildung nicht notwendigerweise zu einem besseren Bildungserfolg führt. Angesichts der Schulpolitik in diesem Haus gebe ich Ihnen auch recht. Geld ist aber die notwendige Voraussetzung dafür, dass sich der Bildungserfolg tatsächlich verbessert.

Im Rahmen der Anhörung zur Schuldenbremse haben wir von Professor Dr. Grözinger am 25. März gehört, dass sich **Bildungsausgaben** volkswirtschaftlich mit 8 % **rentieren**. Das sind zwar nicht die 17 % der HSH Nordbank, aber dafür nachhaltig. Im Umkehrschluss gilt übrigens auch, wer kein Geld für Bildung ausgibt, sondern kürzt, wie es jetzt zum Beispiel in Flensburg geplant ist, organisiert auch Einnahmeverluste.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Kollege, Ihre Redezeit ist abgelaufen.

Ulrich Schippels [DIE LINKE]:

- Ich weiß, meine Redezeit ist abgelaufen.

Über den Rest werden wir nachher noch diskutieren. Zum Schluss sage ich Ihnen noch eines: Wer unwiderruflich 1,5 Milliarden € in die HSH Nordbank versenkt, soll sich nicht hierher stellen und sagen, es ist kein Geld für die Bildung und die Zukunft da.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Ich schließe die Beratung.

Es ist beantragt, den Antrag Drucksache 17/500 und den Änderungsantrag Drucksache 17/555 als selbstständigen Antrag sowie den Bericht der Landesregierung, Drucksache 17/451, federführend an den Bildungsausschuss und mitberatend an den Wirtschaftsausschuss zu überweisen, wobei der Bericht, Drucksache 17/451, zur abschließenden Beratung überwiesen werden soll. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Damit sind diese Anträge mit den Stimmen von CDU, SPD, FDP, der LINKEN und SSW gegen die Stimmen der

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN an die Ausschüsse überwiesen.

Ich rufe die Tagesordnungspunkte 31 und 36 auf:

Gemeinsame Beratung

a) Stärkung des Hochschulstandortes Flensburg

Antrag der Fraktion des SSW
Drucksache 17/523

b) Hochschulentwicklung mit Augenmaß statt unkoordiniertes Zerschlagen von Hochschulen und Studiengängen

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/534

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Dann eröffne ich die Aussprache. Das Wort hat Frau Abgeordnete Anke Spoorendonk.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Als sich der Kollege Kubicki Ende April in einem Gespräch mit den „Kieler Nachrichten“ verplauderte, ging aus dem Nebensatz des Presseartikels hervor, dass die **Haushaltsstrukturkommission** empfehlen würde, die **Universität Flensburg** in eine **Pädagogische Hochschule** zurückzustufen. „Kann gar nicht sein“, war die erste Reaktion bei uns im Norden. Die Rechnung „Amputation gleich Einsparung“ geht schlicht und ergreifend nicht auf. Doch mittlerweile hat selbst Wissenschaftsminister de Jager bestätigt, dass das Schicksal der Universität Flensburg noch vor der Sommerpause entschieden wird, obwohl das Wissenschaftsministerium Anfang des Jahres die niedersächsische Wissenschaftskommission damit beauftragt hatte, bis zum Herbst ein Gutachten über die Universität zu erstellen und erst auf dieser Grundlage die Zukunft der Universität Flensburg zu diskutieren.

Mit verantwortlicher Politik hat dies alles wenig zu tun.

(Beifall bei SSW und der LINKEN)

Dabei will ich überhaupt nicht bestreiten, dass es am **Hochschulstandort Flensburg** anders weitergehen muss als heute. Zu deutlich sind die notdürftige Finanzierung der Universität, ihr strukturelles

(Anke Spoorendonk)

Defizit und der Mangel an Personal- und Sachausstattung, als dass hier ein „Weiter so!“ funktionieren würde.

Es gibt eine Reihe vielversprechender Perspektiven für den Hochschulstandort Flensburg, die zuerst einmal nicht mehr Geld kosten, aber eine Zukunft der nördlichen Region unseres Landes aufzeigen und nichts zerstören. Dazu gehören unter dem Deckmantel des Sparens ganz explizit nicht die Zurückstufung der Uni zu einer PH und auch nicht das Andocken der Universität an die CAU. Der **Spareffekt** bei einer Zurückstufung ist bisher nämlich in keiner Weise belegt. Vielmehr hat das Land in den letzten zehn Jahren Hunderte Millionen Euro in den Ausbau der Universität gesteckt. Auch die regionale Wirtschaft hat erheblich in die Universität investiert. Mit nachhaltiger Politik hätte eine **Zurückstufung** also auch nichts zu tun.

(Beifall bei SSW und der LINKEN)

Die regionale Wirtschaft hat nicht in die Universität investiert, um die Landespolitik zu entlasten, sondern weil sie erkannt hat, wie wichtig ein starker Hochschulcampus für die Wirtschaft im Landesteil Schleswig ist. Ansonsten droht die Abkopplung der nördlichen Region von der wirtschaftlichen Entwicklung insgesamt, die mehr denn je von Bildung, Fachkräften, innovativem Denken und dem engen Austausch zwischen Wissenschaft und Wirtschaft abhängt. Daher sage ich noch einmal ganz klar und deutlich: Zwischen Wissenschafts- und Regionalpolitik unterscheiden zu wollen, ist heute einfach kein zeitgemäßes Denken mehr.

(Beifall beim SSW)

Wir brauchen daher eine langfristige und tragfähige Lösung für den gesamten Hochschulstandort Flensburg. Aus Sicht des SSW muss die Zielsetzung sein, die **Eigenständigkeit der Universität** mit ihren Schwerpunkten in den vermittlungs-, wirtschafts- und erziehungswissenschaftlichen Studiengängen zu erhalten. Außerdem muss der Hochschulstandort durch die intensivierete Zusammenarbeit zwischen Universität und Fachhochschule gestärkt werden. Wir fordern die Landesregierung auf, dafür die Rahmenbedingungen zu schaffen, denn nur eine Zusammenarbeit auf Augenhöhe hat Zukunft.

(Beifall bei SSW und SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, als Alleinstellungsmerkmale des Flensburger Hochschulstandortes sind schon jetzt die grenzüberschreitenden Studiengänge und die Zusammenarbeit mit der

Syddansk Universitet hervorzuheben. Dass diese Kooperation kein Sahnehäubchen für die Syddansk Universitet ist, sondern ein Markenzeichen und damit ein Wirtschaftsfaktor, erklärt, warum man von dänischer Seite die Diskussion um die Zukunft der Uni Flensburg mit großer Aufmerksamkeit und auch mit großer Sorge verfolgt. Das soll heißen, es ist keine Alternative, die Wirtschaftswissenschaften nach Kiel zu verlagern. Gerade die Nähe zu Flensburg macht für Sønderborg den Reiz der **grenzüberschreitenden Studiengänge** aus.

Die wirtschaftswissenschaftlichen Studiengänge der Universität strahlen somit weit über die Region hinaus. Sie stehen für knapp 11 % des Uni-Haushalts, haben rund 20 % der Studierenden und generieren über 35 % der Drittmittel, die von der Universität eingeworben werden. Hinzu kommt, dass die Wirtschaftswissenschaften schon jetzt für einen Großteil der jetzigen Kooperation mit der Fachhochschule stehen. Es ist daher nur folgerichtig, daraus ein echtes **Forschungsdreieck**, bestehend aus allen drei Hochschulen der Grenzregion, zu gestalten. Ein grenzüberschreitendes Forschungszentrum oder als weitere Vision die Gründung einer Europa-Hochschule im deutsch-dänischen Wirtschaftsraum wären etwas für die Zukunft.

(Beifall bei SSW und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Akteure der Region und Betroffene der Universität haben deutlich gemacht, dass sie sich ihre Uni nicht einfach wegnehmen lassen. Für den SSW kann ich dies nur unterstreichen und sagen: Der Hochschulstandort Flensburg hat zusammen mit der Fachhochschule und der Universität Zukunft. Diese Zukunft lassen wir uns nicht kaputtmachen.

(Beifall bei SSW, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erteile ich Herrn Kollegen Rasmus Andresen das Wort.

Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen Abgeordnete! Die Debatte von eben ergibt nur einen Sinn, wenn man sie mit der jetzigen Debatte im Zusammenhang sieht.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

(Rasmus Andresen)

Gerade eben gab es das Herumschwadronieren der Landesregierung zur Bildungsfinanzierung, und jetzt kommen die konkreten Auswirkungen. Nun soll es also mit großer Wahrscheinlichkeit die Wirtschaftswissenschaften der Universität Flensburg treffen; so deute ich jedenfalls die aktuelle Entwicklung. Wenn es sie trifft, dann trifft es den gesamten **Hochschulstandort Flensburg**.

Bildungspolitisch wäre nichts dümmer, als die Wirtschaftswissenschaften in Flensburg zu streichen und die Universität zur Pädagogischen Hochschule zurückzustufen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und vereinzelt bei der SPD)

Wie würde das eigentlich mit dem Ziel der Landesregierung, bis 2020 circa 10.000 neue Studienplätze zu schaffen, zusammenpassen, was im Koalitionsvertrag steht? - Wo sollen die eigentlich entstehen?

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die viel beschworene Öffnung der Universitäten auch für bildungsferne Schichten wird durch den **Abbau von Studiengängen in Flensburg**, aber auch in **Lübeck**, was auch zur Diskussion steht, nicht erreicht. Eine Mehrheit dieser Schulabsolventen und der -absolventinnen wählen ihre Studienplätze sehr nah am Heimatort. So wichtig die Stärkung der Fachhochschulen vor Ort auch ist, was wir ausdrücklich unterstützen, so können nicht alle Studienplätze in den Regionen an den Fachhochschulen entstehen.

Neben der Quantität spricht auch die Qualität gegen die Gedankenspiele des Wissenschaftsministeriums und dieser intransparenten **Haushaltsstrukturkommission**. Die Wirtschaftswissenschaften an der Universität arbeiten äußerst erfolgreich. Ein Nobelpreisträger, der in Forschung und Lehre richtig gute Arbeit leistet, ist dort. Fragen Sie die Studierenden, die gestern auf der Straße waren. Sie werden Ihnen das bestätigen können. Im bundesweiten CHE-Ranking werden die European Studies, Energie- und Umweltmanagement und International Management, also die Studiengänge, um die es konkret geht, sehr gut bis gut bewertet. Nur die Ausstattung könnte besser sein, aber das sind ja die Rahmenbedingungen, für die wir als Politik und als Parlament verantwortlich sind. Die Kollegin Spoorendonk hat es erwähnt.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der LINKEN und SSW)

Bei einem Haushalt von 13 Millionen € einen Umsatzeffekt von 39,1 Millionen € und 562 Ar-

beitsplätze in der Region zu erwirtschaften, muss Ihnen als Wirtschaftsminister doch das Herz erwärmen, Herr de Jager. Der IHK Flensburg und dem Arbeitgeberverband tut es das jedenfalls.

Wir brauchen aber viel mehr als Einzelantworten. Jahrelang ist im Hochschulbereich nichts - beziehungsweise zu wenig - passiert. Das sei auch selbstkritisch mit Blick auf die rot-grüne Regierungsvorgangeneheit gesagt. Auch Sie setzen diese traurige Tradition fort. Statt einzelne Studiengänge anzugreifen, müssen Sie mit den Akteuren an allen Hochschulen in Schleswig-Holstein gemeinsam ein zusammenhängendes **hochschulpolitisches Konzept** entwickeln.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der LINKEN und SSW)

Die Frage muss sein: Wie soll die Hochschullandschaft in zehn bis 15 Jahren in Schleswig-Holstein aussehen? - Wo sollen welche Studienplätze entstehen? - Stattdessen spielen Sie die Universitäten gegeneinander aus. Es darf nächste Woche oder auch später nicht heißen: Lübeck gegen Flensburg oder Heide gegen Kiel. Nein, nur eine plurale Hochschullandschaft ist eine gute Hochschullandschaft für das ganze Land.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Auch deshalb muss das Gutachten der wissenschaftlichen niedersächsischen Gutachterkommission abgewartet werden. Dieser Kommission im laufenden Verfahren den Boden unter den Füßen wegzuziehen, ist einfach nur dreist.

(Beifall bei der LINKEN)

Hochschulpolitisch würden Sie damit bundesweit Schlagzeilen machen, was Sie bereits tun. Diese Schlagzeilen werden nicht positiv, das garantiere ich Ihnen. Dies hat Ihnen der Universitätsrat in der letzten Sitzung des Bildungsausschusses deutlich gemacht. Wir fordern deswegen: Lassen Sie die Kommission arbeiten, machen Sie sich und das Land nicht komplett lächerlich!

Zum Schluss noch ein Kommentar zur **regionalpolitischen Bedeutung**: Nach dem Landestheater, dem ersten Aufschlag zum Landesentwicklungsplan, der Diskussion über die Justizvollzugsanstalt Flensburg ist dies nun die vierte politische Diskussion, die sich gezielt gegen Flensburg und gegen die Region stellt. Herr Ministerpräsident, überlegen Sie sich als jemand, der im Norden des Landes beheimatet ist, gut, welche Schritte Sie tun und was

(Rasmus Andresen)

Ihnen die Region - abgesehen von den Kappelner Heringstagen - wert ist!

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der LINKEN, SSW und vereinzelt bei der SPD)

Ihr Parteifreund, der Bundestagsabgeordnete Wolfgang Börnsen, macht es zusammen mit der Flensburger CDU vor. Man könnte auch den ehemaligen CDU-Wissenschaftsminister der 70er- und 80er-Jahre, Herrn Westphal nennen, der sich im Rahmen einer Veranstaltung der IHK vor kurzer Zeit hinter die Universität gestellt hat. Vielleicht sollten Sie einmal mit ihm sprechen.

(Beifall bei der LINKEN und SSW)

Ein Satz zur FDP: Herr Vogt, jetzt, wo Sie in die erste Reihe vorgerückt sind, sage ich: Hören Sie auf die Jugendorganisation, auf die Jungen Liberalen, denen Sie noch angehören! An dem Landeskongress der Jungen Liberalen vor einigen Monaten haben Sie teilgenommen. Dort hat man sich eindeutig in einem Beschluss hinter die Universität Flensburg gestellt. Zeigen Sie dieses Verhalten auch hier im Parlament!

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der LINKEN, SSW und vereinzelt bei der SPD)

1.500 Facebook-Gruppenmitglieder, 2.000 Angestellte und Studenten der Universität gestern auf der Straße, über 2.700 Protestmails an Sie, Herr Carstensen, 3.000 Unterschriften, die von Studierenden, die hier im Raum sind, gleich an Sie, Herr de Jager, übergeben werden sollen, wenn Sie sich trauen. - Reagieren Sie jetzt! Lassen Sie die Kommission arbeiten, und stimmen Sie unserem Antrag zu!

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der LINKEN, SSW und vereinzelt bei der SPD)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Bevor ich dem Kollegen Daniel Günther von der CDU-Fraktion das Wort erteile, möchte ich mit Ihnen gemeinsam auf der Tribüne Schülerinnen und Schüler der Herderschule aus Rendsburg sowie Schülerinnen und Schüler der Berufsfachschule für kaufmännische Assistentinnen und Assistenten vom Ravensberg in Kiel begrüßen. - Herzlich willkommen hier im Landeshaus!

(Beifall)

Herr Kollege Günther, Sie haben das Wort.

Daniel Günther [CDU]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich will positiv beginnen. Zu den vorliegenden Anträgen sage ich: Ich will ausdrücklich loben, wie der Antrag der Grünen in der Überschrift heißt, nämlich „Hochschulentwicklung mit Augenmaß statt unkoordiniertes Zerschlagen von Hochschulen und Studiengängen“.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Genau das ist die Maxime, die CDU und FDP miteinander vereinbart haben. Danach handeln wir auch in Schleswig-Holstein.

(Beifall bei CDU und FDP)

Deshalb schließen wir auch **Zielvereinbarungen** mit den Hochschulen ab. Wir reden über die Berichte, die dort erstellt werden. Von unkoordiniertem Verhalten kann überhaupt nicht die Rede sein.

Zu dem Inhalt und den vier Punkten, über die wir abstimmen werden, sage ich: Das ist nicht das, was wir uns in Zukunft leisten können. Im Prinzip sagt Ihr Antrag nichts anderes, als dass die Hochschullandschaft gut sei, sie müsse in Zukunft genauso bleiben, nichts dürfe sich verändern. Ich sage Ihnen aber, das können wir uns in dieser Form nicht leisten. Die **Schuldenbremse**, auf die man in diesem Zusammenhang immer wieder hinweisen muss, - -

(Zurufe von den LINKEN)

- Ich weiß, Sie mögen sie nicht. Wir haben sie aber miteinander verabredet. Sie gilt auch in Schleswig-Holstein. Wir werden in allen Bereichen nach Einsparmöglichkeiten suchen. Auch der **Bildungsbereich** kann von einer kritischen Überprüfung nicht ausgeschlossen werden, denn ein optimaler Mitteleinsatz auch in diesem Bereich führt dazu, dass man mehr Geld in bessere Bildung stecken kann.

(Beifall der Abgeordneten Katharina Loedige [FDP])

In Bezug auf die **Universität Flensburg** werden seit Jahren schon unterschiedliche Modelle für eine bessere Aufstellung diskutiert. Ich sage aber auch: Einige dieser Modelle und auch der Status quo bedeuten einen höheren Mitteleinsatz, den wir uns einfach nicht leisten können. Auch deshalb untersucht derzeit die niedersächsische Kommission, mit welchem Modell wir den Hochschulstandort in Flensburg gut für die Zukunft rüsten können. Ich glaube aber, dass es gut ist, wenn in der nächsten Woche die **Ergebnisse der Haushaltsstrukturkommission** vorliegen, damit vor Ort Klarheit entsteht.

(Daniel Günther)

Auch Flensburg braucht Alleinstellungsmerkmale, um sich im Wettbewerb der Hochschulstandorte behaupten zu können. Der weitaus größte Bereich der Uni **Flensburg** ist die **Lehramtsausbildung**. Diese hätte schon in der Vergangenheit auch in der Außenarbeit noch mehr zum Schwerpunktthema gemacht werden können. Dazu hat sich die Universität bedauerlicherweise nicht durchringen können.

Ein Wort zum Antrag des SSW, wobei ich den Punkt vier herausgreife, bei dem mich ärgert, in solch einen Antrag einfach eine Formulierung reinzuschreiben, die besagt, die Landesregierung solle keine Strukturentscheidung zulasten der nördlichen Region treffen.

(Beifall beim SSW)

Ich sage Ihnen ganz ehrlich: Mit solchen Anträgen werden wir - was die Haushaltskonsolidierung angeht - überhaupt nichts erreichen. Ich kann mich hier auch hinstellen und sagen: Herr Ministerpräsident, Sie können sich auf mich verlassen. Ich trage die Haushaltskonsolidierung unter der Voraussetzung mit, dass in meinem Wahlkreis in Eckernförde nichts gemacht wird. Das kann es nicht sein.

(Beifall bei CDU und FDP - Zuruf des Abgeordneten Lars Harms [SSW])

- Herr Harms, weil Sie dazwischenrufen, sage ich: Wenn Sie mutig gewesen wären, dann hätten Sie das zumindest umformuliert und gesagt: Die Landesregierung wird aufgefordert, nur Strukturentscheidungen zulasten des südlichen Raums zuzulassen.

Ich glaube, dass wir von der Haushaltsstrukturkommission in der nächsten Woche ein ausgewogenes Konzept erwarten können. Ich sage auch: Das muss den berechtigten Interessen des nördlichen Landesteils gerecht werden, denn auch dort wollen wir weiterhin eine wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklung ermöglichen.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Mir ist nicht bekannt, was die Haushaltsstrukturkommission zum Standort Flensburg vorschlagen wird.

(Zuruf von der SPD: Uns auch nicht! - Christopher Vogt [FDP]: Sie wissen doch schon alles!)

Aber dass auf Teile der Flensburger Universität ein kritischer Blick geworfen werden muss, kann auch den größten Lokalpatrioten nicht ernsthaft verwundern. Denn wir haben miteinander die **Zielvereinbarungen** diskutiert, und die kritischen Bestandtei-

le der Zielvereinbarung sind auch von den Fraktionen der Opposition hier angesprochen worden, was Akkreditierung von Studiengängen angeht. Das kann man hier nicht verschweigen. Die kritische Bilanz, die damals gezogen worden ist, müssen wir im Hinterkopf haben. Ich darf vielleicht, bevor hier der Eindruck entsteht, wir kümmern uns nicht um Flensburg und die Standorte, noch einmal darauf verweisen, dass im Rahmen der jetzigen Zielvereinbarung für die Lehramtsstudiengänge in Flensburg 1,4 Millionen € mehr zur Verfügung gestellt worden sind.

Ich sagte es schon: Der **Norden** darf wirtschaftlich nicht abgehängt werden. Zu einer positiven wirtschaftlichen Entwicklung tragen **Bildungseinrichtungen** und natürlich auch Universitäten und Fachhochschulen bei. Dies wird bei den Überlegungen der Haushaltsstrukturkommission sicherlich berücksichtigt worden sein. Ich bin gespannt auf die Strukturentscheidungen, die wir in der nächsten Woche hören und über die wir hier noch miteinander diskutieren - auch in den Fachausschüssen. Deswegen werden wir der Überweisung zustimmen.

(Beifall bei CDU und FDP)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Abgeordneten Martin Habersaat das Wort.

(Dr. Robert Habeck [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ist das eine Diktatur, oder was? Hier müssen die Debatten sein und nicht in eurem Zirkel! - Weitere Zurufe)

Martin Habersaat [SPD]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Kollege Günther, ich teile ausdrücklich Ihre Meinung. Ich bin auch gespannt, was die Kommission in der nächsten Woche vorschlagen wird. Ich hätte das aber gern hier diskutiert und nicht nächste Woche in der Zeitung gelesen.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der LINKEN und SSW)

Die Universität Flensburg hat nach schwierigen Zeiten wieder Tritt gefasst. Sie hat - das sage ich nicht nur, weil er da ist - unter der Leitung von Herrn Professor Reuter ihre Hausaufgaben gemacht. Es ist vor wenigen Tagen in großem Konsens gelungen, mit Frau Professor Wende eine neue Präsidentin zu finden, deren Amtszeit nun sechs Jahre beträgt.

(Martin Habersaat)

(Jürgen Weber [SPD]: Das hat gedauert!)

Jetzt folgen entscheidende Schritte in die Zukunft - hoffentlich!

Die **Universität Flensburg** hat Ende April der wissenschaftlichen Kommission Niedersachsen, die die Tätigkeit der Universität evaluieren soll, einen umfangreichen **Selbstreport** vorgelegt. Sie hat in diesem Dokument, wie ich finde, realistische Perspektiven aufgezeigt, die - das ist besonders hervorzuheben - nicht von unerfüllbaren Prämissen seitens des Landes ausgehen. Den Tenor bildet nämlich nicht der Ruf: „Gebt uns mehr Geld!“, sondern der Ruf: „Lasst uns arbeiten!“.

Die Hochschule sieht nicht nur die Notwendigkeit, sondern auch die Möglichkeit, mehr **Drittmittel** einzuwerben. Im Mittelpunkt steht eine **Reorganisation** in vier ähnlich große, funktionale **Fachbereiche**, die operativ groß genug sind, um die Lehrerausbildung und die anderen Ausbildungsgänge zu sichern. Wir können heute keine abschließende Bewertung des **Konzepts** vornehmen. Jetzt ist die wissenschaftliche Kommission Niedersachsen am Zug, die auch von uns - dem Land Schleswig-Holstein - beauftragt wurde, ein Gutachten abzugeben. Welche Folgen hätte es für den Ruf des Hochschulstandorts Schleswig-Holstein, wenn dort erst ein Gutachten bestellt, dann aber dessen Erstellung nicht einmal abgewartet würde? Oder folgt der Wissenschaftsminister dem Motto: „Was interessiert mich ein Gutachten, wenn ich eine Meinung habe“?

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die SPD geht davon aus, dass die Universität Flensburg nur dann eine gesicherte Zukunftsperspektive hat, wenn sie ein vielfältiges **Lehrangebot** bereithält, nicht aber dann, wenn sie den Weg zurück in die 70er-Jahre geht und sich wieder zur Pädagogischen Hochschule zurückentwickelt,

(Beifall der Abgeordneten Birte Pauls [SPD])

ein Modell, das es bundesweit kaum noch gibt. Es ist immerhin ein Modell, das zur Bildungspolitik von Minister Klug passen würde. Aber das ist ein trauriges Kriterium.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Die Universität bekennt sich zur **Kooperation** mit der Fachhochschule auf dem gemeinsamen Hochschulcampus Flensburg und mit der Süddänischen Universität. Darin hat sie unsere volle Unterstützung. Ebenso ging die FH den richtigen Weg, als

sie mit der FH Kiel vor wenigen Tagen eine privilegierte Partnerschaft eingegangen ist.

Solche Kooperationen können natürlich nur dann funktionieren, wenn auch die inhaltlichen Voraussetzungen an den Hochschulen erhalten bleiben. Eine Stärkung der Region Flensburg und des Landesteils Schleswig, die Interaktion von Wissenschaft und Gesellschaft im Nicht-Metropolen-Raum werden nur möglich sein, wenn endlich Planungssicherheit einkehrt und die Konzentration auf die sogenannten niederen Lehrämter - ein Begriff, von dem ich mich übrigens inhaltlich distanzieren - entfällt. Wir brauchen einen **Masterplan** für den Wissenschaftsstandort Flensburg und nicht dessen schrittweise Abschaffung.

(Beifall bei SPD und SSW)

In den vergangenen Jahren wurde viel in Flensburg investiert. Wir brauchen in Schleswig-Holstein - das wissen wir alle - nicht weniger, sondern mehr Studienplätze und haben auch noch in Flensburg die Situation, dass die Studienplätze dort besonders kostengünstig sind. Wo es einen Nachfrageüberschuss an Studienplätzen gibt, ist ein Eindampfen derselben nicht die logische Konsequenz.

Wir unterstützen daher den Antrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, dass keine voreiligen Entscheidungen vor Abschluss der Arbeit der Gutachterkommission gefällt werden dürfen. Ebenso können wir dem Antrag des SSW insoweit zustimmen, die **Eigenständigkeit** der Universität Flensburg zu sichern. Allerdings finden wir es falsch, bereits vor einem Abschlussbericht Vorgaben zu machen und der Universität zum Beispiel ihre Schwerpunkte festzuschreiben, zumal die Uni in ihrem Selbstreport andere Schwerpunkte setzt. Da finden wir etwas zu viel Lenkung und Zentralismus im SSW-Antrag.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zuruf vom SSW)

Ich beantrage hiermit, das weiter im Bildungsausschuss zu diskutieren.

Die Zukunft der Universität wird uns dort regelmäßig beschäftigen. Sie ist dabei ein Element der schleswig-holsteinischen und norddeutschen Hochschul- und Wissenschaftslandschaft, das nicht isoliert betrachtet werden darf und auf das ebenso wenig verzichtet werden kann.

Man fragt sich zuweilen, ob die Regierung den Landesteil Schleswig ohne Universität Flensburg zum Naturschutzgebiet entwickeln und die Hansestadt Lübeck ohne Universität zum Museum fort-

(Martin Habersaat)

entwickeln möchte. Dabei hatte es die Regierung mit Naturschutz und Kultur bisher ja nicht so.

(Beifall bei SPD und der LINKEN)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Das Wort für die FDP-Fraktion hat Frau Kollegin Kirstin Funke.

Kirstin Funke [FDP]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kollegen und Kolleginnen! In beiden uns vorliegenden Anträgen von SSW und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN geht es im Kern um die Sorge über eine einschneidende Strukturentscheidung zur Universität Flensburg. Herr Andresen, ich kann Ihnen versichern, dass die Landesregierung nicht unkoordiniert vorgeht, wenn sie strukturelle Entscheidungen fällt. Wir überlegen uns genau, an welchen Punkten wir ansetzen müssen, um zum einen der Haushaltskonsolidierung gerecht zu werden und zum anderen eine gute und umfassende hochschulische Ausbildung anbieten zu können.

(Zuruf von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Das ist ja noch schlimmer!)

Dabei kann es vonnöten sein, dass wir in der nächsten Zeit generell an die **Strukturen** herangehen müssen. Dass wir uns hier keine Denkverbote auferlegen lassen, haben wir schon vielerorts bekräftigt. Wir werden uns ebenfalls genau überlegen, mit welchen Strukturentscheidungen wir welche Wirkungen erzielen und ob wir möglicherweise an anderer Stelle Negativeffekte damit auslösen.

Um es aber auch klar herauszustellen: Strukturmaßnahmen können mittel- oder langfristig positive Wirkungen erzielen, auch wenn sie erst einmal schmerzhaft sind.

Wir stehen fraglos vor schweren und richtungweisenden Entscheidungen für das Land Schleswig-Holstein. Die unvermeidbaren Einschnitte in den unterschiedlichsten Bereichen werden uns nicht leichtfallen. Deshalb kann ich Ihnen ebenfalls versichern, Herr Andresen, dass wir - entsprechend Ihrem Antrag - „keine voreiligen Entscheidungen“ fällen werden.

(Vereinzelter Beifall bei der FDP)

Voreilig werden wir nicht entscheiden. Aber wir werden bald entscheiden müssen.

Dass wir in vielen Bereichen zu Schwerpunktsetzungen gezwungen sein werden, ist vor dem nun-

mehr viel zitierten Hintergrund der **Haushaltsslage** wohl offensichtlich. Dennoch halte ich es im Allgemeinen nicht für sonderlich zielführend, wenn wir im Rahmen der gesamten Haushaltsberatungen Einzelpunkte herausgreifen, die gänzlich der Diskussion entzogen sind. Wenn wir nicht alle Variablen in unsere Gesamtkalkulation einbeziehen, können wir nicht - wenn Entscheidungen anstehen - guten Gewissens behaupten, wir hätten alle Positiva und Negative gegenübergestellt. Das wäre verantwortungslos. So kann heute nicht gesagt werden, wie die Antworten und Lösungsansätze aussehen werden.

Abschließend möchte ich noch hinzufügen: Wir alle im Hohen Haus wissen um die Verdienste einzelner Fakultäten und deren herausragende Stellung innerhalb der Hochschulen Schleswig-Holsteins. Und wenn es in der nächsten Zukunft Entscheidungen zu treffen gilt, so geschieht dies nicht etwa auf der Grundlage der Unzufriedenheit mit der dortigen Arbeit, sondern auf der Grundlage, dass der Erhalt einer breit und finanziell solide aufgestellten Hochschullandschaft in Schleswig-Holstein gewährleistet sein muss.

(Beifall bei FDP und CDU)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Für die Fraktion DIE LINKE erteile ich Herrn Abgeordneten Björn Thoroe das Wort.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Wir können doch die Anträge an die Haushaltsstrukturkommission überweisen!)

Björn Thoroe [DIE LINKE]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! „Wer jetzt für die Kürzung des Bildungssystems plädiert, versündigt sich an der Zukunft“, sagte Bundesbildungsministerin Schavan auf dem gerade zu Ende gegangenen ökumenischen Kirchentag.

(Beifall bei der LINKEN)

Sie sagte das als Kommentar zur Kürzungssorgie der hessischen Landesregierung im Bildungsbereich. Der dortige Ministerpräsident Koch hat den Universitäten seines Landes gerade 30 Millionen € jährlich an Einsparungen abgepresst.

Auch eine weitere Aussage von Frau Schavan scheint mir hier erwähnenswert zu sein. Sie zeigte sich verwundert darüber, dass die Diskussion über zukünftige Haushalte über Interviews geführt werde. Roland Koch hatte die Spardebatte in der Bildung nicht etwa im Hessischen Landtag oder im

(Björn Thoroë)

Bundesrat angefangen, sondern er ist an die Presse gegangen. Damit wären wir dann auch schon wieder hier in Schleswig-Holstein.

Am 19. Mai 2010 wird der Wissenschaftsminister im „Flensburger Tageblatt“ mit der Aussage zitiert: „Entscheidungen werden in der kommenden Woche getroffen.“ - Welch eine Ohrfeige das für alle ist, die sich seit Jahren für den **Universitätsstandort Flensburg** einsetzen, scheint er nicht einmal zu merken.

(Beifall bei der LINKEN und SSW sowie vereinzelt bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Begutachtung der Uni durch die wissenschaftliche Kommission in Niedersachsen ist keineswegs eine beliebige Einzelaktion. Sie ist Teil eines Prozesses, in den sich die Uni Flensburg - ganz nebenbei bemerkt zusammen mit der Landesregierung - begeben hat. Während auf der einen Seite in den Hochschulstandort Kiel über sogenannte Exzellenzinitiativen, über deren Sinnhaftigkeit man trefflich streiten kann, Millionen gepumpt werden, soll auf der anderen Seite die selbstverschuldete **Haushaltsnotlage** nun die Ausrede dafür sein, den Hochschulen in Flensburg das Wasser abzugraben.

(Beifall bei der LINKEN - Christopher Vogt [FDP]: Billige Ausrede!)

Dabei irrt sich die Regierung hier ganz entschieden. Die gute Bildungslandschaft gehört zu den wenigen Stärken des Landes. Es ist nicht nur attraktiv, am Meer zu studieren, sondern die Hochschulen bilden das Rückgrat der vielen Weiterbildungsmöglichkeiten im Land und sichern, dass viele junge Leute gut ausgebildet werden.

(Beifall bei der LINKEN und des Abgeordneten Lars Harms [SSW])

Diese gut ausgebildeten jungen Leute braucht nicht nur das Land, sondern die ganze Republik. Diese gut ausgebildeten jungen Leute sind nötig, um die Zukunft zu gewinnen. Sie werden nämlich sonst dafür verantwortlich sein, wenn unsere Kinder hier in Schleswig-Holstein in 20 Jahren T-Shirts für China nähen.

(Beifall bei der LINKEN)

Flensburg wird wohl nicht der letzte Hochschulstandort sein, der wegen der Schuldenbremse, auf die Sie hier alle zusammen so stolz sind, geschleift wird, so wie wir das am Mittwoch vorhergesagt haben und Herr Günther das vorhin auch bestätigt hat.

Sie werden allerdings noch mehr Schulden produzieren. Es werden die **Einnahmen** fehlen, die die

Hochschulen erbringen. DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass in Schleswig-Holstein eine breite Bildungslandschaft erhalten bleibt. Dabei ist der Hochschulstandort Flensburg ein wichtiger Baustein.

(Beifall bei der LINKEN, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Das Wort für einen Dreiminutenbeitrag hat Frau Abgeordnete Anke Spoorendonk vom SSW.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Beitrag des Kollegen Günther hat mich doch noch einmal gereizt, hier nach vorn zu gehen. Auf den Beitrag will ich jetzt gleich eingehen. Aber noch eine Bemerkung vorweg. Die **Haushaltsstrukturkommission** ist ein interner Arbeitskreis der Regierungskoalition, nicht mehr und nicht weniger.

(Beifall beim SSW - Zuruf)

- Nein, ich sage das, weil viele Kollegen von den regierungstragenden Fraktionen das vergessen haben. Ich bedauere Sie auch nicht. Nächsten Dienstag werden Sie eingenordet werden. Da bedauere ich Sie wirklich nicht. Da werden Sie spüren, welche Funktion die Haushaltsstrukturkommission in Wirklichkeit gespielt hat. Aber das war nur eine Bemerkung vorweg.

Zu dem Antrag des SSW: Stärkung des Hochschulstandorts Flensburg! Dazu haben wir vier Punkte aufgeführt. Punkt 4: Keine Strukturentscheidung zu Fälligkeiten, die zulasten des nördlichen Landesteils oder der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit oder gegen die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zwischen Schleswig-Holstein und der Region Süddänemark gehen.

Natürlich können die Strukturentscheidungen zu Einsparmöglichkeiten führen. Aber das, denke ich, wird auf den **Standort Flensburg** bezogen überhaupt nicht zum Tragen kommen. Man wird nichts einsparen können, wenn man einfach die Universität amputiert.

(Beifall beim SSW)

Darum glaube ich - ich stelle es einfach in den Raum -, dass das, was man im Kopf hat, einfach den Sinn hat, Strukturentscheidungen zu treffen, die leichter steuerbar sind. Am leichtesten steuerbar ist die **Etablierung einer Landesuniversität** und einer **Landesfachhochschule**. Das kann man richtig

(Anke Spoorendonk)

schön aus dem Ministerium heraus steuern. Das ist schön zu handeln. Aber das genau, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist nicht etwas, was die Hochschullandschaft in Schleswig-Holstein und die Wissenschaft in Schleswig-Holstein insgesamt voranbringt. Darum sage ich: Wir brauchen eine **Strukturentscheidung**, die auch für den **nördlichen Landesteil** zu mehr Wissenschaft und zu mehr Wachstum führt.

Da bin ich bei der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit. Es ist kein Zufall, lieber Kollege Günther, dass die **süddänische Region** ein Konzept entwickelt hat, woraus hervorgeht, dass man jetzt alles danach ausrichten will, dass man von der Grenzregion zur **Wachstumsregion** kommt. Man will eine Wissensregion haben. Dazu gehört die **Zusammenarbeit** mit dem Hochschulstandort Flensburg. Das heißt, wir werden jedes Mal, wenn die Landesregierung Strukturentscheidungen fällt, diese auch daraufhin ausrichten und prüfen lassen. Denn bis jetzt sehe ich noch kein Konzept der Landesregierung, das eigentlich zu einer Weiterentwicklung des nördlichen Landesteils führt.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Frau Kollegin Spoorendonk, Ihre Redezeit ist beendet.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Ich bin auch am Ende meiner Rede. - Ich möchte nur noch einmal sagen: Genau das ist die Stoßrichtung unseres Antrages, und daran werden wir auch die Landesregierung messen.

(Beifall bei SSW und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Zu einem weiteren Wortbeitrag von drei Minuten, Herr Abgeordneter Dr. Robert Habeck.

Dr. Robert Habeck [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Lieber Kollege Günther, bei aller persönlichen Wertschätzung und auch einer gewissen Fachkompetenz, die ich Ihnen nicht absprechen möchte, finde ich es fast beschämend, dass Sie Beschlüsse verteidigen, von denen Sie selbst sagen, Sie kennen sie noch gar nicht. Wir machen hier doch eine Farce der parlamentarischen Demokratie durch.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Frau Funke stellt sich hin und sagt: Am besten reden wir gar nicht darüber; wird schon alles gut werden. Sie machen sich hier zu Statisten im bürgerlichen Trauerspiel! Ich würde mich schämen an Ihrer Stelle.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Herr Carstensen, für Sie gilt das Gleiche, was ich zu Herrn Günther gesagt habe. Wir diskutieren hier die Zukunftsfragen des Landes, die Schuldenbremse und Bildung, und Sie äußern sich nicht. Sie stellen sich nicht der Debatte. Ich finde, das ist einfach zu wenig für die Debatten, die wir hier führen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nun kann man ja sagen: Oh ja, ist so. Irgendwie fünf, sechs Männer und eine Frau, Frau Loedige, sind mächtig und schließen sich zusammen, und wir müssen eben abwarten. Aber sehen Sie nicht, was das für eine perfide Strategie ist, die das Land in Flammen setzt? Die **Sprachlosigkeit des Parlaments** und der Regierung führt in dieser Debatte dazu, dass Sie alle gegeneinander ausspielen: Standorte gegen Standorte, FHs gegen Universitäten. Sie bestellen **Kommissionen** ein, die Sie danach düpiieren. Keiner weiß mehr, wo es langgeht. Und das führt dazu, dass dieses Parlament letztlich keine Entscheidung mehr hat, weil Sie alle Leute gegeneinander aufgehetzt haben und das Land so unregierbar ist, dass die Haushaltsstrukturkommission ihre Sachen durchziehen kann. Dagegen müssen wir uns doch gemeinsam wehren. Es kann doch nicht sein, dass Sie sich als Abgeordnete dem so beugen und dem so unterwerfen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Was wir erleben, ist das Suchen von Abwrackprämien für Bildung, was wir brauchen, ist eine Wachstumsstrategie. Ist Ihnen eigentlich bekannt, dass die Bundesregierung kürzlich einen Bericht herausgegeben hat, wo nachgerechnet wurde, dass jeder Euro in **Bildung** eine Rendite von 10 % abwirft? Mehr kann man auch mit griechischen Staatsanleihen nicht spekulativ erwerben. Und das bleibt alles hier im Land. Ist Ihnen dieser Bericht bekannt? Wir haben 10.000 **Abiturienten**, die wir nicht an unseren eigenen Hochschulen unterbringen können, und Sie schaffen eine **Uni** ab. Wir haben nicht eine Universität zu viel, wir haben eine Universität zu wenig. Sie stellen die falschen Fragen,

(Dr. Robert Habeck)

und deswegen geben Sie auch die falschen Antworten.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und der LINKEN)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Für einen weiteren Dreiminutenbeitrag erteile ich dem Herrn Abgeordneten Dr. Christian von Boetticher das Wort.

Dr. Christian von Boetticher [CDU]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Woche neigt sich dem Ende zu. Wir haben vor nicht einmal 48 Stunden hier in diesem Raum - -

(Zuruf von der SPD: Oh!)

- Ja, Sie wollen es schon nicht mehr hören. Das ist erstaunlich. Es ist 48 Stunden her, und Sie können sich schon kaum noch daran erinnern.

(Zurufe von der SPD)

Wir haben vor 48 Stunden hier in einer sehr bedeutsamen Atmosphäre, die nur vom Kollegen Stegner unterbrochen worden ist, eine **Schuldenbremse** in die **Landesverfassung** geschrieben.

(Abgeordneter Björn Thoroe [DIE LINKE]: Wir nicht! - Zuruf von der CDU: Sie sind doch auch darauf vereidigt!)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr von Boetticher, gestatten Sie - -

Dr. Christian von Boetticher [CDU]:

Nein, jetzt nicht. Am Ende der Ausführungen lasse ich gern Zwischenfragen zu.

Wir haben seitdem über verschiedene Punkte in diesem Hohen Haus diskutiert: Über das beitragsfreie dritte Kindergartenjahr, über das UK S-H, über das 10-%-Ziel bei der Bildung, über den Pflichtstundenerlass und jetzt über eine pluralistische Hochschullandschaft. Wir werden nachher noch über Ölförderung im Wattenmeer diskutieren. Ohne Aussprache standen auf der Tagesordnung auch noch das FÖJ und das Schulobstprogramm. Bei all diesen Punkten handelt es sich um Punkte, bei denen sich die regierungstragenden Fraktionen, die Regierung Gedanken gemacht haben über die Frage, was noch geht, was noch wichtig ist, wo Schwerpunkte gesetzt werden können und wo nicht mehr. In allen diesen Punkten haben wir von Ihnen

nur gesagt bekommen: Nein, das geht nicht, nein, das geht nicht, nein, das geht nicht!

Ich sage Ihnen ganz ehrlich. Das wird auf Dauer zu wenig sein.

(Beifall bei CDU und FDP)

Das sind über 1 Milliarde €, die Sie hier locker mehr ausgegeben hätten, statt 120 Millionen € einzusparen, wie wir ursprünglich gewollt haben.

(Zurufe von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Auch das sage ich Ihnen ganz bewusst: Mit derselben hohen Spannung, mit der Sie auf die Vorschläge der Haushaltsstrukturkommission warten, warten wir dann am Ende auf Ihre Einsparvorschläge, mit denen Sie der Schuldenbremse Rechnung tragen wollen.

(Beifall bei CDU und FDP)

Ich sage Ihnen noch eins zur Haushaltsstrukturkommission, Herr Habeck, um erst einmal die erste Frage zu beantworten, die Sie in Ihrer Rede gestellt haben. Wir haben eine ganze Menge Gruppierungen, Beraterkreise, Gutachter und Expertenkommissionen im Laufe der Parlamentsgeschichte eingesetzt, um Vorschläge zu erarbeiten. Genau darum geht es.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Robert Habeck [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wenn Sie diesem Hohen Haus länger angehören würden, dann wüssten Sie, dass jeder einzelne Vorschlag - egal, ob von einem Expertengremium, einem Beraterkreis oder einer Haushaltsstrukturkommission -, der unterbreitet wird, anschließend erst im Parlament zur Geltung kommt, wenn es ein Haushaltsverfahren gibt. Natürlich gibt es ein ordentliches **Haushaltsverfahren** in diesem **Parlament**. In diesem Parlament wird über jeden einzelnen Punkt - das kann ich Ihnen zusagen -, über jeden einzelnen Vorschlag der Haushaltsstrukturkommission am Ende debattiert werden können.

(Zuruf von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Selbstverständlich. Das ist der Ort, an dem sich ein Vorschlag finanziell niederschlägt, und ein Ort, an dem natürlich diskutiert werden muss. Darum natürlich die Antwort, sehr geehrter Herr Kollege Habeck: Es gibt ein **Parlamentsverfahren** zu jedem einzelnen Punkt. Wie gesagt, der normale Parlamentarier weiß das. Es gibt keine Entscheidung einer Haushaltsstrukturkommission ohne Parlamentsverfahren, auch in diesem Fall nicht. Jetzt lasse ich gern Nachfragen zu.

(Beifall bei CDU und FDP)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Dann bitte ich zunächst Lars Harms, den Kollegen vom SSW, seine Frage zu stellen.

Lars Harms [SSW]: Herr von Boetticher, uns ist ja bekannt, dass ein Gutachten einer niedersächsischen Kommission zur Universität Flensburg gemacht werden soll, und dieses soll ja im Herbst fertig sein. Können Sie mir einmal sagen, wie viele Euro dieses Gutachten, das Sie nicht nutzen wollen, kosten wird?

Dr. Christian von Boetticher [CDU]:

Ich kann Ihnen eines sagen. Das ist ein sehr schönes Beispiel, das ich eben genannt habe. Sie sagen uns da, wir sollen die Ergebnisse einer Kommission, die sich berät und am Ende ein Ergebnis präsentieren wird, abwarten.

(Lars Harms [SSW]: Das ist das Mindeste!)

Genauso diskutieren wir im Augenblick in der Haushaltsstrukturkommission in einem Kreis, auch mit Sachverständigen von außen, beispielsweise durch den Präsidenten des Landesrechnungshofs. Auch dort werden Sie abwarten müssen, was diese Kommission Ihnen sagt. Es fließt nicht automatisch in das parlamentarische Verfahren ein.

Ich will Ihnen nur deutlich machen: Sie verweisen hier auf eine Kommission, die wir abwarten wollen. Interessanterweise wollen Sie unsere Ergebnisse bei dem, was wir machen, nicht abwarten, sondern am liebsten immer zeitgleich im Parlament diskutieren. Das wird nicht funktionieren.

(Beifall bei CDU und FDP)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Erlauben Sie eine weitere Zwischenfrage des Abgeordneten Lars Harms?

Dr. Christian von Boetticher [CDU]:

Kollege Harms konnte eine Frage stellen, und Kollegen Harms erlaube ich jetzt keine weitere Zusatzfrage. Ich erlaube aber eine Zwischenfrage, wenn das gewünscht ist, vom Kollegen Habeck.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Das scheint gewünscht zu sein. Deswegen hat Herr Abgeordneter Dr. Habeck das Wort.

Dr. Robert Habeck [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Herr von Boetticher, ich begrüße

es, dass Sie sich der Debatte stellen. Denn damit ist zunächst einmal der erste Punkt, diese Sprachlosigkeit, - -

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Christian von Boetticher [CDU])

Die Frage ist: Ist Ihnen bekannt, dass die Landesregierung mündlich wie schriftlich mehrfach zugesagt hat, dass 100 Millionen € jährlich als Investition ohne Kofinanzierung nach Schleswig-Holstein zielen? Ist Ihnen das bekannt?

Zweite Frage: Welcher Anteil davon ist für die Hochschulen vorgesehen? Dritte Frage: Glauben Sie der Landesregierung?

Dr. Christian von Boetticher [CDU]:

Ich habe hier eben Ausführungen gemacht. Das hat mit meinem Redebeitrag nichts zu tun. Sie konnten mich zitieren in einer Zeit, als ich noch Minister war. Jetzt bin ich freier Abgeordneter. Ich habe eine Rede gehalten zu der Frage, die Sie eben hier am Rednerpult gestellt haben. Wenn Sie dazu eine Nachfrage gehabt hätten, hätte ich sie gern beantwortet. Für alles andere sind die Fachminister zuständig. Und Sie werden abwarten müssen, was Ihnen die Haushaltsstrukturkommission an Vorschlägen unterbreitet. - Eine Nachfrage gefällig? - Ich nehme es als ein Nein.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Für einen weiteren Dreiminutenbeitrag erteile ich dem Herrn Abgeordneten Jürgen Weber von der SPD-Fraktion das Wort.

Jürgen Weber [SPD]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Natürlich ist mir klar, dass die Regierungsfaktionen auf die Fragen und auf die Hinweise, die wir geben, heute nichts sagen werden. Aber da wir schon einmal da sind, finde ich, können wir das kurz fortsetzen, sonst hätten wir zu Hause bleiben können.

Drei, vier Punkte!

Erstens. Auf den Begriff **Schuldenbremse** sind Sie neuerdings ja dressiert. Einmal das Wort Geld erwähnen, zack, Schuldenbremse! Ich weiß nicht, ob Sie die Anträge lesen, über die wir hier reden. In keinem der Anträge, die vorliegen, steht, dass wir zusätzliche Mittel in erheblichem Umfang fordern. Das steht gar nicht darin.

(Jürgen Weber)

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Ihre Ablehnungsfixierung und sozusagen Ihr Pawlowscher Reflex „Schuldenbremse“ haben überhaupt keine Grundlage. Übrigens gibt es die Schuldenbremse - wie wir wissen - nicht erst seit vorgestern schon, sondern sie ist schon ein bisschen länger im Grundgesetz und ist schon länger Grundlage der Dinge, die wir hier beraten und vortragen müssen.

Zweiter Punkt. Sie sagen: Abwarten. Das ist okay. Es bleibt uns auch nichts anderes übrig. Dann werden wir natürlich auch noch ein parlamentarisches Verfahren haben. Aber unabhängig von dem, was diese Kommission sagt - - Es ist ja die 634. Kommission, die sich mit Flensburg befasst. Seit zig Jahren reden wir über die **Entwicklung der Hochschulen in Flensburg** - wir fangen ja nun wirklich nicht bei Null an -, und da muss man doch definieren können, was der Mindeststandard ist, den man künftig für Flensburg erwartet. Wir haben es gesagt. Der Mindeststandard ist: Es bleibt weiterhin ein qualifiziertes Angebot an der Universität in Flensburg.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der Mindeststandard ist, es werden dort nicht weniger Studienplätze zur Verfügung gestellt werden. Ob deutlich mehr, darüber werden wir reden müssen. Schleswig-Holstein beteiligt sich am **Hochschulpakt**. Es werden zusätzliche Studienplätze in Schleswig-Holstein geschaffen. Man kann über die Frage nachdenken, ob Flensburg daran partizipieren kann oder nicht. Es geht nicht um mehr Geld, sondern um die Frage, an welcher der Hochschulen welche Mittel des Hochschulpakts verausgabt werden. Dazu kann man doch mal eine Meinung haben. Aber Sie sagen dann wieder: Schuldenbremse. Das ist meines Erachtens kein vernünftiger Diskussionspunkt.

Ich will noch ein weiteres Stichwort nennen, weil die Modelle, die diskutiert werden, nicht so richtig geheim sind. Das ist ja nichts Neues. Herr de Jager hat zu diesen Dingen verschiedene Dinge vorgetragen. Wenn es heißt: Augenhöhe zwischen den Hochschulen, dann ist das natürlich eine selbstverständliche Geschichte. Ich sage Ihnen voraus: Wir haben eine deutsche Sondersituation bei den **Fachhochschulen**. Das hat seine historische Begründung und seinen sachlichen Sinn. Aber wir haben eine starke Konvergenz nach **Bologna**, was die Hochschulen insgesamt angeht. Wir reden über Abschlüsse, die einen gemeinsamen Namen tragen,

auch wenn sie unterschiedlich berufsqualifizierend im Detail sind.

Das sage ich vor dem Hintergrund der günstigen Situation, dass wir zwei Hochschulen in Flensburg haben, die gut arbeiten, aber in manchen Bereichen - das wird keiner bezweifeln - auch noch besser arbeiten könnten: Mal braucht man Geld dafür, mal sind auch andere Dinge vielleicht noch anders zu regeln. Lassen Sie mich ausführen, dass wir eine gute Option haben, in welcher Organisationsform auch immer, das Niveau zu verbessern.

Selbst diese Mindestvergewisserung über das, was wir dort politisch wollen, verweigern Sie hier. Das finde ich unterirdisch, egal, ob da eine Kommission in der nächsten Woche etwas vorlegt oder nicht. Da hätten Sie ein bisschen mehr bieten können.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Ich teile nicht die Auffassung des Kollegen Habeck, dass das sozusagen Unterwerfung ist. Wenn man am Boden ist, kann man sich nicht mehr unterwerfen, Kollege Habeck. Insofern ist das Bild, glaube ich, falsch gewesen.

(Beifall bei SPD, der LINKEN und SSW)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Für einen weiteren Dreiminutenbeitrag hat Herr Abgeordneter Lars Harms vom SSW das Wort.

Lars Harms [SSW]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich habe gerade eine Zwischenfrage an den Kollegen von Boetticher gestellt. Ich habe darauf keine Antwort erhalten. Ich habe danach gefragt, was das Gutachten kostet. Er hat mir die Antwort nicht gegeben.

Das lässt mich schließen, dass es zwei Möglichkeiten gibt: Entweder weiß er es nicht. Dann, finde ich, sollte man sich hier nicht hinstellen und eine Rede zu diesem Thema halten. Oder aber er will es mir nicht sagen. Das ist eigentlich noch schlimmer, weil es ihm anscheinend peinlich ist, so viel Geld auszugeben für etwas, was man eigentlich gar nicht nutzen will.

Meine Damen und Herren, ich bin ziemlich schockiert und auch ein bisschen konsterniert, wie hier mit diesem Thema umgegangen wird. Wenn man sich strukturell Gedanken über eine Hochschule macht, gleich welche Hochschule, dann, finde ich, muss man auch abwarten, was diejenigen,

(Lars Harms)

die man damit beauftragt, sich strukturell Gedanken zu machen, als Ergebnis liefern.

(Vereinzelter Beifall bei SPD und der LINKEN)

Wenn man dies nicht abwarten will, dann lässt das eigentlich nur einen Schluss zu: dass eine Entscheidung schon getroffen ist und dass man in Sorge ist, dass diese **Kommission**, die dort ein Gutachten erstellen soll, zu einem positiven Urteil gegenüber der **Universität Flensburg** kommt. Das ist das, was Sie in der CDU und in der FDP befürchten: dass die besseren Argumente auf der Universitätsseite und nicht auf Ihrer Seite sind. Ich gebe Ihnen recht: Diese Befürchtung müssen Sie auch haben.

Es wird ja tatsächlich immer, wie der Kollege Weber sagt, das Argument Schuldenbremse gebraucht. Dann benutzen wir doch einmal dieses Argument.

Die erste Frage, die man sich stellt, ist: Was ist ein solches **Gutachten** eigentlich wert, das man in Auftrag gibt, für das man wahrscheinlich eine fünf- oder sechsstellige Summe ausgibt und das man dann nicht nutzen will? - Ich meine, das ist nun wirklich nicht mit einer **Schuldenbremse** zu vereinbaren. Das halte ich im wahrsten Sinne des Wortes für rausgeschmissenes Geld.

Es kommt aber noch schlimmer: Wenn man bei der Universität Flensburg die **Wirtschaftswissenschaften** streicht, dann nimmt man auch 35 % der externen Fördermittel weg, die dort an dieser Hochschule generiert werden. Ein relativ kleiner Teil der Universität wird weggenommen - tatsächlich ist der pädagogische Teil, wenn man ihn so nennen will, größer -, aber dieser pädagogische Teil generiert sehr viele Fördermittel - mit steigender Tendenz. Die hören ja nicht auf damit, sondern die werden immer besser. Die sind bekannt dafür, dass sie so viele Drittmittel einwerben. Wo wollen wir dieses Geld dann herkriegen, damit diese Hochschule noch einigermaßen vernünftig betrieben werden kann? Das wird nicht gehen. Auch das spricht gegen die Beschneidung der Universität Flensburg.

Deswegen, glaube ich, ist das der falsche Weg, das Gutachten im Herbst nicht abwarten, sondern gleich Nägel mit Köpfen machen zu wollen. Es scheint so zu sein, dass Sie das machen, weil Sie gegen die Region arbeiten wollen, weil Sie definitiv sagen: Wir haben bestimmte Zentren, die wir fördern wollen, und die da oben sollen sehen, wie sie selber klarkommen.

Das, meine Damen und Herren, ist eine Sauerei.

(Beifall beim SSW und vereinzelt bei SPD und der LINKEN)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Ich erteile der Frau Abgeordneten Birgit Herdejürgen für einen weiteren Dreiminutenbeitrag das Wort.

Birgit Herdejürgen [SPD]:

Frau Präsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege von Boetticher hat gerade auf das ordnungsgemäße **Verfahren zur Haushaltsaufstellung** hingewiesen. Herr von Boetticher, wir sind in diesem Jahr in einer völlig anderen Situation als in den vergangenen Jahren. Gerade diese besondere Situation würde es eigentlich gebieten, aus Respekt vor dem ganzen Parlament mehr **Transparenz** in das gesamte Verfahren zu bringen. Sie verstecken sich hinter einer Haushaltsstrukturkommission. Gleichzeitig verhandelt unabhängig von der Haushaltsaufstellung das Land mit dem **Bund** über eine **Verwaltungsvereinbarung**, die uns für die kommenden zehn Jahre bindet.

Jetzt sagen Sie mir einmal, wie ernst Sie die Haushaltsberatung nehmen, welche Möglichkeiten zu Veränderungen im Vergleich zu den Vereinbarungen mit dem Bund überhaupt noch gegeben sind, und welche Möglichkeiten wir zu Veränderungen haben, wenn das Verfahren erst einmal eingezogen ist und die Verhandlungen mit dem Bund so weit fortgeschritten sind. Ich bin wirklich sehr gespannt auf Vorschläge und Anträge der regierungstragenden Fraktionen zu den Entwürfen aus der Haushaltsstrukturkommission. Daran kann man dann sehen und wird man bewerten können, inwieweit die regierungstragenden Fraktionen, die Parlamentarier, diese Vorschläge lediglich abnicken oder tatsächlich ihrer Verantwortung als unabhängige Abgeordnete gerecht werden.

(Beifall bei SPD und SSW)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Vielen Dank. - Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Dann erteile ich für die Landesregierung Herrn Minister Jost de Jager das Wort.

Jost de Jager, Minister für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich zwei Vorbemerkungen machen, bevor ich zum Thema „Universität Flensburg“ komme,

(Minister Jost de Jager)

weil ich glaube, dass man diesen Kontext kennen muss, um die weiteren Entscheidungen zu verstehen.

Erste Vorbemerkung! Es ist nun einmal leider Gottes so - Sie werden gleich aufstöhnen, aber das ist die Realität -: Für eine Regierung ist eine **Verfassungsänderung** etwas realer als für eine Opposition.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Ralf Stegner [SPD])

Wenn es dieses Gebot gibt, dann muss man irgendwann einen Vorschlag erarbeiten, wie man tatsächlich zu einer **Senkung der Ausgaben** kommt. Dazu gehört übrigens die für mich als Wissenschaftsminister bittere Erkenntnis, dass angesichts des Anteils, den Wissenschaft, Hochschule, Forschung und Lehre am Landeshaushalt ausmachen, wir diesen Teil nicht völlig von Kürzungen aussparen können.

(Beifall bei CDU und FDP)

Das bedaure ich als Wissenschaftsminister. Als Wirtschaftsminister sage ich Ihnen aber, dass Haushaltskonsolidierung ein Teil von Standortpolitik ist.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Minister, erlauben Sie eine Zwischenfrage?

Jost de Jager, Minister für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr:

Ja, doch. Ich möchte Sie da nicht stehen lassen.

Lars Harms [SSW]: Ich stehe gern und warte auch gern, wenn ich dann Antworten bekomme.

Herr Minister, de Jager, ich frage jetzt die Landesregierung, nachdem Herr Kollege Boetticher mich aufgeklärt hat, dass er nicht dazugehört, zum dritten Mal: Kennen Sie die Kleine Anfrage, Drucksache 17/240, Finanzielle Situation des Landes und der Kommunen, aus der ich mit Erlaubnis einen halben Satz vorlese:

„... nach Abschluss des Bildungsgipfels Schleswig-Holstein allein im Bereich der Bildungsinvestitionen mit über 100 Millionen € per anno aus Bundesmitteln dauerhaft zu entlasten.“

Welcher Anteil davon ist für die Hochschulen vorgesehen?

- Was die Fragestellung anbelangt, sind Sie ein Perpetuum mobile der ständig gleichen Frage: „Und täglich grüßt das Murmeltier“.

Ich will nicht ausschließen, dass ich die Kleine Anfrage kenne, aber ich habe sie nicht im Kopf. Und weil ich sie nicht im Kopf habe, kann ich Ihnen Ihre Frage nicht beantworten.

(Zurufe von der SPD: Oh, oh!)

Ich möchte deshalb zu dem ursprünglichen Gedankengang zurückkommen und sagen: Wir werden **Kürzungen im Bereich Wissenschaft** nicht verhindern können. Das bedeutet allerdings nicht, Frau Heinold - weil Sie schon wieder dazwischenreden -, dass wir an Bildung sparen. Im Doppelhaushalt 2011/2012 - das kann ich Ihnen jetzt schon sagen - werden die Ausgaben für Wissenschaft noch weiter steigen.

(Beifall bei CDU und FDP)

Das hängt damit zusammen, dass wir eingebunden sind in **bundesweite Programme**, die einen Aufwuchs bedeuten. Wir sind eingebunden in den Pakt für Forschung und Innovation, der die außeruniversitäre Forschung unterstützt. Wir sind eingebunden in die Exzellenzinitiative. Wir sind eingebunden in den Hochschulpakt. All dies bedeutet einen Aufwuchs. Die 2 % Erhöhung des BAföG, die Frau Schavan in Aussicht gestellt hat, bedeuten für den Landeshaushalt 5 Millionen €. Das heißt, obwohl wir Streichungen auch im Bereich Wissenschaft vornehmen, ist es nicht so, dass die Ausgaben für Wissenschaft schon wirklich zurückgehen. Insofern stehen wir vor einer schwierigen Aufgabe.

Wir müssen nämlich eine Abwägung treffen, dass wir auf der einen Seite diese Kürzungen vornehmen müssen, aber auf der anderen Seite Sorge tragen müssen, dass die **Einrichtungen**, die wir haben, national und international **wettbewerbsfähig** bleiben. Das heißt, es geht nicht nur um eindimensionales Kürzen, sondern es geht darum, die Ausgabenpolitik in eine Balance zu bringen, die uns gleichzeitig in die Lage versetzt, weiter an wichtigen Programmen teilzunehmen und eine nationale und internationale Wettbewerbsfähigkeit des Standorts und auch des Wissenschaftsstandorts Schleswig-Holstein zu erhalten. Das ist in der Tat eine schwierige Aufgabe.

(Beifall bei CDU und FDP)

Vor diesem Kontext möchte ich jetzt gern auf die Universität Flensburg eingehen, nicht weil ich Ihnen sagen kann oder sagen werde, wie die Beschlüsse am Ende lauten. Aber ich möchte Ihnen

(Minister Jost de Jager)

den Rahmen und übrigens auch die Historie dieser Entwicklung, die dazu führt, dass wir das heute diskutieren, noch einmal vorstellen.

Es begann mit der Krise der **Lehramtsstudiengänge** in Flensburg, die nicht akkreditiert worden sind. Das war eine ziemliche Katastrophe für den Standort und hat dazu geführt, dass die Hochschule und die Landesregierung zusammen mit einer Kommission, die inhaltliche Vorschläge gemacht hat, sehr schnell dafür gesorgt haben, dass es eine Aufstockung der Mittel um 1,4 Millionen € gibt, die sicherstellt, dass die Lehramtsausbildung in Flensburg auf einer guten Basis ausgestattet ist und sich inhaltlich, qualitativ fortbewegen kann.

Nachdem die 1,4 Millionen € Aufstockung bereits zugesagt worden waren, ging es um die **Zielvereinbarungsgespräche**, wo folgender Satz - sehr transparent, das ist alles gar nicht geheim - zwischen der Universität und dem Ministerium verabredet worden ist: Die Universität erklärt, dass sie - inklusive 1,4 Millionen € zusätzlich - mit den bereitgestellten Mitteln nicht in der Lage ist, die in der Zielvereinbarung genannten Ziele auf Dauer mit den gebotenen Qualitätsstandards zu erfüllen.

Wenn Sie so einen Satz stehen haben, gibt es zwei Möglichkeiten: Entweder Sie erhöhen das Geld, oder Sie reduzieren die Aufgaben. Das ist die Fragestellung, vor der Sie am Ende stehen.

Das ist eine bittere Fragestellung, aber ich sage Ihnen: Es ist unser Karma, dass wir die Politikergeneration sind, die Probleme nicht mehr mit Geld bewerkstelligen kann, sondern die Probleme lösen muss. Deshalb kommen wir nicht um die Frage herum, wie es mit der Universität Flensburg weitergehen soll.

Meine Damen und Herren, mich stört bei dieser Debatte, dass die Lehramtsstudiengänge nicht in dem Licht dargestellt werden, in das sie gehören. Die Universität Flensburg erfüllt für das Land eine zentrale Aufgabe, weil sie die Ausbildung aller nicht gymnasialer Lehrämter vorsieht.

(Beifall bei CDU und FDP)

Ich halte das für eine wichtige Aufgabe, die ich an Ihrer Stelle nicht runterreden würde. - Frau Hinrichsen, überlegen Sie sich Ihre Wortmeldung.

(Zurufe)

Es ist eine Aufgabe, die auf **universitärem Niveau** ausgeübt wird, und sie wird weiter auf universitärem Niveau ausgeübt. Das ganze Gerede über eine **Herabstufung zur PH** ist Unsinn und wird weder

der Universität gerecht noch dem, was wir im Land tatsächlich diskutieren. Das ist sozusagen die Einbettung der Fragestellung, die wir beantworten müssen.

Wir müssen sie auch beantworten im Zusammenhang mit den Fragestellungen für den Haushalt 2011/12. Insofern kann ich in diesem Zusammenhang die Frage des Abgeordneten Harms beantworten, der die Frage, was die niedersächsische Kommission kostet, offenbar zum Kernanliegen seines Debattenbeitrags gemacht hat: Das kostet 50.000 €. Das ist für das, was die Kommission leistet, so günstig, dass es beinahe eine Amtshilfe des Landes Niedersachsen ist.

(Beifall bei CDU und FDP)

Präsident Torsten Geerds:

Das Wort zu einem Dreiminutenbeitrag erteile ich der Frau Kollegin Monika Heinold von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Ministerpräsident, ich frage noch einmal in aller Ernsthaftigkeit: Es gibt die Drucksache 17/240. Dort hat die Landesregierung gesagt:

„Der Bund hat sich dazu bereit erklärt, nach Abschluss des Bildungsgipfels Schleswig-Holstein allein im Bereich der Bildungsinvestitionen mit über 100 Millionen € p. a. aus Bundesmitteln dauerhaft zu entlasten.“

Ich bitte Sie, jetzt dazu Stellung zu nehmen, ob diese Aussage noch gilt, ob sie je gegolten hat. Wenn Sie dies nicht tun, beantrage ich für meine Fraktion sofortige Sitzungsunterbrechung und Tagung des Ältestenrates, damit wir feststellen können, ob wir von der Landesregierung belogen worden sind oder nicht.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, der LINKEN und SSW)

Präsident Torsten Geerds:

Das Wort hat der Ministerpräsident.

Peter Harry Carstensen, Ministerpräsident:

Frau Kollegin Heinold! Ich will das gern beantworten. Die Zusage der Bundesregierung ist hier zitiert. Die Zusage ist bei dem Gespräch der Bundeskanzlerin mit den Ministerpräsidenten im Dezember gemacht worden. Die Diskussion über das 10-%-Ziel

(Ministerpräsident Peter Harry Carstensen)

mit den Problemen, die wir haben, wird Anfang Juni stattfinden, und wir werden natürlich immer noch auf diese Zusage hinweisen.

(Beifall bei CDU und FDP - Zurufe)

Präsident Torsten Geerds:

Das Wort zu einem weiteren Dreiminutenbeitrag erteile ich der Frau Kollegin Silke Hinrichsen von der Fraktion des SSW.

(Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Der Wissenschaftsminister wusste es gar nicht! - Anhaltende Zurufe)

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das Wort hat gleich Frau Kollegin Hinrichsen. Die Antwort ist eben gegeben worden. Frau Hinrichsen hat jetzt das Wort. Frau Heinold, die nächste Rednerin ist dran.

Silke Hinrichsen [SSW]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich habe mich noch einmal zu Wort gemeldet, weil ich den Beitrag von Herrn de Jager sehr interessant fand. Die Kollegen haben vorher schon einmal gesagt, dass uns die Schuldenbremse gebetsmühlenartig immer wieder vorgehalten wird, wenn keine Antwort kommen wird. Es ist tatsächlich so. Was Sie gerade eben gemacht haben, darüber bin ich wirklich entsetzt. Sie haben behauptet, eine **Zweidrittelmehrheit** dieses Hauses habe für die **Schuldenbremse** gestimmt. Wissen Sie, was Sie gerade eben gesagt haben: Aber Ihre Stimme zählt nicht so viel, meine war viel wichtiger, weil ich der Regierung angehöre.

(Beifall bei SSW und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zurufe)

Sie haben gesagt, das Wort der Regierung zählt viel mehr. Eine Zweidrittelmehrheit war hierfür notwendig. Ich empfinde das so. Ich frage mich, warum ich hier im Parlament sitze? Wenn ich mich recht entsinne, war irgendetwas mit Zwischenrufen von der Seite.

Ich habe das eben selbst von Ihnen gehört. Sie haben gesagt, Ihr Gewicht wäre dabei größer, es wäre hier ja gemeinsam verabschiedet worden.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Das ärgert mich einfach. Meinen Sie, ich habe es mir leicht gemacht? Und dann bekomme ich, wie auch der Kollege Jürgen Weber gesagt hat, hier heute keine Antwort. Der Antrag war bekannt. Es kann doch nicht sein, dass wir Dienstagmorgen zu

wissen bekommen werden, was mit der Uni Flensburg ist. Heute ist Freitag. Pfingsten liegt dazwischen. Da kriegen wir einfach keine Antwort von Ihnen.

Ich stehe hier langsam wirklich ein bisschen fassungslos. Sie wissen, ich komme aus Flensburg. Das Thema ist für mich wirklich wichtig. Sie setzen sich hin und sagen: Ja, irgendwie, vielleicht oder so, die Haushaltsstrukturkommission.

Seit November letzten Jahres ist die Höhe der Steuereinnahmen bekannt. Sie haben gesagt, Sie wollten abwarten, was bei der **Steuerschätzung im Mai** herauskommt. Es ist nichts anderes herausgekommen. Das finde ich auch nicht ganz so verwunderlich. Aber jetzt kann immer noch keine Antwort gegeben werden.

Ich möchte dringend darum bitten, dass uns die Antwort heute gegeben wird und nicht Dienstagmorgen, wenn das Parlament nicht tagt. Sonst können wir noch einmal eine Parlamentssitzung durchführen.

(Lebhafter und anhaltender Beifall bei SSW, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Präsident Torsten Geerds:

Frau Kollegin, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Kollegen Dr. von Boetticher?

Silke Hinrichsen [SSW]:

Nein, danke.

Präsident Torsten Geerds:

Das Wort für einen weiteren Dreiminutenbeitrag erteile ich Frau Kollegin Loedige von der FDP-Fraktion.

(Antje Jansen [DIE LINKE]: Jetzt kommt die Antwort! - Weitere Zurufe)

Katharina Loedige [FDP]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich muss mich doch sehr wundern. Sie hier auf der linken Seite benehmen sich wie ziemlich unerzogene Kinder.

(Widerspruch und Zurufe von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der LINKEN und SSW)

Sie können es einfach nicht abwarten. Es ist bei Ihnen wie Weihnachten.

(Katharina Loedige)

(Anhaltender Widerspruch bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der LINKEN und SSW - Glocke des Präsidenten)

Am Tag vor Weihnachten können Sie es einfach nicht abwarten, dass die Weihnachtsstube endlich geöffnet wird.

(Die Mehrzahl der Abgeordneten von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN verlässt den Plenarsaal)

Präsident Torsten Geerds:

Liebe Kolleginnen und Kollegen - -

Katharina Loedige [FDP]:

Sehr schön, genau, so läuft es, genauso läuft es.

Präsident Torsten Geerds:

Frau Kollegin Loedige, jetzt redet der Präsident. Ich weise den Vorwurf an die Kolleginnen und Kollegen des Schleswig-Holsteinischen Landtags zurück, es handele sich hier um unerzogene Kinder. Es sind frei gewählte Abgeordnete, die allesamt ihrer Arbeit nachkommen.

Jetzt hat Frau Kollegin Loedige das Wort.

Katharina Loedige [FDP]:

Sie haben uns seit Dezember letzten Jahres vorgeworfen, dass wir nicht arbeiten. Die **Haushaltsstrukturkommission** als ein internes Gremium hat gearbeitet und wird Ihnen am nächsten Mittwoch vorstellen, welche Vorschläge die regierungstragenden Fraktionen zur strukturellen finanziellen Veränderung dieses Landes haben. Darauf werden Sie warten müssen. Es ist ja nicht so schlimm, noch weitere 48 oder 84 Stunden zu warten und in der nächsten Landtagstagung im Juni darüber zu debattieren. Selbstverständlich wird das **Haushaltsrecht** eingehalten. Selbstverständlich werden wir auch im Finanzausschuss darüber zu reden haben. Wir werden im Bildungsausschuss, im Sozialausschuss und im Umwelt- und Agrarausschuss über einige Punkte zu reden haben. Es sind Vorschläge dieser Landtagsfraktionen, und ich bitte Sie einfach nur, bis Mittwoch zu warten.

(Zurufe)

Sie werden heute zu diesem Tagesordnungspunkt keine Antworten bekommen. Niemand wird eine Antwort bekommen. Das ist ganz einfach.

(Zurufe)

Wir können Ihnen nur zusagen, dass wirklich ganz viele Themen angesprochen werden. Mehr wird heute nicht kommen, aber wir haben gearbeitet. Seit Dezember werfen Sie uns vor, dass wir nicht gearbeitet hätten. Wir machen Ihnen Vorschläge, und wir sind dann gespannt auf Vorschläge von dieser Seite, die ja jetzt einfach nicht mehr zuhört.

(Wortmeldung der Abgeordneten Anke Spoorendonk [SSW])

Präsident Torsten Geerds:

Frau Kollegin, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Kollegin - -

Katharina Loedige [FDP]:

Nein.

Präsident Torsten Geerds:

Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Dann schließe ich auch diese Beratung.

(Dr. Christian von Boetticher [CDU]: So, jetzt stimmen wir ab!)

Es ist Ausschussüberweisung beantragt. Es ist beantragt worden, die Anträge Drucksachen 17/523 und 17/534 dem Bildungsausschuss zu überweisen. Wer so beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? -

(Die Mitglieder von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN kehren in den Plenarsaal zurück)

Das ist einstimmig so beschlossen.

Ich rufe jetzt Tagesordnungspunkt 29 auf:

Abschiebungen in das Kosovo aussetzen - Roma und Ashkali dürfen nicht in eine unzumutbare Situation abgeschoben werden!

Antrag der Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, DIE LINKE und SSW
Drucksache 17/520

Änderungsantrag der Fraktionen von CDU und FDP
Drucksache 17/559

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Ich sehe, das ist nicht der Fall. Mit dem Änderungsantrag Drucksache 17/559 wird ein mündlicher Bericht in dieser Tagung erbeten. Ich lasse zunächst

(Präsident Torsten Geerds)

darüber abstimmen, ob der Bericht in dieser Tagung gegeben werden soll. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Dann ist einstimmig so beschlossen worden.

Für die Landesregierung erteile ich dem Minister für Justiz, Gleichstellung und Integration, Herrn Emil Schmalfuß, das Wort.

Emil Schmalfuß, Minister für Justiz, Gleichstellung und Integration:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Mit dem vorliegenden Antrag soll die Landesregierung aufgefordert werden, alle Wege zu nutzen, damit keine Roma und Ashkali in das Kosovo abgeschoben werden, und zudem alle Möglichkeiten für eine Aufenthaltsverfestigung auszuschöpfen, um einen sicheren **Aufenthaltsstatus** für die Betroffenen erwirken. Wir diskutieren diese Frage im Zusammenhang mit dem zwischen Deutschland und dem Kosovo geschlossenen **Rückübernahmeabkommen**, zu dem die Landesregierung bereits eine Kleine Anfrage beantwortet hat.

Zudem haben BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im **Bundestag** einen Antrag eingebracht, der ebenfalls auf eine Aussetzung der Zwangsrückführung von Minderheiten in das Kosovo abzielt, die ist gekoppelt mit einer Aufenthaltsgewährung aus humanitären Gründen. Hier hin, in den deutschen Bundestag, gehört auch die Thematik des Minderheitenschutzes im Kosovo und damit die Frage von Rückführung oder Abschiebungsschutz.

Ich kann einen **Abschiebungsstopp** - sei es als solitäre schleswig-holsteinische Kurzzeitlösung oder über die Innenministerkonferenz - nicht initiieren. Da Sie mit Ihrem Antrag auch Informationen über die Anzahl potenziell Betroffener abfragen, will ich die **aktuelle Situation** gern einmal skizzieren. Aus dieser wird sich auch meine ablehnende Haltung zu dem gestellten Antrag erklären.

Mit der Unabhängigkeitserklärung des Kosovo im Februar 2008 wurde der Weg für die Verhandlung eines **Rückübernahmeabkommens** eröffnet, das nach langwierigen Verhandlungen am 14. April 2010 unterzeichnet wurde. Im Abkommen werden die Voraussetzungen und technischen Einzelheiten für eine Rückübernahme einschließlich der Verfahren und des Vollzuges von Rückführungen geregelt. Damit entspricht es den **europäischen Standards**, wie sie in vergleichbaren Abkommen festgelegt wurden.

Bundesinnenminister de Maizière hat im April betont, dass Deutschland keine Massenabschiebungen plant, sondern auch künftig die Politik der schrittweisen Rückführung fortsetzen werde. Die **Möglichkeit der Rückführung** auch von Romaangehörigen war schon Ende April 2009 eröffnet worden, nachdem der Text des Abkommens bereits ausverhandelt war, zu diesem Zeitpunkt gemacht.

In dem Zusammenhang hatte die kosovarische Seite das Einverständnis erklärt, dass auch Minderheitenangehörige der Roma zurückgeführt werden können. Diese waren zuvor - bis auf wenige Ausnahmen - von Rückführungen ausgeschlossen. In der Öffentlichkeit wurde die Besorgnis artikuliert, wonach es zu **Massenabschiebungen** von 10.000 hier lebenden Minderheitenangehörigen kommen würde.

Wie stellt sich nun die **Praxis** dar? - Ich habe keinen Zweifel daran, dass in allen Ländern das Rückübernahmeabkommen einschließlich des abgestimmten Prozederes für die Stellung und Übermittlung von Rückübernahmeersuchen beachtet wird. Danach soll bundesweit - erstens - die Zahl der Ersuche bis auf Weiteres jährlich 2.500 nicht übersteigen, zweitens bei der Stellung der Ersuchen auf ein angemessenes Verhältnis der verschiedenen Ethnien geachtet werden, und - drittens - bei dem bisher von Rückführungen ausgenommenen Personenkreis dafür Sorge getragen werden, dass sich dieser geografisch auf die infrage kommenden Gebiete im Kosovo verteilt. Ziel ist es, die dortigen Kommunen nicht in ihren Reintegrationsbemühungen zu überfordern.

Darüber hinaus wurde in der **Bund-Länder-Arbeitsgruppe "Rückführung"** vereinbart, bei der schrittweisen Rückführung Personen wie Alte, Kranke, Pflegebedürftige oder alleinerziehende Mütter zunächst zurückzustellen.

Um wie viele Personen geht es tatsächlich? - Die **Zahl** der ausreisepflichtigen, aus dem Kosovo stammenden Personen wird in der Regel jährlich durch die Bundesregierung in den Ländern erhoben. Aktuelle Jahresangaben für 2010 liegen noch nicht vor. Zum letzten Stichtag, dem **30. September 2009**, betrug die Zahl der ausreisepflichtigen Personen aus dem Kosovo insgesamt 14.947. Davon waren 12.539 Minderheitenangehörige. In **Schleswig-Holstein** halten sich davon 18 Personen auf. Das entspricht einem Gesamtanteil von 0,14 %. Diese Gruppe setzt sich aus 16 Roma, einem Ashkali und einem Serben zusammen. Mehr als ein Drittel aller Minderheitenangehörigen, 4.914 Personen, halten sich in Nordrhein-Westfalen auf. Auch in Nieder-

(Minister Emil Schmalfuß)

sachsen, 3.501 Personen, und Baden-Württemberg, 1.758 Personen, wurden erhebliche Personenzahlen gemeldet.

Die Angaben machen deutlich, dass es bundesweit zwar erhebliche Zahlen ausreisepflichtiger Minderheitenangehöriger aus dem Kosovo gibt, **Schleswig-Holstein** betrifft diese Problematik jedoch in absolut unbedeutender Weise. Es bildet statistisch das Schlusslicht.

Natürlich stehen hinter diesen Zahlen menschliche Schicksale mit dem verständlichen Wunsch nach einer aufenthaltsrechtlichen Legitimierung und einer Perspektive in Deutschland. Anders als in vielen europäischen Staaten gibt es aber keine generelle Anschlussregelung für Flüchtlinge aus Ex-Jugoslawien nach den Kriegen in den 90er-Jahren des letzten Jahrhunderts.

Ein **bundesweiter Abschiebungsstopp** durch die Länder lässt sich unmittelbar nach der außen- und innenpolitisch getroffenen Entscheidung im Bund für ein Rückübernahmeabkommen mit dem Kosovo danach nicht begründen. Das **Abkommen** ist unter Einbeziehung aller Erkenntnisse, auch sicherheitsrelevante Aspekte wurden dabei berücksichtigt, seitens der Bundesregierung mit dem Kosovo geschlossen worden.

Eine innenpolitische Entscheidung in Form eines Abschiebestopps über die Innenministerkonferenz ist nicht erreichbar. Dies sehen vor allem die zahlenmäßig hauptsächlich betroffenen Bundesländer so. Das Thema steht bislang nicht auf der Tagesordnung.

Ich bin mir mit Innenminister Schlie darin einig, dies für Schleswig-Holstein als Land mit den geringsten Zahlen nicht nachzuholen. Denn die Zahlen sind in Schleswig-Holstein so gering, weil die Möglichkeiten für ein Bleiberecht hier in Schleswig-Holstein immer weit ausgeschöpft wurden.

Im Hinblick auf den **sicheren Aufenthaltsstatus**, der den Betroffenen aus ihrer Sicht einzuräumen ist, kann und muss auf die im **Aufenthaltsgesetz** angelegten Möglichkeiten für humanitäre Bleiberechte im Einzelfall verwiesen werden. Die **Altfallregelung** der §§ 104 a und b Aufenthaltsgesetz und die Anschlussregelung der Innenministerkonferenz standen und stehen auch für Minderheitenangehörige aus dem Kosovo offen. Auch das Verfahren bei der **Härtefallkommission** kann in den Fällen, in denen dringende humanitäre oder persönliche Gründe den Aufenthalt rechtfertigen, im Einzelfall eine aufenthaltsrechtliche Perspektive bieten. Viele Menschen aus dem Kosovo, die bei uns Schutz ge-

sucht haben, konnten mit diesen Instrumenten Hilfe erfahren.

Meine Damen und Herren, ich darf Ihnen versichern, dass die Lage im Kosovo ebenso wie die Anwendung des Rückübernahmeabkommens seitens der Landesregierung aufmerksam begleitet werden. Im Bundestag wurde der bereits erwähnte Antrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN an die Ausschüsse überwiesen. Die weitere Diskussion auf bundespolitischer Ebene werden wir hier in Schleswig-Holstein sorgsam begleiten.

(Beifall bei CDU und FDP)

Präsident Torsten Geerds:

Ich danke Herrn Minister Schmalfuß. - Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat die Frau Abgeordnete Luise Amtsberg von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Luise Amtsberg [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Gestatten Sie mir, kurz etwas zu dem hier gewählten Verfahren der Redenabfolge zu sagen. Wir haben eine andere als ursprünglich vorgesehene Reihenfolge gehabt. Wir haben dem jetzt zugestimmt, weil unsere Alternative denkbar schlechter gewesen wäre. Ich bitte, dieses Verfahren im **Ältestenrat** zu besprechen. Es ist schwierig, das **erste Rederecht** durch so einen Änderungsantrag der Landesregierung zu geben. Ich hätte den gängigen Weg besser gefunden. Es ist schließlich nicht die Aufgabe des Ministers, hier die Hausaufgaben der Kolleginnen und Kollegen von der CDU- und FDP-Fraktion zu machen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Der Bericht hätte auch am Ende unserer Debatte gegeben werden können. Ich habe das Verfahren jetzt nicht verstanden. Vielleicht gibt es aber noch einmal eine Klärung.

Aber darum geht es jetzt hier nicht. Hier geht es darum, warum wir einen Abschiebestopp von Roma und Ashkali fordern. Ich beginne mit ein paar einleitenden Worten, die jetzt ein bisschen hinfällig geworden sind, aber dennoch in meinem Manuskript stehen.

Am 14. April 2010, also vor knapp einem Monat, wurde von der schwarz-gelben Bundesregierung in Berlin ein **Rückübernahmeabkommen** zwischen Deutschland und dem Kosovo unterzeichnet. Mit

(Luise Amtsberg)

diesem Abkommen wird die ohnehin aus menschenrechtlicher Perspektive scharf zu kritisierende Praxis der Abschiebung von Roma gesetzlich zementiert. Insgesamt betrifft das offensichtlich 10.000 Menschen. In den nächsten Jahren sollen davon jährlich 2.500 Menschen aus Deutschland abgeschoben und an das Kosovo überstellt werden. 2.500 Menschen jährlich, auf einige Jahre verteilt, das macht die Sache in meinen Augen nicht besser.

Jede und jeder der Betroffenen hat nun täglich die Angst, sozusagen nachts von den Behörden mitgenommen und ausgeflogen zu werden. Die Unsicherheit muss für die Psyche der Betroffenen unerträglich sein.

Meine Fraktion kritisiert aufs Schärfste dieses Vorgehen und fordert mit dem Antrag die Landesregierung auf, auf **Abschiebungen von Roma und Ashkali** aus Schleswig-Holstein, selbst wenn es nur acht sind - nur! - ohne Ausnahme zu verzichten und sich auf der IMK, also der Innenministerkonferenz, am 27. und 28. Mai 2010 dafür einzusetzen, dass dieser Weg auch auf Bundesebene gegangen wird.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nicht nur die Experten der Flüchtlingsräte und von PRO ASYL fordern einen sofortigen **Abschiebestopp**, es tun auch internationale Organisationen wie der UNHCR, die OSZE und der Menschenrechtskommissar des Europarats. Alle weisen in ihren jüngsten Berichten auf die dramatische **Menschenrechtslage** hin.

Was also erwartet die Menschen im **Kosovo**? - Es erwartet sie ein Leben in Gebieten abseits der Städte, die noch nicht einmal auf Landkarten eingezeichnet sind. Sie leben in Baracken ohne Infrastruktur, Strom, sanitäre Einrichtungen und manchmal sogar auf verseuchtem Boden. Manche finden auch erst gar keine Unterkunft und die meisten auch keine Arbeit, weil es für sie nach wie vor im Kosovo keine ausreichenden **Aufnahme- und Integrationskapazitäten** gibt.

Roma und Ashkali leben im Kosovo gesellschaftlich isoliert. Gerade die Situation von abgeschobenen **Roma-Kindern**, die, weil sie in Deutschland geboren wurden, weder albanisch noch serbisch sprechen und deshalb im Kosovo nicht in die Schule gehen können, ist besonders ausweglos. Wenn die Kinder dann doch dort in die Schule gehen, erfahren sie Ablehnung und Rassismus. Das können wir einfach nicht zulassen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Ich finde es, gelinde gesagt, unsäglich, dass sich die Bundesregierung über all diese Erkenntnisse hinwegsetzt. Ich frage mich ernsthaft, wo sie das Vertrauen hernimmt, dass diese Entscheidung eine richtige oder gute war. Ist es vielleicht Bequemlichkeit? Wer von der Bundesregierung kontrolliert eigentlich am Ende, ob das Kosovo die **Rechte dieser Minderheiten** wahrt, die wir abgeschoben haben? Die Tatsache, dass im Kosovo in dem neuen Gesetz für die lokale Selbstverwaltung die vorher vorgesehenen proportionalen Beteiligungen von Minderheiten im öffentlichen Dienst einfach abgeschafft wurden, zeigen doch ganz klar eine andere Richtung auf. Das ist aktuell.

(Beifall des Abgeordneten Rolf Fischer [SPD])

Aber die Bundesregierung handelt frei nach dem Motto: „Aus den Augen, aus dem Sinn“. Ja, es ist die Bundesregierung, ja, es ist auch Kompetenz des Bundes. Dennoch finde ich, dass sich **Schleswig-Holstein** hier besonders starkmachen kann und einer Bundesinitiative - vor allen Dingen in eine neue Richtung - den Rücken stärken kann.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Ich sage das vor allem vor dem Hintergrund, dass sich Deutschland in seiner dunkelsten Vergangenheit an der Ermordung Hunderttausender von Roma, an deren Deportation besonders schuldig gemacht hat. Vor diesem Hintergrund ist es für mich eine **historische Verantwortung**, die Deutschland trägt und gegenüber den Roma übernehmen muss.

Deshalb sage ich Ihnen: Es tut nicht weh, eine Richtung zu ändern. Es tut auch nicht weh, sich für die Rechte von Minderheiten einzusetzen. Es tut auch nicht weh, die beschlossene Praxis zu überdenken und Fehler einzugestehen. Ich weiß, dass ich einer Fraktion gegenüberstehe - wenn auch kaum welche hier sind; wahrscheinlich haben wir einen Schlagabtausch gemacht -, die es noch nicht einmal für nötig hält, den Roma und Sinti ihr Recht als schützens- und förderungswürdige Minderheit in der **Landesverfassung** zuzugestehen, obwohl sie auf Landesebene zu den vier nationalen Minderheiten gehören und obwohl einige der Roma-Familien hier auf eine dreihundertjährige Familiengeschichte in Schleswig-Holstein zurückblicken können.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und der LINKEN - Zuruf: Und länger!)

- Und länger!

(Luise Amtsberg)

Ich vermute auch, dass mein Appell an die FDP-Fraktion - die erstaunlicherweise fast vollständig ist - verhallen wird. Mit ihrem neuen Koalitionspartner sind sozusagen selbst die wenigen guten Seiten Ihrer Partei flötengeschlagen. Dennoch werde ich nicht müde, Ihnen an dieser Stelle zu sagen, dass der Maßstab in dieser Frage nicht das Parteiprogramm oder gefährdete Wählerstimmen sind. Es ist eine einfache Abwägung, die wir an vielen Stellen schon getroffen haben. Es geht um Menschenrechte, und vor allem geht es darum, dass wir nicht das Recht haben, Menschen in ein Land zu schicken, das ihnen keinen Schutz bietet, keine Perspektive bietet und ihre Gesundheit, im schlimmsten Fall ihr Leben einfordert. Das ist unerträglich.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Torsten Geerds:

Frau Kollegin, kommen Sie bitte zum Schluss.

Luise Amtsberg [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Ich komme zum Ende. Mein letzter Satz ist: Hören Sie endlich auf damit!

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, der LINKEN und SSW)

Präsident Torsten Geerds:

Das Wort für die CDU-Fraktion erteile ich der Frau Kollegin Astrid Damerow.

Astrid Damerow [CDU]:

Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Verehrte Kollegin Amtsberg, es ist ein wenig schwierig, auf Ihre Ausführungen in der gebotenen Form zu antworten. Es ist immer recht einfach, irgendwelche Pauschalurteile oder Verurteilungen in den Raum zu stellen. Sie werden allerdings durch die stetige Wiederholung nicht unbedingt wahrer.

(Beifall bei der FDP)

Eines ist symptomatisch für die Diskussionen, in denen es um Integration, Aufenthaltsrecht oder Flüchtlings- und Asylpolitik geht. Immer wieder hört man von allen Teilnehmern, dass gerade in diesen Bereichen Pauschalurteile selten richtig sind. Das gilt sowohl in die eine wie auch in die andere Richtung.

Daher befremdet es etwas, wenn Sie in Nummer eins des **vorliegenden Antrags** die Landesregierung pauschal auffordern, keine Roma und Ashkali mehr in das Kosovo abzuschicken, und dass sich

Schleswig-Holstein über die Innenministerkonferenz bundesweit pauschal für einen **Abschiebestopp** für Roma und Ashkali einsetzen soll. Es sollen außerdem ohne jede Einzelfallbetrachtung pauschal alle Möglichkeiten der **Aufenthaltsverfestigung** ausgeschöpft werden, unabhängig davon, mit welcher Sachlage wir es im jeweiligen **Einzelfall** zu tun haben. Das halte ich in dieser Generalität doch für ein wenig schwierig.

Gegen Ihren Antrag sprechen allerdings auch noch ein paar andere Gründe. Das **Instrument der Abschiebung** ist aufgrund seiner Bedeutung und Folgen in **Deutschland** sehr genau geregelt. Die **rechtlichen Hürden** für eine Abschiebung sind nicht gering. Erst wenn die zuständigen Behörden geprüft und entschieden haben, dass der Aufenthalt in Deutschland nach den geltenden Gesetzen nicht weiter gewährt werden darf und wenn danach ein ausländischer Staatsangehöriger seiner Pflicht zur freiwilligen Ausreise nicht nachkommt, dann kommt es gegebenenfalls zu einer **zwangsweisen Abschiebung**. Ich denke, das ist allen hinlänglich bekannt.

Wer dabei als Betroffener mit einer Entscheidung der Behörden nicht einverstanden ist, dem stehen klar geregelte **Widerspruchsmöglichkeiten** und **gerichtliche Verfahren** zur Verfügung, in denen die Betroffenen gegebenenfalls bestehende Einwände und Härtefälle geltend machen können. Ich halte es deshalb nicht für richtig, wenn wir beschließen würden, dass sich unsere Landesregierung zugunsten bestimmter Minderheiten in all diesen einzelnen rechtsstaatlichen Verfahren undifferenziert einmischen soll. Klarstellen möchte ich aber, dass wir von der CDU-Fraktion uns nicht den **humanitären Nöten** dieser Menschen verschließen.

Jetzt komme ich zur Beantwortung Ihrer Frage, warum der Bericht des Ministers zuerst erbeten worden ist. Wir möchten nämlich, bevor wir uns ein Urteil bilden, zunächst einmal genau wissen, wie die Lage wirklich ist. Deshalb haben wir diesen Bericht gefordert. Erst dann können wir erforderlichenfalls weitere Schritte beschließen.

Nur eine Presseerklärung von PRO ASYL zu zitieren, wie Sie es in Ihrem Antrag getan haben, oder auf Zeitungsberichte aus den letzten Jahren zu verweisen, scheint uns doch ein bisschen zu einfach zu sein.

(Zuruf der Abgeordneten Luise Amtsberg [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wenn die Lebensbedingungen in den Camps Osterode und Cesmin Luk angeführt werden, muss

(Astrid Damerow)

man schon sehr genau überlegen, wie man diese Informationen bewertet. Wir haben nachgefragt und von der Bundesregierung die Auskunft erhalten, dass kein Fall bekannt ist, in dem aus Deutschland zurückgeführte Personen in diesen Camps unterkommen. Im Gegenteil. Seit Mitte 2008 findet kein Zuzug in diese Camps mehr statt. Das ist verboten.

Außerdem ist die Bundesregierung nach einer dezierten Prüfung ebenfalls zu der Einschätzung gelangt, dass im Kosovo mittlerweile keine unmittelbare Gefährdung mehr nur aufgrund ethnischer Zugehörigkeiten besteht.

(Rolf Fischer [SPD]: Hoffentlich wissen die das auch im Kosovo!)

- Ich wiederhole hier die Meinung der Bundesregierung. Diese hat uns auch der Minister schon dargestellt.

Im Übrigen ist zu dieser Einschätzung nicht allein unsere Bundesregierung, sondern sind auch **andere europäische Regierungen** gelangt, die ebenfalls bereits mit der Rückführung begonnen haben.

Vor fünf Wochen, am 14. April 2010, wurde zwischen der **Bundesrepublik Deutschland** und der **Republik Kosovo** ein **völkerrechtlicher Vertrag** geschlossen. Der Minister hat das vorhin ausgeführt. Er regelt die **Rückführung** von Menschen in das Kosovo, für die nach geltender Rechtslage in Deutschland ohnehin eine **Ausreisepflicht** besteht.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen der Opposition, nachdem ein ähnlicher Antrag wie der Ihre bereits im Bundestag abgelehnt wurde, sollen wir nun unsere Landesregierung auffordern, dieses zwischenstaatliche Abkommen auszuhebeln. Dem können wir so nicht zustimmen.

Ich hatte vorhin schon mit Herrn Fischer darüber gesprochen. Ich sage ganz ehrlich, unser Antrag zielte zunächst darauf ab, den Bericht des Ministers zu behandeln, um auf dieser Grundlage abzustimmen. Gestern Abend habe ich den Bericht des UNHCR noch einmal sehr genau durchgelesen. Ich bin zu dem Schluss gekommen, dass wir auch diesen 16 Menschen gegenüber eine gewisse Verpflichtung haben. Wir haben nun zwar die Meinung unserer Landesregierung dazu gehört, aber wir sollten uns doch die Zeit nehmen, den **Flüchtlingsbeauftragten** des Landes noch einmal dazu zu hören. Das ist eine Frage des Respekts gegenüber den Betroffenen.

Meine kritische Haltung zu Ihrem pauschalen Antrag bleibt aber bestehen. Deshalb schlage ich vor, beide Anträge an den Europaausschuss als feder-

führenden Ausschuss und mitberatend an den Innen- und Rechtsausschuss überweisen. Dort werden wir intensiver über die Einzelheiten diskutieren können.

(Beifall bei CDU und FDP)

Präsident Torsten Geerds:

Für die SPD-Fraktion erteile ich dem Kollegen Rolf Fischer das Wort.

Rolf Fischer [SPD]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die **Republik Kosovo** ist trotz Unabhängigkeit und trotz Verfassung kein Staatsgebilde nach unserer Vorstellung. Noch immer ist Demokratie dort ein Fremdwort. Noch immer werden dort **Menschenrechte** mit Füßen getreten, und zwar häufig im wahrsten Wortsinne. Noch immer regieren Willkür, Gewalt und Korruption. Es fehlen Arbeitsplätze und Arbeit. Es fehlen Wohnungen und Schulen. Es fehlen Sicherheit und Selbstbestimmung. Es fehlen eine wirklich unabhängige Justiz und ein funktionierender öffentlicher Dienst. Es fehlt eine wirklich freie Presse.

Auf unseren Punkt bezogen fehlt vor allem jede Infrastruktur, jedes Interesse zur Eingliederung, zur Integration von Menschen. Das sagen nicht die Regierungen in Berlin oder sonst wo, sondern das sagen UN, OSZE, alle Fachleute und NGOs, die sich mit dieser Region befassen. In diese Gesellschaft schicken wir Menschen, schicken wir Roma-Familien, die in der Bundesrepublik vielfach seit Jahrzehnten eine Heimat gefunden haben. Das ist kaum erträglich. Vor allem ist das aus humanitären, christlichen, rechtlichen, sozialen, demokratischen, medizinischen und bürgerrechtlichen Gründen nicht hinnehmbar.

(Beifall bei SPD und SSW)

Die **Abschiebung der Roma** ins Kosovo ist auszusetzen. Die Menschen müssen bleiben. Wenn etwas zurückgenommen wird, dann das Rückübernahmeabkommen. Die anstehende Innenministerkonferenz bietet dazu eine Chance.

Ich will generell darauf hinweisen, es geht um ein Problem, das sich nicht nur auf die Frage der Minderheitenproblematik reduziert. Es geht auch um **europäische Integrationspolitik**. Ich will das etwas verkürzen. Dieses Feld europäischer Politik ist weitgehend unterentwickelt. Wir müssen sehen, dass es uns gelingt, auf der europäischen Ebene im viel stärkeren Maße so etwas wie eine abgestimmte

(Rolf Fischer)

und koordinierte europäische Integrationspolitik auf den Weg zu bringen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sonst überlassen wir es den einzelnen Staaten. Das Beispiel zeigt wieder, das ist nicht gut.

Es geht eben nicht nur um das Kosovo. Das möchte ich kurz sagen. Wir wissen, dass nicht nur dort Minderheiten und gerade die Volksgruppen der Sinti und Roma unterdrückt, diskriminiert und ausgegrenzt werden, sondern dass dies auch in vielen anderen europäischen Staaten geschieht.

Zwölf Millionen Menschen zählen sich zu dieser **Minderheit**. Diese Zahl stellt uns eine Aufgabe, der wir bisher noch nicht richtig gewachsen sind. Noch immer leben die Roma am Rande der Gesellschaft, am Rande der Städte, in Slums, Gettos und Lagern.

Ich bitte Sie alle, sich die Roma-Fotos aus dem Kosovo einmal anzusehen. Die Kolleginnen und Kollegen aus der christlichen Fraktion können mich sicherlich an den Lautsprechern hören; denn dort werden sie im Augenblick alle sein. Ansonsten wünsche ich guten Appetit. Auf den Fotos, die wir sehen und die uns berühren, sehen wir Menschen vor dem Hintergrund von Müllhalden und Schrott unserer Wegwerfgesellschaft.

Wenn es eines Symbols bedarf, dass man sich um diese Menschen kümmern muss, dann sind es diese Fotos. Weil das so ist, dürfen diese Menschen nicht ins Kosovo abgeschoben werden.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der LINKEN und SSW)

Dort gibt es Zustände, die der Menschenrechtskommissar des Europarats als „schwerwiegendstes humanitäres Menschenrechtsproblem in Europa“ bezeichnet. Weil das so ist, kommt es auf die Politik der Nationalstaaten an, egal, ob Berlin oder Schleswig-Holstein und egal, wie groß die Zahl ist. Humanität ist doch keine Frage der Größe von Zahlen. Es ist die Frage, ob ich bereit bin, humanistische und demokratische Anforderungen aufzunehmen, sie umzusetzen und mich mit ihnen zu beschäftigen. Das müssen wir auch im Land Schleswig-Holstein tun. Selbst wenn es nur 17 oder 18 Menschen sind, ist es eine Verpflichtung für uns, hier in diesem Landtag darüber zu diskutieren.

(Beifall beim SSW)

Es kommt auf die **Politik der Nationalstaaten** an. Es geht um eine besondere Bedeutung und Verant-

wortung. Um diese Verantwortung geht es, wenn wir heute über das Rückübernahmeabkommen sprechen.

Lassen Sie mich meine Rede verkürzen, aber noch sagen: Abschiebung ist keine Lösung. Wir sehen, dass die Menschen dort in unmenschliche Verhältnisse geraten. Sie führen dazu, dass die Menschen wieder versuchen, dort wegzukommen, dass sie wieder zurückkommen und möglicherweise bei uns wieder in die Illegalität gedrängt werden.

Zum Abschluss möchte ich deutlich sagen, ich habe großen Respekt dafür, dass es in **Niedersachsen** bereits erste **Kirchenasylbewegungen** gibt, die diese Menschen auffangen und ihnen Schutz bieten. Das ist die Realität. Das ist eine wirklich gute und starke Hilfe in einer Situation für bedrängte Menschen. Das ist vorbildlich. Ich unterstütze das sehr.

Wir können gern im Ausschuss über das **Abkommen** reden. Das ist ein guter Hinweis. Das Thema ist nicht beendet. Wir müssen aber aus diesem Abkommen heraus. Es hat keine Zukunft, weder aus unserer historischen Tradition noch mit Blick auf ein fortschrittliches und demokratisches Europa. Es gehört nicht hierher. Deswegen wäre es schön, wenn dieser Antrag auch von der anderen Seite unterstützt werden würde.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Präsident Torsten Geerds:

Für die FDP-Fraktion erteile ich Herrn Kollegen Gerrit Koch das Wort.

Gerrit Koch [FDP]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Amtsberg, haben Sie Angst vor Zahlen und Fakten, oder warum durften wir Ihrer Ansicht nach nicht zuerst den Bericht hören?

(Zuruf von Luise Amtsberg [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Ja. Erklären Sie es mir gleich einmal. Ich bin schon gespannt. Man kann nur schlauer werden.

(Zuruf von Luise Amtsberg [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Das ist ja unglaublich.

Dem Justizminister Schmalfuß danke ich für seinen ausführlichen Bericht. Insbesondere seine Erläuterungen der rechtlichen Grundlagen und gerade auch der Möglichkeiten, die unserem Land und den Be-

(Gerrit Koch)

troffenen offenstehen, sind wichtig für die Beurteilung des Oppositionsantrags.

Der FDP-Fraktion ist durchaus bewusst, dass die Lage im Kosovo nach wie vor nicht einfach ist. Eine sorgfältige Beschäftigung mit diesem Thema ist deshalb unerlässlich. Deshalb unterstützen wir nachher auch die Überweisung an den Ausschuss.

(Beifall bei der FDP)

Zunächst teilt die FDP-Fraktion aber in rechtlicher Hinsicht das Ergebnis, zu dem der Justizminister kommt.

Die **Gesetzeslage** lässt keinen Alleingang Schleswig-Holsteins zu. Auch würde eine Beratung auf der Innenministerkonferenz nichts daran ändern, zumal genau die Bundesländer, in denen sich die meisten Betroffenen aufhalten, nämlich Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen, keine Möglichkeit für einen **generellen Abschiebestopp** ohne Gesetzesänderung sehen. Die Änderung der gesetzlichen Grundlagen obliegt aber bekanntlich allein der Bundesebene. Der Bericht führt auch vor Augen, über wie viele menschliche Schicksale wir hier in Schleswig-Holstein überhaupt debattieren. Der Antrag der Oppositionsparteien könnte - ich will nichts Böses unterstellen - unbeabsichtigterweise den Eindruck erwecken, es würde allein in unserem Bundesland mindestens 10.000 Betroffenen die Abschiebung in das Kosovo drohen. Das ist vielmehr annähernd die Zahl der Fälle auf Bundesebene. In Ihrer Antragsbegründung ist dies etwas undifferenziert.

Präsident Torsten Geerds:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Kollegin Heinold?

Gerrit Koch [FDP]:

Nein, die gestatte ich nicht. - Tatsächlich geht es in **Schleswig-Holstein** nur um **18 Personen**. Selbstverständlich muss das Land auch das Schicksal dieser Menschen interessieren. Gleichgültigkeit kann der Landesregierung allerdings auch nicht unterstellt werden, denn die Zahlen sind unter anderem deshalb so niedrig, weil vielen Betroffenen über die **Härtefallregelung** geholfen und ein **Bleiberecht** verschafft werden konnte. Ich betone also zu Recht, dass diese Menschen weder dem Land noch den Fraktionen von CDU und FDP quasi egal sind. Wir wissen um die verantwortungsvolle Behandlung eines jeden einzelnen Falles durch unsere Behörden.

Eine durchaus humanitäre und umsichtige Geste der bundesweit geübten Praxis ist es, wenn die **Zahl der jährlich abgeschobenen Menschen** 2.500 nicht übersteigen soll, obwohl die Zahl der Betroffenen bekannterweise mehr als viermal so hoch ist. Nicht übersehen werden sollte, dass im Jahr 2009 gerade einmal **500 Rückführungen**, also nur ein Fünftel der 2.500 Ersuchen, stattgefunden haben. Wie in vielen anderen Fällen beweist der mündliche Bericht des Justizministers einmal mehr: Erst die Fakten kennen, dann handeln. Bevor schnelle und sicherlich auch gut gemeinte Forderungen öffentlich aufgestellt werden, sollte man sich zunächst die rechtliche und tatsächliche Lage vor Augen führen.

Auf eine Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE im Deutschen Bundestag antwortete die **Bundesregierung**, dass ihr keinerlei Anzeichen für gewalttätige Übergriffe vonseiten der Behörden der Republik Kosovo gegenüber ethnischen Minderheiten vorliegen. Auch die von Privatpersonen verübten, **ethnisch motivierten Gewalttaten** seien in den vergangenen Jahren stark zurückgegangen.

(Zuruf des Abgeordneten Rolf Fischer [SPD])

- Ich komme gleich zu einigen, die sich das vor Ort angeguckt haben. Nach Erkenntnissen der vor Ort tätigen internationalen Organisationen ist der ganz überwiegende Teil der Auseinandersetzungen zwischen Angehörigen verschiedener Volksgruppen nicht primär ethnisch motiviert. Der Anteil der aus ethnischen Motiven verübten Gewalttaten habe demnach im Jahr 2007 im unteren einstelligen Prozentbereich gelegen. Die Lage vor Ort hat der Bund bei der Aushandlung des Rückübernahmeabkommens also durchaus berücksichtigt.

Die Bundesrepublik Deutschland lässt die Rückkehrer ins Kosovo auch dort nicht allein, sondern hat mit einigen Bundesländern **im Kosovo** das **Rückkehrerprojekt „URA 2“** eingerichtet. Das Projekt bietet umfangreiche Integrations-, Beratungs- und Unterstützungsmaßnahmen zur **Wiedereingliederung** an. Für alle Rückkehrer aus Deutschland steht eine soziale und psychologische Erstbetreuung zur Verfügung.

(Zurufe)

- Ich weiß nicht, warum Sie darüber lachen. Ich finde, das ist ein wichtiges Thema.

(Zuruf des Abgeordneten Rolf Fischer [SPD])

(Gerrit Koch)

Außerdem erhalten auch rückgeführte Personen **Unterstützung** bei der Arbeits- und Wohnungssuche. Es werden schließlich weitere Leistungen vor Ort gewährt, insbesondere Lebensmittel- und Mietkostenzuschüsse, Zuschüsse zu den Kosten einer medizinischen Behandlung und eine Erstaustattungshilfe. Freiwillige Rückkehrer können sogar noch weitere Hilfen erhalten.

Nun wollte ich von jemandem berichten, der da war. Ich meine eine Delegation des niedersächsischen Innenministeriums, die im November vergangenen Jahres vor Ort war. Diese Kommission hält eine Rückkehr für möglich, die allerdings behutsam und schrittweise erfolgen sollte. Die Umstände würden dies erlauben.

Meine Damen und Herren, aus Sicht der FDP-Fraktion wird mit den hier lebenden Menschen aus dem Kosovo einwandfrei und verantwortungsvoll umgegangen. Die Fraktionen von FDP und CDU unterstützen Herrn Minister Schmalfuß aber zugleich darin, die Lage im Kosovo und die Einhaltung des Rückübernahmeabkommens, aber auch die Diskussion auf Bundesebene, wo sie primär auch hingehört, mit sehr wachen Augen zu verfolgen.

(Beifall bei der FDP)

Präsident Torsten Geerdts:

Herr Kollege, gestatten Sie noch eine Zwischenfrage?

Gerrit Koch [FDP]:

Nein. Ich bin mit meiner Rede zu Ende.

Präsident Torsten Geerdts:

Meine Damen und Herren, ich erlaube mir die Zwischenbemerkung, dass wir mit den Parlamentarischen Geschäftsführern übereingekommen sind, die Frage der Geschäftsordnung und ihrer Auslegung auf die nächste Tagesordnung des Ältestenrats zu setzen, damit wir Einigkeit darüber haben, wie wir in Zukunft mit diesen Punkten umgehen können, sodass jede Fraktion nach der Reihenfolge zu Wort kommt, in der die Anträge eingegangen sind. Das machen wir während der nächsten Ältestenratssitzung. Somit können wir uns in der Debatte auf die inhaltlichen Punkte konzentrieren.

Für die Fraktion DIE LINKE erteile ich Herrn Kollegen Ulrich Schippels das Wort.

Ulrich Schippels [DIE LINKE]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich bin ein wenig entsetzt darüber, dass hier vor allen Dingen vonseiten der Regierungskoalitionen tatsächlich die Anzahl der Fälle ins Spiel gebracht wird. Auch wenn es nur einen Menschen betreffen würde, wäre es notwendig, dass wir uns damit beschäftigen und dafür sorgen, dass diesem Menschen kein Unrecht widerfährt.

(Beifall bei der LINKEN, SPD und SSW)

Das ist unabhängig davon, ob es einen, Hunderte oder Tausende Menschen betrifft. Ich denke, auch das ist eine Erfahrung aus der Geschichte beider deutscher Staaten. Der Mensch ist ein soziales Wesen. Wir sind auf der Erde, um uns gegenseitig zu helfen und nicht, um uns gegenseitig das Leben schwer zu machen. Wir sind nicht hier, um uns gegenseitig auszugrenzen, andere Menschen zu unterdrücken und in ihren Freiheitsrechten zu beschneiden. Auf diesen Grundlagen fußt unsere Gesellschaft, auf dieser Grundlage fußen alle drei inzwischen bei uns heimisch gewordenen monotheistischen Religionen. Mit Erlaubnis möchte ich aus dem zweiten Buch Moses, 22,20 zitieren. Leider sind nicht alle von der CDU anwesend, aber die kennen das wahrscheinlich:

„Einen Fremden sollst du nicht ausnutzen oder ausbeuten, denn ihr selbst seid in Ägypten Fremde gewesen.“

Ein zweites Zitat, das noch stärker auf unsere heutige Problematik heute hinweist, sei angeführt:

„Der Fremde, der sich bei euch aufhält, soll euch wie ein Einheimischer gelten, und du sollst ihn lieben wie dich selbst, denn ihr seid selbst Fremde in Ägypten gewesen.“

Sie - und ich meine hier leider alle Fraktionen im Bundestag, von CDU bis BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - haben die Wurzeln, auf denen unsere **Gesellschaft** ruht, offensichtlich vergessen. Sie haben ein **Europa** geschaffen, das sich nach außen abschottet; nicht vor Hedgefonds und anderen Irrtümern des internationalen Finanzsystems, sondern leider vor den Menschen, die bei uns Schutz suchen. Um Europa herum existiert leider wieder eine Mauer. Jedes Jahr sterben Hunderte von **Flüchtlingen**, die aus höchster Not zum Beispiel über das Mittelmeer aus ihrer Heimat nach Europa flüchten. Sie flüchten, um für sich eine Perspektive in der Fremde aufzubauen. Niemand verlässt seine Heimat gern. Niemand verlässt gern seinen eigenen Kulturkreis. **Fluchtbewegungen** sind weltweit Fol-

(Ulrich Schippels)

ge von Hunger und Krieg, und nur ein sehr kleiner Teil der Flüchtlinge - auch der aus dem Kosovo - erreicht Europa. Viele derjenigen, die hier ankommen, werden leider wieder abgeschoben.

In sehr kurzem zeitlichen Abstand haben sich vor Kurzem in Hamburg zwei Häftlinge das Leben genommen. Wie verzweifelt müssen diese Menschen gewesen sein? - Wie falsch und - so möchte ich auch sagen - wie menschenverachtend müssen unsere Gesetze sein, wenn die Ausführungen dieser Gesetze dazu führt, dass sich Menschen umbringen? - Selbstverständlich sind wir gegen **Abschiebungen ins Kosovo**. Dies betrifft selbstredend auch die Abschiebung von Roma und Ashkali. Die Situation im Kosovo hat sich vor allem für die **Minderheiten** seit Jahren nicht verbessert. Herr Fischer hat darauf hingewiesen. Ihnen drohen weiterhin Diskriminierung und Anfeindungen. Für uns Deutsche kommt eine zusätzliche Bürde hinzu: Die Roma wurden seit Jahrhunderten auch bei uns benachteiligt, angefeindet, ausgegrenzt, diskriminiert, verfolgt und im Faschismus sogar ermordet. 500.000 **Sinti und Roma** mussten damals den Wahn der Faschisten mit ihrem Leben bezahlen.

Viele aus dem ehemaligen Jugoslawien in die Bundesrepublik geflohene Roma sind inzwischen gut integriert, obwohl sie auch hier unter den Sondergesetzen des Ausländerrechts leiden. Die bereits angelegten Abschiebungen zerstören, sie vernichten das Glück vieler Familien. Sie zerstören die berufliche Perspektive insbesondere der jungen Leute, die bei uns heimisch geworden sind. Für viele der hier geborenen Roma bedeutet die **Umsetzung des Rücknahmeabkommens** zwischen Deutschland und dem Kosovo, dass sie dort mit gefährlicher Diskriminierung und dauerhafter sozialer Ausgrenzung am Rand der Gesellschaft leben müssen. Die Gefahr von **Pogromen** ist im Kosovo weitaus höher als zum Beispiel hier bei uns. Schon der Begriff Rücknahmeabkommen ist entlarvend. Menschen werden hier als Objekte betrachtet, ihre Rechte werden mit Füßen getreten.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich möchte den Kolleginnen und Kollegen von der FDP sagen, die zu Recht auf die Freiheitsrechte hinweisen: Wir wollen gleiche Rechte für alle Menschen, die hier leben. Um an das Zitat vom Anfang anzuknüpfen: Der Fremde, der sich bei uns aufhält, soll bei uns heimisch werden, und wir sollten ihn lieben wie uns selbst. Für mich ist das Credo: Die moralische und ethische Verfassung einer Gesellschaft messen wir - die messe ich - daran, wie sie mit den Schwächsten in ihr umgeht. Wir wollen ei-

ne solidarisches Schleswig-Holstein ohne Ausgrenzung und ohne Abschiebung.

(Beifall bei der LINKEN)

Präsident Torsten Geerds:

Die Fraktionsvorsitzende des SSW, Frau Abgeordnete Anke Spoorendonk, hat das Wort.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich lege mein Manuskript zu Seite und greife ein paar Bemerkungen auf, die in der Debatte gefallen sind. Erstens. Zu den Anträgen sage ich: Aus unserer Sicht hat die Antragslage weniger damit zu tun, wer in welcher Reihenfolge zu reden hat.

Sie hat vielmehr damit zu tun, dass es ein Geschäftsordnungsproblem gibt. Es ist ein Problem, dass es nicht erst heute gibt. Es war schon immer so, dass Anträge von Oppositionsfraktionen, von regierungstragenden Mehrheiten so geändert werden können, dass sich die Oppositionsfraktionen nicht ohne Weiteres in dem geänderten Antrag wiederfinden. Das ist etwas, das wir im Ältestenrat schon mehrfach diskutiert haben. Ich bin dem Landtagspräsidenten dankbar dafür, dass es jetzt auch anlässlich dieser Anträge zu einer weiteren Klärung kommen soll.

Zweite Bemerkung. Keiner stellt sich hin und formuliert einen Antrag zu solch einer komplexen Problemstellung, ohne sich im Vorwege über die Fakten zu informieren.

(Beifall bei SSW und der LINKEN)

Lieber Kollege Koch, es ist eine Unterstellung zu behaupten, dass dies bei diesem Antrag nicht der Fall gewesen ist.

(Gerrit Koch [FDP]: Das habe ich nicht behauptet!)

- Das haben Sie gesagt.

Ich hätte jedem empfehlen können, bei der Veranstaltung der SPD-Fraktion letzten Montag dabei zu sein, wo es genau um diese Frage ging.

Dritte Bemerkung. Wir haben es - ich sagte es vorhin - wirklich mit einer komplizierten Gemengelage zu tun. Auf der einen Seite hat diese Problemstellung etwas mit **Flüchtlingspolitik** zu tun und damit auch mit dem Renommee Schleswig-Holsteins als Land mit einer liberalen Flüchtlingspolitik. Da schaue ich den FDP-Kolleginnen und -kollegen in

(Anke Spoorendonk)

die Augen und sage: Sie haben hier auch ein Renommee zu verlieren. Denn es ist wirklich so, dass wir - SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und FDP; das war vor der Zeit der Linken - uns immer gemeinsam auf Anträge in Sachen Flüchtlingspolitik, Einwanderungspolitik, Bleiberecht haben einigen können.

Also, denken Sie daran, dass Sie hier auch etwas zu verlieren haben, liebe Kolleginnen und Kollegen von der FDP.

(Beifall der Abgeordneten Luise Amtsberg [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und des Abgeordneten Peter Eichstädt [SPD])

Noch eine Bemerkung. Minderheitenpolitisch ist dies auch ein wichtiges Thema. Ich habe kürzlich - das war über Himmelfahrt - an dem **Jahreskongress der Föderalistischen Union Europäischer Volksgruppen** - das ist die NGO der nationalen Minderheiten in Europa mit 86 Mitgliedsorganisationen in 32 Staaten in Europa - teilgenommen. Dieser Kongress fand in Ljubljana in Slowenien statt. Dort ging es auch um die Situation der Roma in Europa. Die Menschenrechtsagentur der Europäischen Union hat letztes Jahr in einer großen Interview-Untersuchung - 22.000 Interviews wurden gegeben - schwarz auf weiß belegen können, wie groß die **Diskriminierung von Roma** in Europa weiterhin ist. Dies alles, liebe Kolleginnen und Kollegen, berechtigt natürlich dazu, dass wir diesen Antrag stellen.

In der „Frankfurter Rundschau“ war zu lesen, dass die **Abschiebung** der Flüchtlinge und in erster Linie natürlich der Roma nichts anderes als eine ethnische Säuberung des eigenen Landes von Roma aus dem Kosovo sei. Diese ethnische Dimension ist der Kern der Verhandlung zwischen Deutschland und dem Kosovo, die schließlich in diesem **Rückführungsabkommen** mündete. **Roma und Ashkali** gehören - das ist mehrfach gesagt worden - einer **Minderheit** an und werden aus diesem Grund anders behandelt als andere Flüchtlinge und Asylsuchende. So zumindest lautet das Fazit vom Kommissar für Menschenrechte des Europarats, der auch schon vom Kollegen Fischer zitiert worden ist, nämlich von Thomas Hammarberg.

Vor dem Hintergrund des minderheitenpolitischen Engagements Schleswig-Holsteins ist gerade unsere Landesregierung aufgerufen, hier tätig zu werden, um diese Ungerechtigkeit zu stoppen.

(Beifall des Abgeordneten Lars Harms [SSW], des Abgeordneten Rolf Fischer [SPD], der Abgeordneten Luise Amtsberg

[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] sowie der Abgeordneten Ellen Streitbürger [DIE LINKE])

Die Dinge hängen zusammen, liebe Kolleginnen und Kollegen. Genau dazu hat der Minister die Gelegenheit, wenn in zwei Wochen bei der Frühjahrs-**Innenministerkonferenz in Hamburg** diskutiert werden soll. Wir unterstützen das Anliegen des Ministers, wenn es darauf hinausläuft, dieses Rückübernahmeabkommen wieder zunichte zu machen. Wir unterstützen ihn auch, wenn er sagt, er kann das uneingeschränkte Bleiberecht so nicht genehmigen. Aber er muss tätig werden getreu den liberalen Prinzipien der schleswig-holsteinischen Ausländerpolitik. 16 Personen in Schleswig-Holstein sind betroffen.

Wir wissen, dass in anderen Bundesländern - das wurde auch gesagt - eine andere Stimmung herrscht. Das ist kein Zufall, dass es in Niedersachsen eine Kommission gegeben hat, die in das Kosovo gereist ist. Natürlich war es vorhersehbar, dass man sagte, es sei alles in Ordnung und es gebe keine Probleme. Denn wenn man sich mit der Materie befasst, weiß man auch, dass die Verfassung und die Gesetze des Kosovo ja demokratisch sind und Minderheitenschutz vorsehen. Aber hier klaffen **Theorie und Wirklichkeit** auseinander. Darum geht es. Deshalb ist es vernünftig, dass wir noch einmal den **Flüchtlingsbeauftragten** anhören.

(Beifall bei SSW, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Präsident Torsten Geerds:

Das Wort für einen Dreiminutenbeitrag erteile ich der Frau Kollegin Luise Amtsberg.

Luise Amtsberg [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Herr Koch, ich muss mich leider direkt an Sie wenden, obwohl ich gern darauf verzichtet hätte. Ich muss Ihnen tatsächlich eine Frage stellen. In Ihrer Rede wurde mehrfach erwähnt, dass Sie sich auf einen Bericht beziehen. Mich würde wundern, wenn Sie den gerade mündlich bekommen und mitgeschrieben haben. Für mich hört es sich sehr danach an, dass Ihnen der Bericht schriftlich vorlag. Ich möchte gern von Ihnen beantwortet haben, ob das der Fall ist und - wenn ja - warum eine schriftliche Rede oder ein schriftlicher Bericht den Oppositionsparteien vorenthalten wurde.

(Luise Amtsberg)

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Gerrit Koch [FDP]: Ich darf doch mit dem Minister sprechen!)

Präsident Torsten Geerds:

Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Ich schließe die Beratung. Ich stelle zunächst fest, dass der Berichtsantrag Drucksache 17/559 durch die Berichterstattung der Landesregierung seine Erledigung gefunden hat.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drucksache 17/520. Es ist Überweisung federführend an den Europaausschuss und mitberatend an den Innen- und Rechtsausschuss beantragt worden. Wer so beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Das ist so beschlossen.

Ich darf Ihnen mitteilen, dass die Parlamentarischen Geschäftsführer übereingekommen sind, dass der Tagesordnungspunkt 39, Ausbau des Flughafens Lübeck-Blankensee, nicht in dieser Tagung, sondern erst in der Juni-Tagung aufgerufen wird.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 38 auf:

Ölförderung im Wattenmeer spätestens 2011 beenden

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/536

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall.

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat Frau Kollegin Marlies Fritzen.

Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wenn Sie heute Morgen Radio gehört haben, werden Sie die neuesten Nachrichten aus dem Golf von Mexiko mitbekommen haben: 38 km Marschland vor der Küste Louisianas sind bereits mit Öl verpestet - alles Leben tot! Seit vier Wochen sehen wir die dramatischen Bilder aus dem **Golf von Mexiko**. Das Loch, aus dem täglich Millionen Liter Öl strömen, ist bis heute nicht geschlossen. Nur ein geringer Teil davon wird nun auf ein Schiff geleitet. Die eingesetzten Chemikalien verursachen weitere Umweltprobleme, deren Auswirkungen niemand kennt.

Unterdessen treibt das Öl weiter unaufhaltsam auf die Küste zu. Erwartet werden Schäden in gigantischer Höhe. Einnahmeverluste der Fischer oder Tourismusbranche kann man vielleicht noch ausgleichen. Die Zerstörung der Natur ist jedoch nicht wiedergutzumachen. Mangrovenwälder sind nirgendwo käuflich zu erwerben, auch nicht für noch so viele Milliarden.

Schauen wir nach **Schleswig-Holstein**. Die Tourismusagentur verkündete soeben stolz den Start des Projektes „Vermarktung UNESCO-Weltnaturerbe Wattenmeer“. Unser **Wattenmeer** steht auf einer Stufe mit dem Grand Canyon, der Serengeti und dem Great Barrier Reef vor Australien. Der **Welterbestatus** wird absolut zu Recht als ein ordentlicher Imagegewinn für Schleswig-Holstein gepriesen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Mitten in diesen Gebieten wird seit 1987 gleichwohl **Öl gefördert**. Im Nationalparkgesetz gibt es dazu eine Ausnahmeregelung, obwohl eine Erdölförderung nicht mit dem Schutzzweck zu vereinbaren ist. Grund allein ist der **Bestandsschutz**.

Mir ist klar, dass bei der Ölförderung im Wattenmeer andere Bedingungen herrschen als im Golf von Mexiko, um dieses vermeintliche Gegenargument gleich zu entkräften. Allein die Meerestiefe, in der dort gearbeitet wird und der enorme Druck, unter dem das ausströmende Öl steht, sind nicht mit den Bedingungen bei uns zu vergleichen.

Parallelen gibt es allerdings dennoch. Ähnlich wie an der Südküste der USA handelt es sich hier um einen einzigartigen und nicht zu ersetzenden Lebensraum. Die Bedeutung der Mangrovenwälder als „Kinderstube“ vieler Meeresbewohner ähnelt denen des Wattenmeers. Qualvoll verendende Vögel oder Schildkröten sind sichtbare Opfer der Katastrophe - für den Naturhaushalt sind die vielen unsichtbaren Opfer der Kleinlebewesen im Wasser, auf und im Meeresboden als Ausgangsbasis für die Nahrungskette - auch unserer Nahrungskette - noch weitaus bedeutsamer.

In den Genehmigungsverfahren der Offshore-Bohrungen im Golf von Mexiko wurde die Gefahr eines Unfalls in unverantwortlicher Weise heruntergespielt. Jetzt werden erste Zweifel an der Rechtmäßigkeit der Zulassung laut. Nicht alle erforderlichen Umweltsicherungen seien gemacht worden.

Meine Damen und Herren, dies ist eine weitere Parallele zu den USA: Die **Ölförderung im Wattenmeer** wurde nach **Bergrecht** genehmigt, bevor es

(Marlies Fritzen)

die Verträglichkeitsprüfungen im Rahmen der FFH-Richtlinie gab.

(Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Hört, hört!)

Bis heute ist das **Naturschutzrecht** nicht voll in die bergrechtliche Genehmigungspraxis integriert. Diese Lücke muss endlich geschlossen werden.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der LINKEN und des SSW)

Das Bergrecht darf naturschutzrechtliche Bestimmungen nicht weiter außer Kraft setzen.

Bei der **Bohrinsel „Mittelplate“** wurden Sicherheitsvorkehrungen getroffen, die das Risiko für einen schwerwiegenden Unfall begrenzen. Experten sprechen von 98-prozentiger Sicherheit. Ich frage mich, wie sie zu dieser Zahl kommen. Vor allem frage ich mich: Was ist mit dem **Risiko**, das bleibt? Das kann doch nur heißen: Ein Unfall mit verheerenden Folgen ist auch hier möglich. Wir sind nicht bereit, dieses Risiko länger zu tragen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten Ranka Prante [DIE LINKE])

Die bestehende **Betriebsplan-Zulassung** für **RWE Dea** läuft 2011 aus. Dies muss aus unserer Sicht unbedingt auch der Zeitpunkt für das Ende der Ölförderung im Watt sein. Wir fordern die Landesregierung deshalb auf, sich mit allen politischen und rechtlichen Möglichkeiten für dieses Ende einzusetzen.

Ich wünsche mir, dass aus diesem Landtag starke Signale an den Betreiber gehen, dass eine weitere Ausbeutung der Ölvorkommen vor unserer Küste nicht länger akzeptiert wird.

(Beifall des Abgeordneten Thorsten Fürter [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Dies muss auch für die **Offshore-Förderung außerhalb des Wattenmeers** gelten, denn ein Ölteppich - wir sehen es jeden Tag - macht vor der Nationalparkgrenze nicht halt. Wir wollen deshalb auch nicht, dass weitere **Erkundungsbohrungen** genehmigt werden.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten Ellen Streitböcker [DIE LINKE])

Präsident Torsten Geerds:

Das Wort für die CDU-Fraktion erteile ich Herrn Kollegen Karsten Jasper. Zuvor möchte ich noch

ergänzend zu heute Morgen bekanntgeben, dass der Kollege Bernd Schröder von der SPD-Fraktion entschuldigt fehlt. Er hat sich erkrankt abgemeldet. Von dieser Stelle wünschen wir ihm gute Besserung.

(Beifall)

Karsten Jasper [CDU]:

Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich bin der grünen Fraktion und Ihnen, Frau Fritzen, eigentlich sehr dankbar, dass Sie diesen Antrag gestellt haben, denn das gibt mir noch einmal die Gelegenheit, hier die Unterschiede darzustellen, die Sie zwar kurz angesprochen haben, die für mich aber durchaus wichtig sind im Vergleich mit der Ölplattform Deepwater Horizon in den USA. Ich will überhaupt nicht verhehlen - und ich denke, das geht uns allen so -: Wenn wir die schockierenden Bilder aus den USA von einer verheerenden, unvorstellbaren Umweltkatastrophe sehen, zeigt das, wie lasch die **Sicherheitsmaßnahmen** bei der **Ölförderung in den USA** waren oder dass vielleicht gar keine Maßnahmen getroffen worden sind. Das zeigt eigentlich auch, dass diese Maßnahmen durch einem **internationalen Standard** geregelt sein müssten.

Ich will Ihnen nicht unterstellen, dass Sie den Menschen an der **Westküste Schleswig-Holsteins** Angst machen wollen, dass hier Ähnliches passieren kann wie in den USA. Aber ich möchte auch noch einmal speziell einige Unterschiede zwischen der Plattform in den USA und der Mittelplate I, die vor meinem und dem Wahlkreis von Christian Magnussen liegt, betonen. Bei der **Mittelplate** handelt es sich nicht um eine schwimmende Bohrinsel wie bei „Deepwater Horizon“. Die Mittelplate ist fest in das Watt eingebaut. Die Bohrlöcher sind von Stahlbetonwänden umgeben, die wie eine Wange wirken, sodass kein Wasser von außen eindringen und kein Öl austreten kann.

Ein ganz gravierender Unterschied zu anderen Bohrinseln ist natürlich auch, dass bei dieser Mittelplate **kein Eigendruck des Ölfelds** besteht, der das Öl nach oben befördert, sondern das hier ausschließlich gepumpt wird. Zusätzlich sind Sicherheitsventile eingebaut, eines 50 m unter dem Wattboden und eines am Bohrloch, die sowohl von Hand als auch ferngesteuert geschlossen werden können. Ich denke, auch das ist wichtig. Diese **Sicherheitsmaßnahmen** werden ständig getestet und kontrolliert.

(**Karsten Jasper**)

(Zuruf der Abgeordneten Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Frau Fritzen, ich möchte Ihnen auch noch einen weiteren Punkt nennen, der für uns interessant ist - speziell für uns in Dithmarschen und insgesamt in Schleswig-Holstein. Wir haben - vielleicht wissen Sie das - in der mittelfristigen Haushaltsplanung 140 Millionen € jährlich an **Förderzinsen** eingeplant.

(Zuruf: Hört, hört! - Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist Ihnen das Risiko wert?)

- Ja, hört, hört! Ich rede jetzt über die **Mittelplate** und über die Finanzen. Ich rede jetzt auch noch einmal über **Arbeitsplätze**. Bei der Mittelplate macht das 100 Arbeitsplätze aus, in der **Shell-Raffinerie** in Hemmingstedt macht das noch mal circa 500 Arbeitsplätze, sodass wir auf über 600 Arbeitsplätze kommen.

(Beifall bei CDU und FDP)

Ich möchte Ihnen im Namen der CDU-Fraktion sagen - das ist auch meine Überzeugung -: Wir wollen eine weitere Ölförderung der Mittelplate I, denn seit über 20 Jahren - Sie haben es gesagt: 1987 - ist kein einziger Ölunfall an der Mittelplate passiert. Wir wollen - das betone ich ausdrücklich - eine Ölförderung weiter unter dem Gesichtspunkt höchster Sicherheit. Wir brauchen den Antrag der Grünen nicht, weil wir nicht glauben, dass hier das passieren kann, was in den USA passiert ist. Deswegen lehnen wir Ihren populistischen Antrag ab. Aber ich möchte Ihnen anbieten, dass wir die **naturschutzrechtlichen Gesichtspunkte** noch einmal im Ausschuss besprechen.

(Beifall bei CDU und FDP)

Präsident Torsten Geerds:

Ich möchte an dieser Stelle bekanntgeben, dass sich der Kollege Dr. Andreas Tietze aus gesundheitlichen Gründen abgemeldet hat. Von dieser Stelle wünschen wir ihm gute Besserung.

(Beifall)

Das Wort für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Kollegen Detlef Buder.

Detlef Buder [SPD]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Bei der Anmeldung für das UNESCO-Weltnaturerbe Wattenmeer kritisierte der von der UNESCO be-

auftragte Direktor für Schutzgebiete, Pedro Rosabal, deutlich die bestehende, gesetzlich gestattete **Förderung von Erdöl und Erdgas**. Diese **Rohstoffnutzung** hat nach seiner Auffassung in den herausragenden **Gebieten eines Weltnaturerbes** nichts zu suchen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und der LINKEN)

Das galt und gilt nach unserer festen Überzeugung auch schon für den **Nationalpark Wattenmeer**.

(Zurufe)

- Lassen Sie mich erst einmal ausreden, dann machen wir weiter. Sie müssen erstmal alles hören. Dann können wir gern darüber diskutieren, Herr von Boetticher.

Wir haben mit der 1985 errichteten **Bohrinsel Mittelplate** von Anfang an einen schmerzhaften Dorn in unserem Nationalpark Wattenmeer übernommen und müssen ihn auf Dauer entfernen.

(Vereinzelter Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der LINKEN und SSW)

Die von den Medien vorgegebene und zeitlich sicherlich auch dem Antrag der Grünen zugrunde liegende Verknüpfung der Bohrinsel Mittelplate mit der Ölpest im **Golf von Mexiko** ist jedoch sachlich überhaupt nicht begründet.

(Beifall des Abgeordneten Oliver Kumbartzky [FDP])

Wir als SPD haben in unserer Regierungsverantwortung stets die Einhaltung höchster, das Wattenmeer schützender Sicherheitsvorgaben verlangt, kontrolliert und auch bekommen.

Nach jahrelangem störungsfreien Bohr-, Förder- und Transportbetrieb ist festzustellen, dass die Ölförderung aus dem Vorkommen Mittelplate technisch machbar, wirtschaftlich erfolgreich und unter allen Gesichtspunkten des Umweltschutzes bisher ohne Gefährdungen durchführbar war

(Zuruf der Abgeordneten Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

und durch die Betreibergesellschaft durch die Einbringung von **Pipelines** von der Mittelplate zum Land hin noch sicherer gemacht worden ist, als wir es uns zu Anfang vorgestellt haben. Es ist also der Schiffstransport aufgegeben worden. Von der Betreibergesellschaft dort wird zurzeit die Förderung **von Land aus** betrieben, sodass zu erwarten ist, dass zukünftige Vorkommen, die dort noch vermutet werden, auch von Land aus, von Friedrichskoog

(Detlef Buder)

aus, an der Seite des Naturerbe-Gebiets gefördert werden.

Anders als im Golf von Mexiko, wo das Öl aus 1.500 m Wassertiefe gefördert wurde, steht die Mittelplate fest auf einer aufgeschütteten Insel und ist durch eine flüssigkeitsdichte Betonwanne komplett abgeschottet. Ein **Entsorgungssystem** stellt sicher, dass Nordsee und Wattenmeer nicht belastet werden. Im Moment werden Vorhaben durchgeführt, um die Plattform noch sicherer zu gestalten, als es bisher vorgesehen war. Bohr- und Förderbetrieb sind durch komplexe Überwachungs- und Steuerungssysteme mehrfach abgesichert. Die Gefährdungslagen sind somit nicht vergleichbar, ein Einstellen der Ölförderung auf Mittelplate aus Sicherheitsgründen und aus der Ölpest am Golf von Mexiko abgeleitet ist nicht begründbar.

Es handelt sich letztlich um eine politische Entscheidung, ob die ablaufende **Konzession 2011** verlängert werden sollte, die genau geprüft und dann entschieden werden sollte. Insofern sind aus meiner Sicht die ersten beiden Punkte im vorliegenden Antrag im Ausschuss intensiv zu erörtern, insbesondere die Frage, ob und in welcher Höhe durch eine Nichtverlängerung der Konzession finanzielle Belastungen auch für das Land entstehen und welche regionalpolitischen Auswirkungen ein Förderstopp für den **ChemCoast Park Brunsbüttel** mit seinen circa 1.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben würde. Es ist weiterhin abzuklären, inwieweit auch der **Raffineriestandort Hemmingstedt** davon betroffen wäre.

Fest steht für uns in jedem Fall, dass keine **Explorationsbohrungen** im Wattenmeer und auf seinen angrenzenden Meeresflächen erfolgen dürfen.

(Beifall der Abgeordneten Detlef Matthiesen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Lars Harms [SSW])

Wer sich daran erinnert, weiß, dass ich dieser Meinung auch schon in der letzten Legislaturperiode gewesen bin und Herr von Boetticher da anderer Meinung war. Zurzeit hat RWE Dea offenbar auch aufgrund des massiven Widerstandes der Bevölkerung von derartigen unverantwortlichen Plänen Abstand genommen. Damit dies für die Zukunft ausgeschlossen ist, spreche ich mich grundsätzlich schon heute für die Punkte 3 und 4 aus, die im Antrag der Grünen deutlich werden.

Präsident Torsten Geerds:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Kollegen Dr. von Boetticher?

Detlef Buder [SPD]:

Letzter Satz und dann. - Lassen Sie uns die notwendige Zeit im Ausschuss nehmen, um das Ziel zu erreichen. Die Ölförderung passt natürlich nicht auf Dauer in den Nationalpark Wattenmeer. Wir haben aber auch die Frage der Wirtschaftlichkeit mit zu untersuchen.

Präsident Torsten Geerds:

Herr Dr. von Boetticher!

Dr. Christian von Boetticher [CDU]: Herr Kollege Buder, würden Sie mir zustimmen, dass Herr Rosabal von der UNESCO, den Sie freundlicherweise erwähnt haben, offensichtlich keine Befürchtung hat, was die Ölförderung betrifft, weil er nämlich selber vorgeschlagen hat, mögliche Räume für Probebohrungen aus der Welterbeanmeldung auszunehmen?

(Zuruf der Abgeordneten Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Das hätte er wohl nicht gemacht, wenn er anschließend riesige Befürchtungen um die Existenz des Weltnaturerbes gehabt hätte. Würden Sie dem zustimmen?

(Zurufe von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Torsten Geerds:

Herr Dr. von Boetticher, Sie müssen bei der Beantwortung der Zwischenfrage stehen bleiben.

(Zurufe)

Detlef Buder [SPD]:

Ich kenne die Diskussion. Wir haben sie beide schon in der letzten Legislaturperiode geführt. Ich bin da aus ökologischen Gründen anderer Meinung als Sie. Ich weiß, dass er so argumentiert hat. Ich glaube aber, dass er damit eine Tür aufgeschlossen hat, um uns die Anmeldung zum Naturerbe überhaupt zu gestatten.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abgeordneten Lothar Hay [SPD])

Präsident Torsten Geerds:

Für die FDP-Fraktion erteile ich Herrn Kollegen Oliver Kumbartzky das Wort.

Oliver Kumbartzky [FDP]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir beschäftigen uns heute mit einem Antrag der Grünen, der auf den ersten Blick sehr zeitgemäß erscheint. Natürlich schockiert die Ölkatastrophe im Golf von Mexiko uns alle, zumal die globalen Folgen noch nicht absehbar sind. Frau Fritzen, Sie sagten es ja gerade selber, die Mittelplate ist nicht im Ansatz vergleichbar mit der Deepwater Horizon.

(Zuruf der Abgeordneten Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Dann wundere ich mich aber, dass Sie sich in zwei Dritteln Ihrer Rede auf die gesunkene Bohrinsel beziehen.

(Zuruf der Abgeordneten Ranka Prante [DIE LINKE])

- Danke, ich bin dran.

Meine Damen und Herren, Fakt ist, dass das schleswig-holsteinische Wattenmeer eine weltweit einzigartige Naturlandschaft ist, und es gehört nicht umsonst zum UNESCO-Weltnaturerbe. Fakt ist auch, dass sich vor der Nordseeküste, am südlichen Rand des Nationalparks, die größte deutsche Erdöllagerstätte namens Mittelplate befindet. Die **Mittelplate** wird seit Oktober 1987 von der gleichnamigen Bohr- und Förderinsel Mittelplate A erschlossen. Es gibt eine rechtmäßig erteilte Genehmigung zur Ölförderung, und diese genießt seit jeher **Bestandsschutz**. Mit der Aufnahme der Förderinsel Mittelplate A in das Nationalparkgesetz wurde die rechtliche Grundlage für den Bestandsschutz geschaffen, und wenn ich mich recht entsinne, haben auch die Grünen damals dafür gestimmt.

Übrigens ist dieser Bestandsschutz - wie es schon angeklungen ist - Bestandteil der Weltnaturerbe-Anmeldung gewesen, und die Errichtung einer neuen Fördereinrichtung im Nationalpark ist definitiv ausgeschlossen. Diese Frage stellt sich also gar nicht.

Die Grünen fordern nun mit den Punkten 1 und 2 die Landesregierung auf, sich **gegen die weitere Ölförderung** im Nationalpark Wattenmeer nach **Ablauf der bestehenden Fördererlaubnis 2011** einzusetzen, und sich dafür starkzumachen, dass die Ölförderung im **Wattenmeer** baldmöglichst komplett eingestellt wird. Dabei ist nun festzuhalten,

dass die Fördererlaubnis vom Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie erteilt wird. Rechtliche Grundlage sind die §§ 153, 8 und 16 Bundesberggesetz, wonach eine verantwortungsvolle Betriebsführung sowie nachgewiesene Ressourcen Voraussetzung für die Bewilligung sind. Beide Punkte treffen zu.

Meine Damen und Herren, das **Grundprinzip** bei der **Ölförderung der Mittelplate** ist die zuverlässige **Abschottung vom Wattenmeer**. Die vollkommene Abschottung der Insel durch eine flüssigkeitsdichte Stahl- und Betonwanne sowie ein lückenloses Entsorgungssystem für den Bohrbetrieb gewährleisten zuverlässigen **Umweltschutz**. Herr Buder sagte es ja bereits, Bohr- und Förderbetrieb sind durch komplexe **Überwachungs- und Steuerungssysteme** mehrfach abgesichert und laufen seit Förderbeginn störungsfrei. Seit 1987 läuft das alles störungsfrei.

Umweltberichte von neutralen Forschungsinstituten belegen, dass die Arbeiten keine nennenswerten Auswirkungen auf die Umwelt verursachen. Liebe Kolleginnen und Kollegen von den Grünen - auch wenn nur noch drei hier sind -, nun aufgepasst. Selbst Greenpeace sagt: Mittelplate ist eine der sichersten Bohrinseln weltweit. Das kann ich wirklich nur unterstreichen.

(Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Darum geht es gar nicht!)

Die Mittelplate ist nicht nur die größte deutsche Erdöllagerstätte und das förderstärkste Ölfeld Deutschlands, mit zwei Dritteln der nationalen Rohölreserven ist Mittelplate auch das einzige deutsche Ölfeld mit Zukunft. Die Förderung trägt nicht unerheblich zur Verringerung der Importabhängigkeit Deutschlands bei und leistet einen wichtigen Beitrag zur Versorgungssicherheit.

Der **volkswirtschaftliche Wert** beträgt mehrere Milliarden €. Die Mittelplate sichert mehrere Hundert Arbeitsplätze sowohl bei der Rohölgewinnung als auch bei der Weiterverarbeitung in der Raffinerie Heide und natürlich auch im Chemiepark Brunsbüttel.

Sie sehen: Die Ölgewinnung hat eine große Bedeutung für Schleswig-Holstein, da das Öl nicht um die halbe Welt verschifft, sondern in der Region aufbereitet und weiterverarbeitet wird. Auch die Einnahmen aus dem Rohölförderzins möchte ich nicht unerwähnt lassen.

Wie ich eben ausgeführt habe, ist die Genehmigung zur Ölförderung rechtmäßig erteilt, und sie genießt

(**Oliver Kumbartzky**)

Bestandsschutz. Liebe Kolleginnen und Kollegen von den Grünen, daher sehe ich nicht nur keinen Sinn, sondern auch keine politische Möglichkeit, die Förderung zu stoppen. Die ersten beiden Punkte in Ihrem Antrag erübrigen sich damit. Einer **Verlängerung der Förderbewilligung** steht nichts im Wege.

Zum Ihrem dritten Punkt brauche ich eigentlich gar nicht viel zu sagen. Sie fordern, dass sich die Landesregierung dafür einsetzen möge, dass neue Anlagen zur **Ölförderung in der Nordsee** nicht genehmigt werden, auch nicht außerhalb der Grenzen des Nationalparks Wattenmeer. Unsere Landesregierung kann - bei aller Wertschätzung - wohl kaum Ölförderungen in der gesamten Nordsee verbieten.

Zu Ihrem letzten Punkt kann ich Sie auf die FFH-Richtlinien und das Bundesnaturschutzgesetz hinweisen. In beiden heißt es, dass Pläne und Projekte vor ihrer Zulassung oder Durchführung eine Prüfung auf Verträglichkeit mit den für dieses Gebiet festgelegten Erhaltungszielen erfordern. Somit ist auch jetzt schon eine **Verträglichkeitsprüfung** gesetzlich vorgeschrieben, und damit erübrigt sich auch dieser Punkt Ihres Antrags.

Ich beantrage Abstimmung in der Sache. Die FDP-Fraktion wird den Antrag ablehnen.

(Beifall bei FDP und CDU)

Präsident Torsten Geerds:

Das Wort für die Fraktion DIE LINKE hat Frau Kollegin Ranka Prante.

Ranka Prante [DIE LINKE]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! „Ölbohrungen im Meer und wie das in einer Katastrophe endet“. - Unter dieser Überschrift kann man die Geschehnisse, die sich zurzeit im Golf von Mexiko vor der amerikanischen Küste abspielen, zusammenfassen. Das grüne Image, welches sich BP in den letzten Jahren zu Unrecht erworben hat, ist durch diese Katastrophe hinweggeschwemmt worden. Auch wenn es eine andere Förderungsart ist, als wir sie im Wattenmeer haben, hat kurz vor der Katastrophe - was ich eben schon eingeworfen habe - Obama die Sicherheit der Ölplattform gepredigt. Dieses Beispiel sollte uns Mahnung und Warnung genug sein, um die Landesregierung heute mehrheitlich aufzufordern, sich energisch gegen jetzige und zukünftige Ölbohrungen im Watt einzusetzen.

(Beifall bei der LINKEN und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es muss endlich das Bundesbergrecht um die Bestimmungen der **FFH-Richtlinie** ergänzt werden. Erst dann werden wir das Weltnaturerbe Wattenmeer wirklich sichern können.

Was mich auch sehr wundert - ein kleiner Einschub -, ist die Tatsache, dass die Grünen am 26. Februar 2009 die Drucksache 16/2455 abgelehnt haben. Zur Erinnerung: Es ging um „Keine Enklaven im Weltnaturerbe Wattenmeer“. Jeder kann seine Meinung aber ändern, und ich danke Ihnen für diese Reflexion.

(Beifall bei der LINKEN, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie müssen die Begründung lesen!)

- Habe ich. - Uns kann keiner die Sicherheit geben, dass so eine Katastrophe wie im Golf von Mexiko auch im Wattenmeer nicht geschehen kann. Uns reicht allein diese potenzielle Gefahr, um die schnellstmögliche **Beendigung der Ölförderungen** in unserem **Wattenmeer** zu verlangen.

(Beifall bei der LINKEN, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Ich zitiere mit Genehmigung:

„Das Wattenmeer ist eines der größten küstennahen und gezeitenabhängigen Feuchtgebiete der Erde.“

Das sagt Walter Hirche, Vorsitzender der UNESCO-Kommission, der übrigens auch als Mitglied der FDP langjähriger Wirtschaftsminister Niedersachsens war. Weiter führt er aus, dass das Wattenmeer ein einzigartiges Ökosystem mit einer besonderen Artenvielfalt sei. Warum sollen wir das nicht richtig schützen?

(Beifall bei der LINKEN, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Es wird nun auch Zeit, danach zu handeln. Beginnen Sie unverzüglich! Auch Ihnen, liebe Abgeordnete der CDU, sollte der Schutz der Heimatregion - Ihrer Heimatregion und auch meiner - am Herzen liegen.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Robert Habeck [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wofür sollte man auch diese Einzigartigkeit gefährden für 30 Millionen Liter möglichen Öls? - Ich bitte Sie, was ist das? Ich kann es nicht nachvollziehen.

Sollte sich die Landesregierung für die Ölbohrungen im Wattenmeer aussprechen, die über 2011

(Ranka Prante)

hinausgehen, verschließt die Regierung erneut die Augen vor den Gefahren.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich möchte noch einen kurzen Einschub bringen: Von der CDU und auch von der FDP kamen eben Aussagen wie, es seien 600 **Arbeitsplätze** in Gefahr. Ich weiß, dass das **Weltnaturerbe** die **Tourismusbranche** unterstützt. Wenn wir das jetzt auf ganz Schleswig-Holstein übertragen, sind es 10.000 Arbeitsplätze. Darüber sollten Sie noch einmal nachdenken. Deswegen werden wir den Antrag auf jeden Fall unterstützen, auch wenn es kein neuer ist. Wir hoffen, dass wir damit endlich einen Weg zum Schutz der Natur ebnen können.

(Beifall bei der LINKEN, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Präsident Torsten Geerds:

Für die SSW-Fraktion erteile ich Herrn Abgeordneten Lars Harms das Wort.

Lars Harms [SSW]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Ölpest im Golf von Mexiko hat wieder einmal gezeigt, dass keine Technik und keine Vorschrift hundertprozentige Sicherheit gewährleisten kann. Der Schaden, der jetzt dort entsteht, hat unabsehbare negative Auswirkungen auf die Natur, die Menschen und auch auf die Wirtschaft. Auch wenn die Bohr- und Förderinsel Mittelplate A mit Tiefseebohrinseln nicht vergleichbar ist, so kann niemand für die **Mittelplate A** eine hundertprozentige **Sicherheit** gewährleisten. Die gibt es einfach nicht, und darüber müssen wir uns im Klaren sein. Das ist natürlich auch eine Bedrohung für die Natur und auch für die Wirtschaft bei uns an der Westküste.

Das **Wattenmeer** ist ein hochsensibler, weltweit einzigartiger Lebensraum und ein Ökosystem, das dem Schutz des Nationalparkgesetzes sowie der europäischen Richtlinie NATURA 2000 unterliegt und von der UNESCO zum Weltnaturerbe der Menschheit erklärt wurde. Diese **Schutzkategorien** sind berechtigt und wurden vom SSW unterstützt. Denn es gilt, diese Einmaligkeit zu schützen und zu bewahren.

Für alle diese Schutzkategorien gilt, dass im Anmeldeverfahren oder im Gesetzgebungsverfahren immer wieder auf den Bestandsschutz der Bohr- und Förderinsel hingewiesen wurde. Aus diesem Grund hat die Mittelplate A immer wieder einen **Sonderstatus** erfahren. Sie ist daher explizit im

Nationalparkgesetz berücksichtigt, und im Anmeldeverfahren zum Weltnaturerbe wurde hierauf besonders Bezug genommen, was von uns als SSW nun wirklich nicht geteilt wurde.

Nach Auffassung des SSW haben Bohr- und Förderinseln nichts im Wattenmeer zu suchen.

(Beifall bei der LINKEN)

Die Erdölförderung im Wattenmeer hat nichts mit traditioneller Nutzung zu tun, aber im Zusammenhang mit dem Nationalparkgesetz war die **Ausnahmeregelung** damals politisch das einzig Machbare.

Wenn es aber darum geht, dass die **Konzession** zur Erdölförderung im nächsten Jahr ausläuft, ist die Position des SSW klar und deutlich: Sie darf nicht verlängert werden.

(Beifall bei SSW, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Wir fordern die Landesregierung daher auf, mit RWE Dea den Ausstieg aus der Ölförderung im Wattenmeer dingfest zu machen. Es darf auch keine Hintertür oder Möglichkeit geben, die es dem Konzern ermöglicht, **Explorationsbohrungen** durchzuführen oder von außen in den Bereich des Wattenmeeres hinein nach Öl zu bohren. Hier gilt es von vornherein alles Machbare zu tun, um zu verhindern, dass von anderer Stelle kilometerweit entfernte Ölfelder im Nationalpark abgepumpt werden.

Nur so können wir das Szenario verhindern, dass, nachdem die Ölquellen unter dem Watt ausgebeutet sind, möglicherweise in einigen Jahren oder Jahrzehnten CO₂ aus Kohlekraftwerken dort eingelagert wird. Der Dreck aus Kohlekraftwerken wird so direkt unter einem Nationalpark und Weltnaturerbe gelagert werden. Das widerspräche ebenfalls den Zielen des Nationalparks und des Weltnaturerbes. Das kann nicht Ziel der Landesregierung sein. Ziel muss es vielmehr sein, weitere Bohrungen und auch andere zukünftig möglich erscheinende **industrielle Nutzungen unseres Wattenmeers** zu verhindern. Die Konzession darf daher nicht verlängert werden, und es dürfen keine weiteren Konzessionen erteilt werden, die den Zielen von nationalen und internationalen Schutzkategorien entgegenstehen.

Aus diesem Grund ist die Forderung nach einer **Anpassung des Bundesbergrechts** an bestehende **FFH-Richtlinien** nur logisch, weil sie immer noch fehlt.

(Vereinzelter Beifall bei der LINKEN)

Umweltverträglichkeitsverfahren und ähnliche Genehmigungsverfahren sind deswegen kürzer und

(Lars Harms)

nicht so intensiv wie alles andere, was sich eben nicht nach Bergrecht richtet. Deshalb muss man diese Regelung ändern, und es stünde der Landesregierung gut zu Gesicht, sich für diese Änderung auch entsprechend stark zu machen.

(Beifall bei SSW, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Derart weitreichende Auswirkungen auf Schutzgebiete durch die Ölförderung dürfen nicht stillschweigend durchgewunken werden, ohne entsprechende Beteiligung der Öffentlichkeit oder der Umweltprüfung.

Daher fasse ich noch einmal zusammen. Erstens. Was jetzt schon rechtlich machbar ist, muss gemacht werden. Zweitens. Die rechtlichen Grundlagen müssen auf jeden Fall angepasst werden. Drittens. Mit RWE Dea muss jetzt schon umgehend über einen Ausstieg aus der Ölförderung im Wattenmeer verhandelt werden. Das ist der erste Schritt, der auf jeden Fall gemacht werden kann und den man auch auf jeden Fall machen sollte.

Selbstverständlich müssen sämtliche Gesetze auch entsprechend geändert werden. Das sind wir den Menschen an der Westküste schuldig. Man darf nämlich nicht vergessen, dass die Raffinerie in Hemmingstedt zwar 500 Arbeitsplätze hat. Sie werden aber auch erhalten bleiben, weil der **Hauptteil des Öls**, das dort raffiniert wird, **von Schiffen**, die in Brunsbüttel oder auch an anderen Stellen anlanden, **kommt**. Deswegen ist das nicht unbedingt Existenz sichernd. Wenn ich dann noch die letzten 100 Arbeitsplätze der RWE Dea sehe, so bin ich ziemlich sicher, dass dieser Riesenkonzern auch diese Menschen beschäftigen kann. Man muss nur vorher einmal darüber reden, und dann klappt das auch. Wichtiger ist aber tatsächlich unser Nationalpark Wattenmeer und sein Schutz. Unser aller Ziel sollte sein, dass wir die Grundlagen für die Menschen dort vor Ort erhalten. Das sichert und fördert Arbeitsplätze vor Ort im Tourismus und auch im Naturschutz, der inzwischen ein größerer Arbeitgeber an der Westküste ist als die Ölförderung.

(Beifall bei SSW, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Präsident Torsten Geerds:

Für einen Dreiminutenbeitrag erteile ich Herrn Abgeordneten Dr. Michael von Abercron von der CDU-Fraktion das Wort.

Dr. Michael von Abercron [CDU]:

Herr Präsident! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Über die Risiken und vor allem den Schutz des Wattenmeeres gibt es hier im Haus überhaupt keine verschiedenen Meinungen. Wir müssen alles tun, um das Wattenmeer in seiner derzeitigen Qualität zu halten. Bei der **Bewertung** des tatsächlichen **Risikos** sehe ich aber schon Unterschiede. Wir sollten uns einmal einige Gedanken machen, wie wir die tatsächlichen Risiken bewerten. Sie legen sicherlich nicht so sehr in der Mittelplate, sondern bei den beinahe 250 **Bohrinseln in der Nordsee**. Wir sollten darüber nachdenken, wie wir dort Regelungen internationaler Abkommen finden, um das sicherer zu machen.

(Zuruf der Abgeordneten Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Denn von dort ist die Gefahr weitaus größer, wie wir jetzt gerade an dem aktuellen Fall in Norwegen gemerkt haben, als möglicherweise von der Mittelplate.

Ein zweiter Punkt - der ist auch besonders wichtig - ist der **Schiffsverkehr**. Wir alle kennen den Fall „Pallas“, bei dem nur etwa 30 bis 40 Tonnen eine große Katastrophe ausgelöst haben, die vom damaligen Umweltminister völlig unterschätzt worden ist. Heute fließen allein an einem Tag 70.000 Tonnen Öl vor der Küste der USA aus. Das zeigt, welche Risiken der Schiffsverkehr hat. Es ist deswegen gut gewesen, dass es ein Havariekommando gibt und alles das, was dazu beiträgt, mehr Sicherheit auch im Katastrophenfall zu schaffen, weil dieses Risiko nicht ganz auszuschließen ist.

Ein weiterer wichtiger Punkt, den ich ansprechen möchte, ist - und da teile ich auch Ihren Gedanken - ist das **Bergrecht**. Hier sollten wir uns auch noch einmal im Umwelt- und Agrarausschuss überlegen, wie der Stand auf **Bundesebene** ist. Denn alle Bemühungen, das bisher auch von Schleswig-Holstein aus zu verändern, sind bisher an den Bedenken der anderen Bundesländer gescheitert. Daher sehe ich hier gemeinsame Ansatzpunkte. Das sollten wir auch tun.

(Beifall bei CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Torsten Geerds:

Das Wort zu einem weiteren Dreiminutenbeitrag erteile ich dem Herrn Kollegen Detlef Matthiessen.

Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Vielen Dank, Herr Präsident. - Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich wollte auf einige Beiträge eingehen. Wir haben von mehreren Rednern gehört, dass im Laufe der vergangenen Betriebsjahre keine Unfallereignisse zu beobachten waren. Das schließt kommende Fehler nicht aus. Man könnte sogar sagen: Wenn ein Fehlereignis innerhalb eines gewissen Zeitraums nicht eintritt, erhöht sich die **Fehlerereigniswahrscheinlichkeit** sogar. Das ist jetzt aber eine statistische Spitzfindigkeit.

Ich bin Herrn Dr. von Abercron für seinen Beitrag ausgesprochen dankbar. Es ist richtig, dass wir uns mit diesen **Gefahrenpotenzialen** offensiv auseinandersetzen müssen, und insbesondere, dass wir von Schleswig-Holstein aus darauf einwirken müssen, dass das **Bergrecht** endlich den **Standards der allgemeinen Umweltgesetzgebung** mit den allgemeinen Beteiligungsverfahren angepasst wird.

In Richtung FDP bemerke ich: Sie sagten, es gebe eine **Genehmigung**, die sei auf Dauer erteilt, daher könne man nichts machen. Ich mache Sie darauf aufmerksam, dass unser Rechtssystem eine Fülle von nachträglichen Befristungsmöglichkeiten hat. Denken Sie nur etwa daran, dass Gefahrenpotenziale erst im Nachhinein, im Laufe der Zeit erkannt werden. Auch dies begründet eine nachträgliche Befristung. Es gibt auch noch andere Dinge. Insofern ist diese Argumentation schlicht falsch.

Was mich vor allen Dingen veranlasst hat, mich zu einem Dreiminutenbeitrag zu melden, war der Beitrag von Herrn Dr. von Boetticher. Ich bin ein Stück verärgert oder entsetzt über das, was Sie gemacht haben. Sie stehen zu einer Zwischenfrage an Herrn Buder auf und sagen, die **Ausnahmegenehmigung**, die wir mühsam zusammen errungen haben - es gab dazu noch einen Antrag des SSW - -

(Zuruf des Abgeordneten Lars Harms [SSW])

Es ist keineswegs so, dass die UNESCO gesagt hat: „Hurra, da ist ein Ölfeld, das funktioniert ja so gut, darum stört es uns nicht und deshalb definieren wir dort so eine Insel“. Das war ja noch vor der Zeit Ihrer unfreiwilligen Atomministerschaft und Sozialministerschaft. Sie waren Umweltminister des Landes. Sie müssten es ganz genau wissen,

(Dr. Christian von Boetticher [CDU]: Genau!)

dass die UNESCO dort wesentliche Bedenken hatte und keineswegs gesagt hat: „Hurra, Ölförderung in

einem Nationalpark, das ist aber klasse, das gehört dahin“.

(Dr. Christian von Boetticher [CDU]: Das habe ich doch gar nicht gesagt!)

Sie haben gesagt, indem diese Ausnahmegenehmigung - schwer errungen - erteilt worden sei, habe ein Einverständnis geschlussfolgert werden müssen. Das ist mitnichten der Fall. Sie wissen es besser.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deshalb sage ich Ihnen: Das war ein demagogischer Beitrag von Ihnen, Herr von Boetticher. Gewöhnen Sie sich so etwas ab.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Torsten Geerds:

Das Wort hat jetzt der Minister für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr, Herr Jost de Jager.

Jost de Jager, Minister für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Zunächst zu den mehrfachen Versuchen in dieser Debatte, eine Überleitung von der schrecklichen Katastrophe im Golf von Mexiko zum Wattenmeer zu machen. Ich glaube, wir alle teilen die Bestürzung über das, was dort stattfindet,

(Beifall bei CDU und FDP)

auch die Bestürzung darüber, dass es einem High-Tech-Konzern nicht gelingt, das einzudämmen. Da sind wir uns wohl alle einig. Das zu nehmen, eine Brücke zu bauen und zu sagen, das könne im Wattenmeer auch passieren, ist ein bisschen unlauter.

(Zurufe von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es kann nicht passieren, weil das, was im **Golf von Mexiko** passiert, rein physikalisch im **Wattenmeer** nicht passieren kann. Die Mittelplate steht auf dem Wattenboden und kann mithin nicht sinken. Das ist ein großer Unterschied. Die übertägigen Absperrventile der Produktionsbohrungen befinden sich im massiven Betonkeller der Mittelplate und nicht in 1.500 m Wassertiefe. Außerdem sind die Bohrungen mit untertägigen Absperrventilen gesichert. Die Lagerstätte der Mittelplate wird durch die Förderung im weiteren Betrieb druckentlastet, weil das Öl heraufgepumpt werden muss. Das ist Riesenumterschied. Es sprudelt nicht. Das heißt, das, was im Golf von Mexiko stattfindet, dass einfach Öl austritt, dem man nicht Herr wird, kann dort gar nicht stattfinden. Die Bohr- und Förderinsel Mittelplate

(Minister Jost de Jager)

ist eine wasserdichte Wannenkonstruktion, von der kein Rohöl ins Meer gelangen kann.

(Beifall bei CDU und FDP)

Das zu der denklogisch gewagten Konstruktion des Kollegen Matthiessen, der sagt, weil 20 Jahre kein Unfall stattgefunden hat, ist wahrscheinlich, dass jetzt einer stattfindet. Das ist ausgesprochen schwierig. Nach dem, was ich eben über die technische Auslegung der Mittelplate vorgetragen habe, ist das gar nicht denkbar.

Aus dem Ölunfall im Golf von Mexiko vor der amerikanischen Küste die Schlussfolgerung zu ziehen, wir sollten aus der Ölförderung im Schleswig-Holsteinischen Wattenmeer auf der **Mittelplate** aussteigen, halte ich für falsch. Über 50 % der deutschen Erdölproduktion stammen aus dem Feld Mittelplate. Die Bohr- und Förderinsel Mittelplate stellt zusammen mit der Landstation Dieksand und dem Transportsystem nach Brunsbüttel zur Raffinerie in Heide einen integrierten hochmodernen Hightech-Betrieb dar.

Für die schleswig-holsteinische Westküste ist dieser Betrieb ein wichtiger Wirtschaftsfaktor, nicht zuletzt auch durch die Vielzahl von qualifizierten Arbeitsplätzen, davon knapp 100 direkt im Förderbetrieb in Friedrichskoog und 500 in der Raffinerie in Heide. Herr Harms hat Recht, dass dort nicht ausschließlich das Öl aus Mittelplate verwertet wird. Gleichzeitig wissen Sie genauso gut wie ich, Herr Harms, dass es zu einer Veräußerung der Raffinerie kommt, weil sie in einem europaweiten Vergleich als klein gilt. Wenn man dort also weiteres Geschäft abzieht, sichert das den Standort mit Sicherheit nicht.

Das Land Schleswig-Holstein erzielt jedes Jahr bedeutende Einkünfte durch die **Förderabgaben** aus der Erdölgewinnung. Auch das ist etwas, was gut in das Diskussionsfeld der Landtagsdebatte fällt, die wir gerade haben. In den letzten 23 Jahren seit der Aufnahme des Betriebs im Jahr 1987 kam es zu keinem Ölschaden, wie ich bereits sagte. Damit ist bewiesen, dass eine Ölförderung auch in einem so sensiblen Gebiet wie dem Wattenmeer möglich ist.

Es ist richtig, wie es in dem Antrag heißt, dass die **Bewilligung** Heide-Mittelplate 1 am 21. Dezember 2011 ausläuft. Anders, als es im Antrag steht, ist aber eine Verlängerung von RWE beantragt. Es ist übrigens vorgesehen, die Bewilligung bis zum 31. Dezember 2041 zu verlängern.

Rechtliche Genehmigungsgrundlage für den Betrieb der Bohr- und Förderinsel ist der bergrechtli-

che Rahmenbetriebsplan für die Teilentwicklung des Erdölfeldes im Wattgebiet der Nordsee, zugelassen am 3. Mai 1985 ohne Befristung.

Die fordern uns auf, „alle rechtlichen und politischen Möglichkeiten auszuschöpfen, damit die Ölförderung ... eingestellt wird“. Ich sage Ihnen, das Nationalparkgesetz - das ist schon gesagt worden - sieht ausdrücklich vor, die Erdölbohrung und -förderung ausschließlich von der genehmigten Bohr- und Förderinsel Mittelplate A im Einvernehmen mit dem Nationalparkamt vorzusehen und zuzulassen. Über die weiteren erteilten und gültigen Rechtstitel habe ich schon berichtet. Es gibt noch eine Reihe anderer Verordnungen, die dies ermöglichen.

Sie fordern die Landesregierung weiter auf, „sich dafür einzusetzen, dass neue Anlagen zur Ölförderung in der Nordsee nicht genehmigt werden, auch nicht außerhalb der Grenzen des Nationalparks Wattenmeer“. Dazu möchte ich Folgendes sagen: Die Entscheidung über die **Genehmigung neuer Anlagen zur Ölförderung** richtet sich nach den Vorschriften des Bundeswerkgesetzes und des einschlägigen Naturschutzrechts. In der Regel werden diese Entscheidungen auf der Grundlage vorher durchgeführter Umweltverträglichkeitsprüfungen, Flora-Fauna-Habitat-Verträglichkeitsprüfungen und Artenschutzverträglichkeitsprüfungen getroffen. Im Bereich des Welterbegebietes Wattenmeer sollen nach § 6 Abs. 3 des Gesetzes neue Ölförderanlagen nicht errichtet werden. Insofern ist dieser Punkt erledigt.

Sie fordern die Landesregierung weiter auf, „eine **Bundesratsinitiative** auf den Weg zu bringen, um zu erreichen, dass die Bestimmungen der FFH-Richtlinie vollständig in das Bundesbergrecht integriert werden und sichergestellt wird, dass zukünftig sowohl die Erteilung als auch die Verlängerung einer Bergbauberechtigung in Natura-2000-Gebieten ... einer Verträglichkeitsprüfung unterzogen wird“. Ich habe eben schon gesagt, dass eine **Verträglichkeitsprüfung** Gegenstand der Genehmigung sein wird, die wir bis zum Jahr 2041 aussprechen werden.

Insofern ist diesem Anliegen auf direktem und indirektem Wege Rechnung getragen. Aus Sicht der schleswig-holsteinischen Landesregierung gibt es erstens keine rechtliche Möglichkeit, sich einer Verlängerung der Betriebsgenehmigung entgegenzustellen. Zweitens gibt es faktisch Notwendigkeit, dies zu tun, weil es keine Gefährdung des Wattenmeeres gibt. Drittens ist die Förderung von Erdöl

(Minister Jost de Jager)

nach wie vor ein wichtiger Teil der Energiestrategie des Landes Schleswig-Holstein.

Präsident Torsten Geerds:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung. Es ist Ausschussüberweisung beantragt worden. Wer der Überweisung des Antrags Drucksache 17/536, an den Umwelt- und Agrarausschuss zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Damit ist der Überweisungsantrag abgelehnt.

Wir stimmen über den Antrag in der Sache ab. Wer dem Antrag, Drucksache 17/536 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer dagegen stimmen möchte, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. - Stimmenthaltungen? - Der Antrag ist mit den Stimmen der Fraktionen der CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE und SSW bei Stimmenthaltung der SPD abgelehnt.

Die Parlamentarischen Geschäftsführer sind übereingekommen, die Tagesordnungspunkte 41 und 42 nicht aufzurufen, sondern auf die Juni-Tagung zu vertagen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 62 auf:

Ausbildung in der Pflege

Bericht der Landesregierung
Drucksache 17/452

Ich erteile dem Minister für Arbeit, Soziales und Gesundheit, Herrn Dr. Heiner Garg, das Wort.

Dr. Heiner Garg, Minister für Arbeit, Soziales und Gesundheit:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Liebe Kollegin Jansen, Ausbildung in der Pflege ist ein Zukunftsthema, also auch für Sie lohnenswert zum Zuhören.

(Zuruf von der SPD)

- Bitte?

(Zuruf von der SPD)

- Ich denke, dass dieses Thema nicht nur die entsprechende Aufmerksamkeit verdient hat, sondern dass es ein wirklich zentrales Thema ist.

(Beifall bei FDP, CDU und SPD)

Die Bedeutung wird in den kommenden Jahren noch weiter zunehmen. Diejenigen, die sich damit schon lange beschäftigen, wissen, es wird in den nächsten Jahren nicht unbedingt leichter werden, motivierten und qualifizierten Pflegekräftenachwuchs zu gewinnen. Der Ausbildungsmarkt wird enger werden. Man wird mehr um die jungen Menschen werben müssen, damit diese den Beruf ergreifen. Ich wünschte mir, dass der Beruf im Bereich der Altenpflege über ein besseres Sozialprestige verfügen würde. Darauf komme ich später noch einmal zurück. Wir arbeiten gemeinsam daran, damit es besser wird.

Der Bericht zeigt aber, dass Schleswig-Holstein hinsichtlich der **Ausbildung** für die **Pflegeberufe** bislang recht gut aufgestellt ist, und zwar qualitativ wie quantitativ. Das gilt derzeit in unterschiedlichem Maße. Lassen Sie mich dazu einige Grunddaten nennen. Für Details verweise ich auf die umfangreich abgefragten Daten in dem vorliegenden schriftlichen Bericht.

Im Bereich der **Krankenpflege** liegt die Zahl der besetzten **Ausbildungsplätze** seit rund 10 Jahren mehr oder weniger stabil bei etwa 2.000. Die Zahl der Ausbildungsplätze in der Kinderkrankenpflege ist zeitgleich rückläufig gewesen. Dabei handelt es sich um eine reguläre und am Bedarf orientierte betriebliche Ausbildung, die nicht durch das Land gefördert wird. Zum Verbleib der Pflegekräfte nach der Ausbildung liegen lediglich Zahlen aus den Ausbildungsbetrieben selbst vor. Diese sind aber nur begrenzt aussagefähig. Das sage ich ganz deutlich. Die Häuser bilden über den eigenen Fachkräftebedarf hinaus aus. In absehbarer Zeit werden sie auf jeden Fall auskömmlich ausbilden.

Etwas anders sieht es in der **Altenpflegeausbildung** aus. In Schleswig-Holstein gibt es derzeit 18 Altenpflegeschulen mit 2.185 genehmigten Schulplätzen. Im vergangenen Jahr waren davon insgesamt 1.664 Plätze mit Auszubildenden der Altenpflege und Altenpflegehilfeausbildung belegt. Das heißt, etwa ein Viertel der genehmigten Plätze war nicht belegt.

Diese Größe belegt, dass es politischen Handlungsbedarf für die Entwicklung der Pflegeberufe gibt. Die Landesregierung hat deswegen derzeit vor allem zwei Handlungsfelder besonders im Fokus. Ich schaue den Kollegen Harms an. Wir diskutieren das Thema seit zwei Legislaturperioden. Das wird nicht weiter überraschen. Es geht um die **Zusammenführung** der drei Fachausbildungen der **Altenpflege, Krankenpflege und Kinderkrankenpflege**, mit der sich aktuell eine gemeinsame Arbeitsgruppe

(Minister Dr. Heiner Garg)

von Bund und Ländern befasst. Ihre Vorschläge zu einem einheitlichen Pflegeausbildungsgesetz und zur Finanzierung einer einheitlichen generalistischen Pflegeausbildung statt bisher drei verschiedener Ausbildungsgänge begleiten wir konstruktiv.

(Beifall bei FDP und SPD)

Zur gemeinsamen Ausbildung kann für Schleswig-Holstein gesagt werden, eine integrative Pflegeausbildung wurde in Schleswig-Holstein modellhaft entwickelt und ist bereits evaluiert. Kurz gefasst geht es dabei um gemeinsames Lernen in der Altenpflege, in der Gesundheits- und Krankenpflege beziehungsweise in der Gesundheits- und Kinderkrankenpflege. Seit dem Jahr 2007 wird diese integrative Ausbildung in Flensburg modifiziert als Regelausbildung durchgeführt.

Zweites Handlungsfeld ist es, den absehbar **steigenden Bedarf** an professionellen **Pflegeleistungen** so zu decken, dass es für Pflegebedürftige und Solidargemeinschaft finanzierbar bleibt. Dafür ist es unumgänglich, unterhalb der Fachkräfteebene eine Pflegeassistentenausbildung anzubieten, die in allen Segmenten des pflegerischen Arbeitsmarktes und in allen Einrichtungen akzeptiert wird. Wenn Sie einen pflegebedürftigen Menschen nehmen und den betreuungs-, pflege- und krankenpflegerischen Bedarf messen würden - das Wort „würden“ setze ich dabei in Klammern -, stellen Sie fest, dass die Bedarfe sehr unterschiedlich sind. Auch die Anforderungen an den Pflegebedarf sind sehr unterschiedlich.

Nebenbei bemerkt würde eine solche Ausbildung die mit dem Pflegebedarf verbundenen Berufschancen für eine Zielgruppe eröffnen, die bisher noch nicht davon profitieren konnte. Hier ist der Gestaltungsspielraum auf Landesebene größer als bei den bundesgesetzlich geregelten Fachausbildungen. Es werden deswegen vorbereitende Gespräche zwischen den beiden beteiligten Ministerien sowie mit den Vertreterinnen und Vertretern der verschiedenen Einrichtungen, in denen Pflegeassistentenkräfte ausgebildet werden könnten, aufgenommen.

Die personelle Basis der Pflegeausbildung auch zukünftig zu sichern, ist für die Landesregierung und für mich ganz persönlich eine Aufgabe mit hoher Priorität. Es gilt, Versorgungsbedarfe insbesondere von älteren und hoch betagten Menschen in Chancen für jüngere Menschen umzumünzen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Pflege ist ein fordernder, aber auch ein unglaublich verantwortungsvoller und zutiefst mitmenschlicher Beruf.

(Beifall bei FDP und SPD)

Diejenigen, die ihn ausüben, sind oft viel zufriedener, als man im Hinblick auf das von mir zu Anfang angesprochene Image meinen könnte. An der Stelle will ich auch sagen, ich finde es unerträglich, dass über Pflegeberufe und diejenigen, die ihn Altenheimen arbeiten und pflegen, immer nur dann gesprochen wird, wenn vermeintliche oder tatsächliche Pflegemissstände aufgedeckt werden.

(Beifall bei FDP, CDU und SPD)

Nein, es muss auch darüber gesprochen werden, wenn diese Menschen Tag für Tag ordentliche Pflege in den Einrichtungen leisten. Deswegen gilt es, neben der Sicherung des Ausbildungsbedarfs auch nachhaltig den **Ruf** zu stärken, den die **Pflege** in der Öffentlichkeit hat. Daran arbeitet die Landesregierung im Moment intensiv gemeinsam mit den Sozialpartnern, um das Ansehen dieser Berufe weiter zu verbessern. Das haben sie verdient.

(Beifall bei FDP, CDU, SPD und SSW)

Präsident Torsten Geerds:

Für die SPD-Fraktion erteile ich Frau Kollegin Birte Pauls das Wort.

Birte Pauls [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Garg, vielen Dank für diesen Bericht. Das Thema Pflege ist zurzeit in aller Munde, aber ist es auch wirklich in allen Köpfen angekommen? - Pflege muss als Grundlage ganz oft für schöne Sonntagsreden oder Grußworte herhalten. Immer wieder wird betont, was für eine schwere Aufgabe die Pflegenden doch zu leisten haben. Was kommt dann? - Nichts, heiße Luft.

Mit Zustimmung aller Fraktionen hat der Landtag unter der Federführung von Frau Dr. Gitta Trauer nicht das **Selbstbestimmungsstärkungsgesetz** vorgelegt. Es hat die Rechte und Möglichkeiten der Menschen mit Pflegebedarf in allen Bereichen gestärkt, es hat für Transparenz und Schutz gesorgt. Wo aber bleiben die Umsetzungen? - Herr Dr. Garg, wo bleiben die Verordnungen? - Die Einrichtungen und auch die Mitglieder des Sozialausschusses warten händeringend darauf. Sie sind ein halbes Jahr im Amt, und es ist nichts passiert.

Es muss weitergehen, denn Pflege hat zwei Seiten: Diejenigen, die Pflege benötigen, und diejenigen, die pflegen sollen. Die Voraussetzungen sind schwierig. Immer mehr Menschen werden immer

(Birte Pauls)

älter. Gott sei Dank ist es so, ich freue mich über diese medizinische Entwicklung. Es gibt aber immer weniger junge Menschen, und von diesen jungen Menschen wollen immer weniger in die Pflege gehen. Zahlen des deutschen Pflegerates belegen, dass uns in Deutschland in den nächsten zehn Jahren mindestens 77.000 zusätzliche Pflegefachkräfte fehlen werden. Auf Schleswig-Holstein umgerechnet, sind das circa 3.000 Pflegefachkräfte.

Gab es im Jahr 2007 noch 79.081 **pflegebedürftige Menschen** in Schleswig-Holstein, so werden es im Jahr 2025 etwa 115.000 sein. Hier wird der steigende **Bedarf an Pflegefachkräften** deutlich. Leider hat die Landesregierung im Bericht keine Antwort auf unsere Frage gegeben, wie der nötige Ausbildungsbedarf befriedigt wird. Daher appellieren wir an Sie, Herr Dr. Garg, den Landeszuschuss für Ausbildungsplätze im Rahmen Ihrer Sparpolitik nicht zu kürzen, sondern eher noch auszuweiten, wie wir es in der Vergangenheit auch getan haben.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Erschwerend kommt hinzu, dass Altenpflegeschülerinnen und -schüler ihre Ausbildung zum Teil selbst finanzieren müssen. Weiterhin beschreibt der Bericht die **Arbeitsbedingungen** in den Pflegeberufen als demotivierend, sodass die Ausbildung wenig attraktiv für junge Menschen ist. Pflegekräfte haben keine verlässlichen Arbeitszeiten. Sie arbeiten im Schichtdienst und haben einen physisch und psychisch anstrengenden Beruf. Zudem erfahren die Pflegefachkräfte außer in Sonntagsreden keine oder nur geringe gesellschaftliche Anerkennung. Der Lohn ist gering, und die Aufstiegschancen in der direkten Pflege sind begrenzt, es sei denn, man strebt nach abgeschlossener Ausbildung ein Studium an, was sich 40 % der Auszubildenden vorstellen können, die uns dann wieder bei den Patienten fehlen.

Die jungen Menschen, mehrheitlich Frauen, die diesen Beruf wählen, tun dies mit der Motivation, kranken Menschen zu helfen. Sie leiden aber nicht einem Florence-Nightingale-Syndrom, sondern sie stellen sich unter anderem den modernen Anforderungen von Kommunikation, einer ressortübergreifenden Zusammenarbeit sowie technischem, pharmazeutischem, ernährungswissenschaftlichem und medizinischem Wissen. Sie setzen sich mit moralischen, ethischen und kulturübergreifenden Gedanken auseinander, und dann trifft sie der **Alltag**. Das, was sie gestern in der Schule gelernt haben, ist heute im Dienst nicht relevant. In kaum einer anderen **Ausbildung** klafft die Schere zwischen theoretischem Wissen und der Anwendung im Alltag so

weit auseinander. Der Alltag in den Pflegeberufen ist durch einen ständigen Spagat zwischen fachlicher Kompetenz und wirtschaftlichen Zwängen geprägt. Er ist ein Spagat zwischen Menschlichkeit und Geld. Die Minuten geben den Takt vor, nicht der Mensch.

In keinem anderen europäischen Land verlassen so viele Pflegefachkräfte innerhalb von zehn Jahren den Beruf wie in Deutschland. Die Gründe sind Frust, Unzufriedenheit und arbeitsbedingte Erkrankungen. Wir hier an der Grenze zu Dänemark haben ein ganz besonderes Problem: Immer mehr Pflegefachkräfte, nicht nur Ärzte, suchen sich Arbeitsplätze in Skandinavien, weil sie dort bessere Rahmenbedingungen vorfinden. Wer Pflege als Berufswahl nachhaltig attraktiv machen will, der muss die **Arbeitsbedingungen**, in Personalschlüssel, in Karrierechancen, in Vereinbarkeit von Familie und Beruf, in Aus- und Weiterbildung und nicht zuletzt auch in Vergütungen investieren.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Nach langem, zähem Ringen hat die Kommission sich jetzt auf einen **Mindestlohn** in der **Pflege** geeinigt. Er liegt bei 8,50 € im Westen und bei 7,50 € im Osten. Das möge man sich einmal auf der Zunge zergehen lassen. Gott sei Dank ist es nur die Grenze nach unten. Warum? - Weil es immer noch Heime und Betriebe gibt, die Pflegefachkräften unter 5 € pro Stunde bezahlen. Pflegepersonal wird oft und fast ausschließlich als Kostenfaktor angesehen und nicht als Sicherung von Qualität.

Herr Garg, was hat sich eigentlich Ihr Parteikollege, Herr Wirtschaftsminister Brüderle, gedacht, als er die Mitzeichnung des Mindestlohns erst einmal blockierte? - Gott sei Dank ist er zwischenzeitlich schlauer geworden. Er meinte, wir könnten uns das nicht leisten. Auch das möge man sich auf der Zunge zergehen lassen. Hier zeigt sich wieder: Pflege ist in aller Munde, aber in den Köpfen ist sie noch nicht angekommen. Herr Brüderle hatte offensichtlich noch nicht begriffen, um was es hier geht, aber auch das ist typisch für die FDP: Es geht Ihnen ums Geld und nicht um die Menschen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der LINKEN und vereinzelt bei der SPD - Zurufe von der FDP)

In meiner Jugend bin ich viel mit diesen Buttons an der Brust herumgelaufen. Sie kennen sie alle. Darauf stand „Peace“ oder „ATOMKRAFT? NEIN DANKE“. Einer war dabei, auf dem stand: „Stell dir vor, es ist Krieg, und keiner geht hin“. Formu-

(Birte Pauls)

lieren wir das einmal um: Stell dir vor, du bist krank, und keiner kommt, um dich zu pflegen. Lassen wir es bitte nicht so weit kommen. Lassen Sie uns gemeinsam für eine gute Zukunft in der Pflege, für eine bessere Lobby in der Pflege und für unsere Gesellschaft arbeiten. Hier bin ich gern an Ihrer Seite, Herr Dr. Garg. Bis dahin wünsche ich uns allen eine stabile Gesundheit.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Präsident Torsten Geerds:

Frau Kollegin Ursula Sassen hat das Wort für die CDU-Fraktion.

Ursula Sassen [CDU]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir alle können irgendwann ein Pflegefall werden. Daher geht uns dieses Thema auch alle an. Frau Pauls, Sie sagten, der Minister sei ein halbes Jahr im Amt, und es sei noch nichts passiert. Es war nachzulesen, dass die **Verbesserung der Pflege** und der **Rahmenbedingungen** zu seinen wichtigsten Regierungsvorhaben gehört. Ich denke, das wird er in der gebotenen Zeit sorgfältig einleiten.

Wie im Bericht dargelegt, ist in Schleswig-Holstein die **Integration** der beiden im Krankenpflegegesetz geregelten Berufe in der **Kranken- und Kinderkrankenpflege** so weit fortgeschritten, dass eine getrennte Darstellung der Ausbildungssituation nicht mehr sinnvoll schien und in einigen Einrichtungen Kinderkrankenpflegekräfte mit Krankenpflegekräften unterrichtet werden. Dieser Prozess ist angesichts eines drohenden Pflegekräftemangels zu begrüßen. Auch wenn in diesen Bereichen unterschiedliche Anforderungen gestellt werden, fördert Wissen um altersspezifische Besonderheiten in beiden Ausbildungsberufen die Flexibilität.

Die **Konzentration auf größere Krankenpflegesschulen** wird nicht nur als wirtschaftlicher angesehen, sondern eröffnet mit einem größeren Lehrerkollegium und dem Meinungsaustausch der Auszubildenden untereinander auch die Chance einer qualifizierteren Ausbildung. Da die ausbildenden Krankenhäuser auch Träger der Krankenpflegesschulen sind und nicht nur für ihren eigenen Bedarf ausbilden, nehmen sie mit der Ausbildungsbereitschaft eine verantwortungsvolle, dem Gemeinwohl dienende Aufgabe wahr. Dennoch ist festzuhalten, dass die Ausbildungsbereitschaft durch die begrenzten finanziellen Möglichkeiten eingeschränkt ist.

Bei der **Krankenpflege** gibt es im Gegensatz zur Altenpflege keine Förderung aus Landesmitteln. Das Land nimmt vor diesem Hintergrund auch keinen Einfluss auf die Zahl der von den Krankenhäusern vorzuhaltenden Ausbildungsplätze. Im Bericht heißt es dazu: Dieses Prinzip hat sich bewährt. An dieser Stelle bin ich der Auffassung, dass das Land es sich etwas zu einfach macht. Die Finanzierung durch die Krankenkassen entbindet meines Erachtens das Land nicht von der Pflicht, für die zukünftigen Anforderungen einen Gesamtbedarf in allen Pflegebereichen zu ermitteln und eventuell Steuerungsmöglichkeiten zu schaffen.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Aus dem Bericht der Landesregierung geht hervor, dass **Flensburg** sowohl in der Kranken- als auch in der Altenpflege bezüglich der **integrierten Pflegeausbildung** eine herausragende Position einnimmt und wegen der Vielfalt der medizinischen Behandlungsfelder eine komplexe praktische Ausbildung bietet. Da einige Krankenhäuser nicht das gesamte Spektrum der Einsatzbereiche vorhalten, wird dies durch den sogenannten Lernortwechsel ausgeglichen, der von den Trägern in eigener Verantwortung organisiert wird. Bei aller Regelungswut im Gesundheitswesen tut es gut zu lesen, dass auf diesem Gebiet freiwillige Kooperationen möglich sind.

Laut Bericht der Landesregierung werden an den 18 Altenpflegesschulen seit 2009 bis zu 1.170 Ausbildungsplätze mit Landesmitteln gefördert, die im Landeshaushalt mit 4.072.000 € zu Buche schlagen.

Nach der aktuellen, noch nicht abgeschlossenen Bedarfseinschätzung zeichnet sich aber ab, dass ab 2012 jährlich ein steigender Fehlbedarf von circa 460 Pflegekräften, insbesondere in der Altenpflege, zu verzeichnen sein wird.

Um die Herausforderungen der Auswirkungen des demografischen Wandels in der Pflege zu meistern, sind in der Zeit von 2004 bis 2006 14 **Berufsfachschulen** im Lande zur **Ausbildung von Fachkräften für Pflegeassistenz** eingerichtet worden - vom Grundsatz her eine gute Idee!

Der Pflegeassistentenberuf unterhalb der Fachkräfebene könnte vor dem Hintergrund des Fachkräftemangels und der Sicherung professioneller und bezahlbarer Pflegeleistung eine Lücke schließen.

Leider finden die Auszubildenden der Fachkräfte für Pflegeassistenz häufig keine Anstellung, weil ihnen die Praxis fehlt, sodass zu überlegen ist, die-

(Ursula Sassen)

ses Berufsfeld wieder in die **Krankenpflegeschulen zu integrieren** oder gemeinsam mit den Berufsfachschulen praxisbezogene **Ausbildungskonzepte** anzustreben.

Wenn sie noch weiterlernen wollen, müssten sie außerdem noch drei weitere Jahre Krankenpflegeausbildung nachschieben. Das wären dann sechs Jahre. Das ist ein zu langer Weg. Es bleiben noch Fragen offen, die im Ausschuss beraten werden. Wir begrüßen, dass Minister Garg dieses Thema vorantreiben und sich damit sicherlich große Mühe geben wird. Aber über allem muss das Bemühen stehen, die Pflegeberufe attraktiver zu gestalten, ihr Ansehen zu stärken, die Pflegekräfte von Zeit fressenden Dokumentationen zu entlasten und ihnen die Freude an ihrem Beruf zurückzugeben.

Ich komme noch zu einer Schlussbemerkung: Laut Mitteilung vom 20. Mai 2010 ist der **Pflegemindestlohn** jetzt beschlossene Sache. Die Beschäftigten im Pflegeheim oder bei ambulanten Diensten, die Pflegebedürftigen beim Waschen, Anziehen, Essen oder Gehen helfen, erhalten 7,50 € im Osten und 8,50 € im Westen. Das soll ab dem 1. Juli 2013 auf 8 € beziehungsweise 9 € pro Stunde angehoben werden. Das ist der erste Schritt.

(Beifall bei CDU und FDP sowie der Abgeordneten Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Ines Strehlau [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Präsident Torsten Geerds:

Das Wort für die FDP-Fraktion erteile ich Frau Kollegin Anita Klahn.

Anita Klahn [FDP]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrter Herr Minister Garg! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich habe Vertrauen zu unserem Minister

(Vereinzelter Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

- das finde ich nett, dass Sie applaudieren -, wenn er sagt, dass es ihm ein ganz wichtiges Anliegen ist. Ich finde es merkwürdig - nach dem Motto: „Gut gebrüllt, Löwe!“ -, wenn Sie ihm vorwerfen, dass nach einem halben Jahr noch nicht umfassend reformiert zu haben.

(Wolfgang Baasch [SPD]: Verordnung!)

Ich frage einfach, wer in den letzten Jahren das Sozialministerium hatte und vieles hätte regeln können, wenn er es gewollt hätte!

(Beifall bei der FDP - Zuruf des Abgeordneten Dr. Ralf Stegner [SPD])

Es ist immer einfach, gegen irgendetwas zu sein. Akzeptieren Sie bitte, dass auch für die FDP das Thema Gesundheit eine große Bedeutung hat. Wir sind der Meinung, dass Menschen in unserem Land sicher sein müssen, dass sie im Krankheits- und Pflegefall versorgt sind.

Wir werden darum auch im Ausschuss sehr gern mit Ihnen darüber beraten, wie eine **flächendeckende Versorgung** sicherzustellen ist und welche Maßnahmen durchgeführt werden müssen.

Der Bericht hat hier die verschiedenen Komplexe sehr gut dargestellt. Er hat auch die Schwierigkeit aufgezeigt, dass in den verschiedenen Bereichen unterschiedliche Finanzierungen der Ausbildung vorhanden sind und auch in der Zukunft geklärt werden muss, wie wir es regeln, dass zwischen der Krankenpflege- und der **Altenpflege-Ausbildung** ein Konsens hergestellt wird, sodass es auch für das Land Schleswig-Holstein finanzierbar ist. Sie erinnern sich sicherlich, dass das Land Schleswig-Holstein in die Finanzierung eingestiegen ist, als der Bund sich zurückgezogen hat. Darin ist begründet, dass es eine gedeckelte Summe gibt, die die **Ausbildungsplätze** damit begrenzt. Ich glaube nicht, dass wir die Verantwortung dafür im Moment unserem Minister in die Schuhe schieben können. Machen Sie es sich bitte nicht ganz so einfach, meine Damen und Herren!

Ich gebe Ihnen völlig recht, dass es merkwürdig und auch nicht wirklich zumutbar ist, jungen Menschen monatlich 290 € aufzubürden, um ihre eigene Ausbildung zu finanzieren. Aber ich bin mir sicher - und ich wiederhole: Ich vertraue Herrn Dr. Garg -, dass wir dort Regelungen finden werden, wie das in Zukunft gestaltet wird.

Wir haben auf **Bundesebene** mit dem Koalitionspartner vereinbart, dass die **Ausbildung der Pflegeberufe** durch ein neues **Berufsgesetz** grundlegend zu reformieren ist.

(Zuruf)

Die Trennung zwischen ambulanter und stationärer Alten-, Gesundheits- und Krankenpflege soll aufgehoben werden und in einen qualifizierten Berufsabschluss münden, der mit vergleichbaren Abschlüssen in der EU vereinbar ist. Damit ist dann auch eine wesentliche Forderung - die Freizügigkeit der Arbeitnehmer - erfüllt.

Es wird eine Bund-Länder-Arbeitsgruppe - beziehungsweise es gibt sie schon - mit konkreten Vor-

(Anita Klahn)

schlagen geben. Darauf warten wir. Der Minister hat es dargestellt, und ich wiederhole mich: Ich freue mich auf die Diskussion im Ausschuss.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der CDU)

Präsident Torsten Geerds:

Das Wort für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erteile ich Frau Kollegin Dr. Marret Bohn.

Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! CDU und SPD, FDP und Grüne, LINKE und SSW: Wir alle haben etwas gemeinsam.

(Zuruf des Abgeordneten Ulrich Schippels [DIE LINKE])

Genau wie der Landessenorenrat und alle, die in Schleswig-Holstein krank oder pflegebedürftig werden, wünschen wir uns für uns und unsere Angehörigen eine gute Pflege.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, der LINKEN und SSW sowie vereinzelt bei CDU und FDP)

Für eine **gute Qualität in der Pflege** brauchen wir eine **gute Ausbildung**. Deswegen bedanke ich mich im Namen meiner Fraktion bei der Kollegin Frau Pauls für den Antrag und bei Herrn Minister Garg für den Bericht.

Es klingt durchaus positiv, wenn der Sozialminister eine **Neuordnung der Altenpflegeausbildung** ankündigt. Es klingt durchaus positiv, dass sich eine Bund-Länder-Arbeitsgruppe zur Neuordnung der Pflegeberufe gegründet hat. Es klingt durchaus positiv, wenn es Bestrebungen der Länder gibt, die **Pflegeassistentenausbildung** untereinander abzustimmen. Aber ich frage Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen: Meinen Sie wirklich, dass diese Maßnahmen ausreichen werden?

Wenn wir uns über die Ausbildung in der Pflege unterhalten, dann sollten wir diejenigen zu Wort kommen lassen, die auf der Suche nach einem Ausbildungsplatz sind.

Welcher Beruf ist interessant für mich? Welchen Schulabschluss brauche ich dafür? Wieviel verdiene ich später? - Das sind die Fragen, die sich junge Menschen in Schleswig-Holstein stellen, wenn sie sich für einen Ausbildungsplatz bewerben. Wenn

die Ausbildung erfolgreich abgeschlossen ist, geht es an die Arbeitsplatzsuche. Je attraktiver der Arbeitsplatz, desto besser und zahlreicher die Bewerbungen. Auch das wissen wir alle. Schichtdienst, Nachtschichten und Arbeit an Sonn- und Feiertagen machen einen Beruf nicht attraktiver.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die **Attraktivität des Pflegeberufs** kann nur dann gesteigert werden, wenn die **Arbeitsbedingungen** verbessert werden. Hierzu gehört eine angemessene Personalbemessung, hierzu gehört gesellschaftliche Anerkennung, und hierzu gehört auch eine angemessene Bezahlung.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, SSW und der LINKEN)

Auf Bundesebene hat die Pflegekommission nach langen Verhandlungen einen **Mindestlohn** festgesetzt. Frau Pauls hat schon darauf hingewiesen. Bundeswirtschaftsminister Brüderle von der FDP blockierte bis gestern diese Absprache. Noch nicht einmal 8 € brutto war Herrn Brüderle eine gute Pflege wert. Das ist ein Schlag ins Gesicht für alle diejenigen, die diesen anstrengenden Beruf jeden Tag ausüben.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, SSW und der LINKEN)

Es sind überwiegend Frauen, die in den Pflegeberufen arbeiten.

Zum Glück hat sich Frau von der Leyen eingeschaltet. Jetzt kommt der Mindestlohn, er soll allerdings bis Ende 2014 befristet werden. Planungssicherheit und Verlässlichkeit für die Beschäftigten sehen anders aus.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Das sollten wir Herrn Brüderle nicht durchgehen lassen.

Herr Minister Garg, wo bleibt da Ihr Aufschrei?

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zuruf von Minister Dr. Heiner Garg - Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Jetzt kommt er!)

Sie sagen gelegentlich, die Pflege würde Ihnen am Herzen liegen, und das glaube ich Ihnen auch. Was tun Sie, um Ihre Parteigenossen eines Besseren zu belehren?

(Zuruf von Minister Dr. Heiner Garg)

Präsident Torsten Geerds:

Frau Kollegin, ich unterbreche Sie ganz kurz. - Zwischenbemerkungen von der Regierungsbank sind auch heute am Freitag nicht erlaubt.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Danke, Herr Präsident.

Herr Minister, Sie sprechen gern von Ihrem politischen Gewicht.

(Zuruf von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Oha!)

Ich erwarte von Ihnen, dass Sie hier Ihr politisches Gewicht in die Waagschale werfen. Die **Pflegekommission** hat einen Kompromiss erzielt, der jetzt auch dauerhaft umgesetzt werden muss.

Eines sage ich Ihnen auch ganz deutlich: Ich wünsche mir, dass alle, die in Schleswig-Holstein eine Ausbildung in der Pflege machen, später im Beruf gute Arbeitsbedingungen haben. Das gilt für die **Krankenpflege** genau so wie für die **Altenpflege**. Dafür wird sich meine Fraktion so lange einsetzen, bis wir das Ziel erreicht haben. Die **Anzahl der Pflegebedürftigen** wird in steigen, das haben wir auch schon gehört. Auch die Anzahl der **Demenzkranken** wird steigen. Für sie brauchen wir besondere Pflegeformen. In der Pflege können daher in den nächsten Jahren bei uns viele Arbeitsplätze entstehen, und die brauchen wir auch in Schleswig-Holstein.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wer eine gute Pflege will, der muss sich für sie starkmachen.

(Minister Dr. Heiner Garg verlässt seinen Platz)

- Auf Wiedersehen, Herr Minister!

Dazu gehört eine gute Ausbildung, dazu gehört eine gute Bezahlung, und dazu gehört gesellschaftliche Anerkennung und Wertschätzung. Für all dies werde ich mich im Namen meiner Fraktion auch weiterhin einsetzen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Präsident Torsten Geerds:

Ich erlaube mir eine kurze Zwischenbemerkung. Wir werden nach diesem Tagesordnungspunkt den Tagesordnungspunkt 11 A aufrufen. Da brauchen

wir eine sehr gute Präsenz. - Jetzt hat Frau Kollegin Antje Jansen von der Fraktion DIE LINKE das Wort.

Antje Jansen [DIE LINKE]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wie schon von meinen Vorrednerinnen gesagt wurde, inzwischen wird eine bundesweite **Personalknappheit** festgestellt bei qualifiziert ausgebildeten **Pflegefachkräften**. Deshalb kommt der Antrag der SPD zum rechten Zeitpunkt, insbesondere für die Altenpflege, einem Beruf, der durch - ich denke, das ist einer der wesentlichen Punkte - schlechte Arbeitsbedingungen und vor allem wegen der schlechten Bezahlung demotivierend wirkt. 400-€-Kräfte, 1-€-Kräfte sind in diesen Altenpflegeeinrichtungen keine Seltenheit, sondern sind die Regel. Das in einem Bereich, von dem wir alle wissen, dass der Bedarf an Personal nicht zurückgeht, sondern mit dem demografischen Wandel wächst.

In dieser Situation ist es bitter spät, dass Frau von der Leyen sich nun endlich zur Einführung eines **gesetzlichen Mindestlohns** in der **Pflegebranche** durchringt. Damit wir uns nicht missverstehen: Die LINKEN fordern den gesetzlichen Mindestlohn nicht nur für einzelne Branchen, wir wollen einen generellen Mindestlohn!

(Beifall bei der LINKEN)

Und wir wollen mit einem Mindestlohn von 10 € und höher mehr als die jetzt für die Pflegebranche vorgeschlagenen 8,50 € West und 7,50 € Ost. Wie sollen Menschen von einem solch niedrigen Mindestlohn letztlich ihren Lebensunterhalt bestreiten? Ich denke mir, sie gehören dann wieder zu den Aufstockerinnen und Aufstockern, oder sie werden nicht in diese Berufssparte gehen, weil sie von dem Geld, für das sie arbeiten, nicht leben können.

(Beifall bei der LINKEN)

Mit der Einführung eines Mindestlohns im Pflegebereich wird aber zumindest bis zum Jahr 2014 eine **Untergrenze** eingezogen. Wir wollen hier aber nicht übersehen, es ist ein Armutszeugnis für unsere Gesellschaft, dass es überhaupt notwendig ist, im Berufsfeld der Pflege von Menschen gesondert einen Mindestlohn einzuziehen. Denn diese Notwendigkeit belegt, dass wesentliche Tätigkeiten in der Versorgung von pflegebedürftigen Menschen wie Körperpflege, Ernährung, Grundhilfen bei der alltäglichen Mobilität in den Sektor der Niedriglohnarbeit abgedrängt sind. Der ganze **Niedriglohnssektor** ist ein Skandal für sich.

(Antje Jansen)

(Beifall bei der LINKEN)

Arbeit, die nicht so entlohnt wird, dass die arbeitenden Menschen von dieser Arbeit leben können, ist ein Skandal. Und es ist auch ein Skandal, dass Arbeit in der Pflege von Menschen in unserer Gesellschaft so niedrig bewertet wird.

(Beifall bei der LINKEN)

Wer **gut qualifiziertes Personal** in der Pflege will - es ist klar, dass wir das heute dringender denn je benötigen und in der Zukunft noch einmal mehr benötigen werden -, der muss natürlich für eine gute und zukunftsfeste Ausbildung und vor allen Dingen für eine kostenlose Ausbildung in diesem Bereich sorgen - kostenlos! Es geht nicht an, dass junge Menschen, die heute diesen Beruf ergreifen, noch eigenes Geld in der Tasche haben müssen, um sich überhaupt in diesem Beruf ausbilden zu lassen.

(Beifall bei der LINKEN)

Natürlich müssen wir - das hat Minister Garg in seinem Bericht auch aufgezeigt - für ausreichende Kapazitäten sorgen. Zuerst müssen wir dafür sorgen - das ist von meinen Vorgängerinnen auch betont worden -, dass Menschen in diesem Bereich auch arbeiten wollen und nicht nur im Rahmen der Ausbildung und als Berufseinsteiger, sondern ein ganzes Arbeitsleben lang. Das sind wir übrigens nicht nur den Beschäftigten in der Pflege schuldig.

(Glocke des Präsidenten)

Ich beende meinen Beitrag damit, Ihnen zu sagen, was eigentlich die Voraussetzung ist, um Menschen für den Pflegeberuf zu begeistern. Zuerst einmal brauchen wir eine **kostenlose Ausbildung** und sicherlich **mehr Ausbildungsplätze**, höhere Kapazitäten. Wir brauchen aber auch **bessere Arbeitsbedingungen** für diese Menschen, die in diesem Bereich arbeiten. Warum ergreifen viele Menschen diesen Beruf nicht? - Weil sie letztlich Spätdienst haben, keine kontinuierlichen Arbeitszeiten haben, Wochenenddienste haben, und das bei einer so geringen Entlohnung. Diese Menschen brauchen vor allen Dingen eine ausreichende Bezahlung. Wenn wir diese drei Voraussetzungen nicht schaffen, werden wir nicht mehr Menschen für diesen Pflegeberuf motivieren können.

Präsident Torsten Geerds:

Für die SSW-Fraktion erteile ich Frau Kollegin Silke Hinrichsen das Wort.

Silke Hinrichsen [SSW]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Frau Dr. Bohn, ich fand Ihre Rede sehr schön. Ich würde sagen, sie hatte einen ähnlichen Eingangssatz, wie ich ihn jetzt auch habe. Ich habe gedacht, Sie haben meine Rede einfach abgeschrieben.

(Zuruf der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Auch nicht schlecht.

Wir alle teilen ganz selbstverständlich den Wunsch einer qualitativ guten Pflege für unsere Angehörigen und uns selbst, egal ob es sich um Pflege für Kinder, Erwachsene, junge oder alte Menschen handelt. Die Versorgung und Betreuung muss jedoch menschenwürdig und professionell sein. Um diesen Grundsatz zu erfüllen, brauchen wir gut ausgebildete und motivierte Pflegekräfte in ausreichender Zahl. Denn die Realität in den Einrichtungen sieht ab und zu erheblich anders aus: Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind überlastet, unterbezahlt und sind auch nicht immer den Anforderungen entsprechend qualifiziert.

Der vorliegende Bericht der Landesregierung zur Ausbildung in der Pflege bietet kaum konkrete Lösungsstrategien für die großen Herausforderungen, die uns vor dem Hintergrund des **demografischen Wandels** im Bereich der Altenpflege erwarten. Es wird auf die bundesweite **Personalknappheit** an qualifizierten ausgebildeten **Pflegfachkräften** hingewiesen, doch konkrete Lösungsansätze für dieses Problem werden keine geboten.

Allein der Verweis auf notwendige Verbesserung von Ansehen und Arbeitsbedingungen der Pflegeberufe reicht nicht aus. Die Verantwortung für verbesserte Rahmenbedingungen und somit eine erhöhte Attraktivität dieses Berufsfelds wird unter anderem auf die Leitungen von Einrichtungen und Diensten abgewälzt.

Doch bereits die mühsamen Verhandlungen zum absolut notwendigen **Pflegemindestlohn** zeigen, dass sich die Landesregierung hier nicht einfach aus ihrer Verantwortung stehlen darf, sondern sich auf Bundesebene für eine höhere Wertschätzung und Anerkennung des Pflegeberufs - eben auch in Form einer angemessenen Vergütung - einsetzen muss.

(Beifall bei SSW, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Die **Attraktivität der Pflegeberufe** muss auf Dauer dadurch erhöht werden, dass eine größere berufliche Flexibilität möglich wird, damit die Mitarbei-

(Silke Hinrichsen)

terinnen und Mitarbeiter in diesem Bereich auch ihr Tätigkeitsfeld wechseln können, ohne aus dem Beruf auszusteigen. Auch die **Vereinbarkeit von Familie und Beruf** muss - nicht zuletzt gerade wegen des hohen **Frauenanteils** in dieser Berufsgruppe - verbessert werden.

(Beifall bei SSW und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Hier sind natürlich auch die Einrichtungen mit in der Verantwortung. Letztlich ist es aber Sache der Politik und der Träger, dafür zu sorgen, dass die **Arbeitsbedingungen** verbessert werden und die in diesem Bereich tätigen Menschen auch wirklich die Qualifikation und die Ressourcen bekommen, die sie benötigen, um eine moderne und menschenwürdige Pflege zu gewährleisten.

Die wachsende Gruppe der Pflegebedürftigen und die zunehmend komplexe Versorgungssituation erfordern nicht nur die Finanzierung zusätzlicher Ausbildungsplätze, sondern auch eine sehr gute Qualität im Bereich der **Aus-, Fort- und Weiterbildung**. Hierfür reicht es nicht, Nachwuchs für die Pflege aus dem Arbeitskräftepotenzial der Arbeitsagentur zu rekrutieren.

(Beifall beim SSW)

Das Ziel muss es sein, den Bereich der Altenpflege und der Altenpflegehilfe zu einem Arbeitsfeld zu machen, für das sich Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus eigener Motivation interessieren. Denn nur so können ein hohes Maß an professioneller Identifikation und eine lange Arbeitsdauer in diesen Berufen erreicht werden.

Die bereits jetzt in der dreijährigen Ausbildung vermittelte hohe Professionalität muss ergänzt werden durch pflegewissenschaftliche Studiengänge an den Hochschulen und hochschulähnlichen Institutionen. Bezüglich der Förderung dieser universitären Ausbildungen hat die Landesregierung eine wichtige Zukunftsaufgabe.

Ich denke, den weiteren Inhalt des Berichts, den wir heute gehört haben, aber vorher auch haben lesen können, werden wir im Ausschuss weiter erörtern. Ich freue mich auf die Beratungen.

(Beifall bei SSW und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Torsten Geerds:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung. Es ist Ausschussüberweisung beantragt. Es ist beantragt worden, den Be-

richt der Landesregierung, Drucksache 17/452, federführend dem Sozialausschuss zur abschließenden Beratung zu überweisen. Wer so beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Einstimmig so beschlossen!

Ich rufe jetzt Tagesordnungspunkt 11 A auf:

Nachwahl eines Mitglieds des Medienrats der Medienanstalt Hamburg/Schleswig-Holstein (MA HSH)

Wahlvorschlag der Fraktionen von CDU, SPD, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE und SSW

[Drucksache 17/562](#)

Eine Aussprache ist nicht vorgesehen. Ich lasse über den Wahlvorschlag abstimmen und schlage Ihnen hierfür offene Abstimmung vor. - Widerspruch höre ich nicht. Dann werden wir so verfahren.

Ich weise darauf hin, dass für die Wahl die Mehrheit von Zweidritteln der Mitglieder erforderlich ist; das sind 64 Abgeordnete. Wer dem Wahlvorschlag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Damit ist der Wahlvorschlag einstimmig angenommen worden.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 55 auf:

Clearingstellen für junge Flüchtlingsopfer

Bericht der Landesregierung

[Drucksache 17/436](#)

Eine Aussprache ist nicht vorgesehen. Es ist Ausschussüberweisung beantragt. Es ist beantragt worden, den Bericht der Landesregierung, Drucksache 17/436, dem Innen- und Rechtsausschuss zur abschließenden Beratung zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Einstimmig so beschlossen!

Ich rufe Tagesordnungspunkt 67 auf:

Optionszwang abschaffen

Mündlicher Bericht der Landesregierung

Eine Aussprache ist nicht vorgesehen. Ich schlage Ihnen vor, dass der Bericht der Landesregierung abschließend gegenüber dem zuständigen Innen- und Rechtsausschuss gegeben wird. Wer so beschließen

(Präsident Torsten Geerds)

möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe. - Stimmenthaltungen? - Einstimmig so beschlossen!

Wir kommen nunmehr zu den Tagesordnungspunkten ohne Aussprache, für die eine Gesamtabstimmung vorgesehen ist.

Ich rufe auf:

Sammeldrucksache über Vorlagen gemäß § 63 Abs. 1a der Geschäftsordnung des Schleswig-Holsteinischen Landtags**Drucksache 17/544**

Die Tagesordnungspunkte mit den entsprechenden Voten der Ausschüsse und der Fraktionen entnehmen Sie bitte der Ihnen vorliegenden Sammeldrucksache.

Bevor wir jetzt zur Abstimmung kommen, weise ich auf eine Änderung bei Tagesordnungspunkt 8 hin: Der Gesetzentwurf zum Staatsvertrag „Beitritt Dataport“ soll mitberatend dem Innen- und Rechtsausschuss überwiesen werden.

Wer mit der Annahme der Empfehlung entsprechend der Sammeldrucksache 17/544 mit dieser Änderung einverstanden ist, den bitte ich um - -

(Wortmeldung des Abgeordneten Jürgen Weber [SPD])

- Ich habe die Abstimmung noch nicht eröffnet. - Herr Kollege Weber hat das Wort.

Jürgen Weber [SPD]:

Ich hatte mich gemeldet, weil ich um eine kleine Ergänzung bitte betreffend Tagesordnungspunkt 59: Bericht der Landesregierung zur Verwertung abgelaufener oder nicht verwendeter Arzneimittel. Wir bitten darum, diesen Bericht auch an den Sozialausschuss zur abschließenden Beratung zu überweisen.

Präsident Torsten Geerds:

Danke schön. Der Wunsch ist geäußert worden, den Tagesordnungspunkt 59 auch im Sozialausschuss zu beraten. Wir überweisen ihn dorthin. - Ich sehe keinen Widerspruch. Dann ist darüber Einvernehmen erzielt.

Wer insgesamt den Empfehlungen in der vorliegenden Form mit der eben genannten Ergänzung zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe. - Stimmenthaltungen? - Auch das ist einstimmig so beschlossen worden.

Ich weise darauf hin, dass die nächste Landtagstagung in der Zeit vom 16. bis 18. Juni 2010 stattfinden wird.

Wir sind am Ende der heutigen Beratungen. Ich wünsche Ihnen allen ein sonniges Pfingstwochenende. Viel Spaß, viel Freude, und tschüss!

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluss: 14:24 Uhr